Schwerpunkt: »Love me gender« Feminismus in den 90ern ▶ Außerdem: ▶ Chiapas-Solidarität ▶ Südafrikas NGOs ▶ (Bar-)Fußball und Kolonialismus ▶ Wirtschaftsräume ▶ Madonna ist Evita ▶ Interview mit Nagib Machfus...

iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt

In dieser Ausgabe

Schwerpunkt:

Love Me Gender – Feminismus in den 90ern



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Blow up

Den größten Silvesterknaller zum Jahreswechsel zündete ein Sprengteam in Las Vegas. Bisher war New York mit seiner Laser- und Lichtshow, die den Times Square um Mitternacht zum hellsten Ort der Erde verwandelte, die größte Ereigniskulisse. Die Spielcasinostadt konnte diesmal aber noch was drauflegen. 200.000 trunkene Partygäste klatschten Beifall, als das elfstöckige 'Hacienda-Hotel' auf dem Las-Vegas-Strip auf die Sekunde genau in die Luft flog (blow up, engl. = 1. sprengen, explodieren, in die Luft fliegen).

Die Entertainmentgesellschaft feiert sich selbst, und Freddy Mercury stöhnt noch aus der Gruft: »The show must go on«. 24 Stunden am Tag ist »schneller, höher, weiter« nur das Motto, um in den folgenden 24 Stunden noch schneller, noch höher und noch weiter zu stürmen (blow up, engl. = 2. fig. ausbrechen eines Sturmes). Gleichzeitig ist der Blick in das Kaleidoskop der Medien aber ernüchternd. Haupt- und Nebensächlichkeiten werden auf dasselbe matte Niveau eingedampft.

Aber langsam – ist dies nicht die kulturpessimistische Kritik alternder Intellektueller? Schließlich hält die Kulturindustrie ihr Vergnügungsversprechen manchmal auch; und außerdem hat noch jede Zeit ihren Geist gehabt. Zu fragen ist aber nach den Kräften, die hinter Schnellebigkeit und Gegenwartsschrumpfung wirken, zu fragen ist nach den Entwicklungen, die das kurzlebige Weltgeschehen langfristig prägen, und nach dem Standpunkt, den wir dazu einnehmen.

Diese letzte Frage ist nicht nur eine des politischen Standpunktes, sondern für eine Zeitschrift auch eine der Vermittlungsform. Unsere Artikel seien häufig bis zur Unkenntlichkeit verschlüsselt – das ist eine Kritik, die wir im vergangenen Jahr häufig einstecken mußten. Viele Texte seien abgehoben (s. blow up, engl. 1.) und nur unter großem Zeitaufwand verständlich. Tatsächlich gab es in den letzten Themenschwerpunkten einige harte Nüsse, die wir manchmal selbst nicht knacken konnten. Wegen der Häufung und der Berechtigung der Kritik wurde bei uns lange und kontrovers diskutiert. Die immer gleiche Fragestellung war: Wieviel Abstraktion und wieviel schwierige Terminologie wollen und können wir uns selbst wie unseren LeserInnen zumuten?

Zunächst ist es für uns als halbwissenschaftliche Fachzeitschrift mit einem relativ breiten Themenspektrum kaum zu erreichen, daß sich alle Beiträge den jeweiligen Experten und den allgemein Interessierten gleichermaßen leicht erschließen. Für manchen lohnt sich die schwierige Lektüre, selbst wenn er oder sie nicht alles versteht, für andere ist sie eine Zumutung. Allerdings sollte der größte Teil der Artikel auch dem größten Teil unseres Publikums verständlich sein. Dieses so selbstverständlich anmutende Vorhaben einzulösen, ist aber alles andere als leicht.

Gerade bei Themen wie »Globalisierung«, wo die wissenschaftliche Theoriebildung sich derzeit noch fragt, ob es überhaupt um eine neue Entwicklung oder um alte Hüte geht, und wo die Ableitung politischen Handelns erst recht noch in den Kinderschuhen steckt, ist das ein schweres Stück Arbeit – Begriffe sind noch nicht geläufig, Zusammenhänge ungeklärt. Bei dieser Gratwanderung zwischen Komplexität und Verständlichkeit geht schnell mal ein Tritt daneben. Wir werden uns also dem Problem im kommenden Jahr besonders annehmen – schließlich geht es uns ja nicht darum, aufgebauschte Sprachmonstren (blow up, engl. = 3. aufblasen, aufbauschen) zu präsentieren, sondern um fundierte Analysen der Ereignisse und Entwicklungen zwischen Nord und Süd.

Apropos »aufgeblasen«: Etwas einfacher eingehen können wir auf einen letzten zentralen Kritikpunkt, der uns erreichte. Die neue Gestaltung der **iz3w** fand zwar große Zustimmung, die Schrift sei aber viel zu klein geraten und das Heft daher leseunfreundlich. Voilà, mit dieser Ausgabe vergrößern (blow up, engl. = 4. vergrößern) wir unsere Buchstaben.

die redaktion

Heiße Luft aus rauchenden Colts

Die Debatte um Sozialklauseln im liberalisierten Welthandel



Foto: H.-G. Schiele

von **Michael Windfuhr**

Sollen Sozialstandards im Welthandel berücksichtigt werden? Kaum ein handelspolitisches Thema hat seit der großen Debatte über eine »Neue Weltwirtschaftsordnung« in den 70er Jahren soviel Staub aufgewirbelt. Kurz bevor in Südkorea die Arbeiter ihren Streik begannen, trafen sich in Singapur die Wirtschaftsminister der WTO-Staaten und konferierten über weltweite Arbeitnehmerrechte.

► Die Schärfe des Streits um die Einführung von Sozialklauseln läßt sich nur mit den veränderten Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt erklären. Die enormen Wachstumserfolge der südostasiatischen Schwellenländer, die erfolgreich Marktanteile bei vielen Weltmarktprodukten gewonnen haben, lassen bei gleichzeitig steigenden Arbeitslosenzahlen in den Industrieländern eine Konfliktkonstellation entstehen, die das Thema hochbrisant werden läßt. Dabei sind die zugrundeliegenden empirischen Befunde überhaupt nicht eindeutig, und viele Schlußfolgerungen in der Debatte werden vorschnell und fälschlich gezogen.

Unter dem Stichwort »core labour standards« (Kernarbeitsstandards) wurde das Thema bei der ersten Ministerkonferenz der neuen Welthandelsorganisation (WTO) Mitte Dezember in Singapur aufgegriffen. Vor allem für die USA war es eines der wichtigsten Themen der gesamten Konferenz. Die US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky machte die Motivation der USA deutlich: Den USA gehe es nicht um weltweit einheitliche Mindestlöhne, sondern um die Nöte der eigenen Arbeiter. »Die nötige nationale Unterstützung für Handelsliberalisierung und für die WTO wird erodieren, wenn wir nicht die Sorgen der arbeitenden Menschen ernst nehmen und zeigen, daß Handel ein Weg zu greifbarem Wohlstand ist«. So hatten die USA und Frankreich bereits 1994 das Thema Sozialstandards im Welthandel zum Abschluß der Uruguay-Runde des GATT in Marrakesch auf die Tagesordnung gebracht.

Auch der Widerstand gegen die Verankerung von Sozialstandards in der WTO entstand so bereits in Marrakesch. Indien, Malaysia und Pakistan wandten sich ausdrücklich gegen die Aufnahme des Themas im Rahmen der Welthandelsorganisation. Mit vielen anderen Ländern des Südens befürchten sie, daß solche Klauseln von den Industrieländern vor allem genutzt werden, um sich vor der wachsenden Konkurrenz aus den Schwellen- bzw. Niedriglohnländern abzuschirmen.

Nichts Neues aus Singapur

► In Singapur erhielten sie jetzt Unterstützung auch von Industrieländerseite: Vor allem die Regierungen von Deutschland, England und Japan wiesen die Behandlung sozialer Fragen in der WTO zurück. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt übernahm sogar die kulturrelativistische Argumentation über Menschenrechte von Regierungen wie Malaysia: »Soziale Fragen haben etwas mit der politischen Ordnung von Nationen und ihren gesellschaftlichen Werten als Ganzes zu tun. Solche fundamentalen, komplexen Konzepte können nicht mit handelspolitischen Maßnahmen behandelt werden [...]. Wir sollen keine Konfrontation über kulturelle und soziale Werte in die WTO tragen.«

Genauso zerstritten wie die Regierungen traten in Singapur die Nichtregierungsorganisationen auf. Verschiedene NRO aus dem Süden, haben seit langem eine dezidierte Frontstellung gegen das Vorhaben eingenommen. Doch sind nach anfänglich fast einhelliger Ablehnung des Themas inzwischen sehr unterschiedliche Positionen anzutreffen. Über 500 mexikanische NRO haben sich zum Beispiel Ende August 1996 für Sozialklauseln im internationalen Handel ausgesprochen. Gewerkschaften aus den Industrieländern wie der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) und eine

wachsende Anzahl von sozialen Organisationen aus Ländern des Südens sprechen sich seit Beginn der Debatte für soziale Mindeststandards aus.

Ihre Idee, bestehende Konventionen (Übereinkünfte) der ILO (International Labour Organisation) – etwa solche zur Vereinigungsfreiheit oder zum Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit – in der WTO zu verankern, ist eigentlich naheliegend. Die ILO nämlich besitzt – wie sonst im Menschenrechtsbereich auch – keine Mechanismen zur Durchsetzung von Konventionen mittels Zwangsmaßnahmen. Die Mitgliedsstaaten einzelner Konventionen müssen lediglich regelmäßig über deren Einhaltung Bericht erstatten.[1] Zudem existieren Beschwerdeverfahren. Die WTO hingegen bietet unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit, Länder, die gegen die Regeln verstoßen, durch Handelsmaßnahmen zu einer Verhaltensänderung zu zwingen. Deshalb ist der Gedanke verlockend, den »einzigen rauchenden Colt des UN-Systems«, wie dies ein GATT-Mitarbeiter kürzlich formulierte, auch für die Durchsetzung sozialer Standards zu nutzen.

Im Abschlußdokument von Singapur wurde nun ein Kompromißvorschlag formuliert, der den Stand der Debatte im Rahmen eines Minimalkonsens zusammenfaßt, aber keine Neuerung bringt. Darin verpflichten sich die WTO-Mitgliedsstaaten, die international anerkannten Kernarbeitsstandards[2] einzuhalten. Die ILO soll das entscheidende Gremium für die Behandlung dieser Standards sein. Gleichzeitig betonen die Staaten ihre Überzeugung, daß wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung – durch Handel und weitergehende Handelsliberalisierung gefördert – zur Durchsetzung dieser »core labour standards« beitragen würden. Sie lehnen jede protektionistische Nutzung dieser Standards ab und betonen die Bedeutung der komparativen Kostenvorteile vor allem für Niedriglohnländer.

Die WTO dereguliert den Welthandel – dient die Frage nach Sozialstandards nur der Akzeptanzbeschaffung?

Erstaunlich in Singapur war das sich durch fast alle Reden ziehende, einhellige Lob für die ILO – hatte man doch den ILO-Generalsekretär Hansenne von der Tagung auf Druck einiger asiatischer Länder wieder ausgeladen. Solche plötzlichen Lobeshymnen auf eine nicht immer geliebte UN-Organisation wecken Mißtrauen. Tatsächlich argwöhnen Befürworter einer Sozialkausel, daß die hohe Bedeutung, die der ILO auf einmal zugemessen wird, nur dadurch zu erklären ist, daß eine wirksame Durchsetzung der Konventionen der selbst ja »waffenlosen« ILO durch die WTO letztlich vermieden werden soll.

Wozu eigentlich Sozialklauseln?

► Es sind vor allem drei Argumente, die für Sozialklauseln ins Feld geführt werden: Zum einen wird die Globalisierung der Arbeitsmärkte angeführt und darauf verwiesen, daß Arbeitsplätze in Länder verlagert werden, die niedrigere Löhne und Lohnnebenkosten haben, z.B. nach Osteuropa oder Südostasien. Diese Entwicklung trifft in den Industrieländern einige Branchen besonders stark wie z.B. die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Bauindustrie. Der empirische Befund ist allerdings längst nicht so dramatisch, wie oft dargestellt. Nach WTO-Angaben wird zwar etwa ein Viertel der weltweit produzierten Güter grenzüberschreitend gehandelt, doch immer noch machen die Auslandsinvestitionen in Ländern des Südens nur 2% aller Bruttoinvestitionen der Industrieländer aus. Dem stehen hohe Nachfragegewinne bei Investitionsgütern und anderen Produkten durch Entwicklungsländer gegenüber. Die Handelsbilanz der Industrieländer gegenüber Nicht-OECD-Ländern ist nach wie vor positiv.

Die zweite Argumentation für die Einführung von Sozialklauseln betrachtet nicht nur die direkten Arbeitsplatzeffekte von Auslandsinsvestitionen, sondern die wachsende weltwirtschaftliche Konkurrenz. Die hohe Mobilität von Kapital, schnelle Telekommunikationsverbindungen, die wachsende Einheitlichkeit der Märkte und Marktregeln und die große Offenheit und Interdependenz zwischen den Volkswirtschaften führen nicht nur dazu, daß Arbeitnehmer weltweit in Konkurrenz zueinander treten, sondern bewirken auch, daß der Kostendruck Unternehmen zu enormer Rationalisierung antreibt. In der Tendenz könnte dies, so wird befürchtet, zu einer Angleichung der Löhne bzw. der Arbeitsbedingungen auf niedrigem Niveau führen.

Die dritte Argumentation ist wesentlich begrenzter: Der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) hatte im Rahmen der Debatte um Sozialklauseln 1994 den konkretesten Vorschlag vorgelegt. Fünf als zentral bewertete Konventionen der ILO (s. Anm.2) sollen im Regelwerk der WTO als verbindlich anerkannt werden. Wenn von Unternehmen in WTO-Mitgliedsstaaten systematisch gegen diese Konventionen verstoßen werde, sollte in Zusammenarbeit von ILO und WTO ein Konsultationsprozeß mit den Staaten beginnen. Sollten diese auch nach langer Zeit der Beratung und Hilfestellung solche Praktiken nicht beenden, könnten Handelssanktionen zur Durchsetzung der Konventionen zum Einsatz kommen. Dem IBFG ging es mit diesem Vorschlag vor allem um ein wirkungsvolles Instrumentarium bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, z.B. Zwangsarbeit in Arbeitslagern.

Das vielleicht größte Problem der Sozialklauseldebatte liegt darin, daß die vorgeschlagene Verankerung von Sozialklauseln in der WTO eigentlich nur Maßnahmen zur Lösung der im Rahmen der dritten Argumentation genannten Probleme bieten. Die Bezugnahme auf fünf Konventionen der ILO erlaubt es nicht, die in den weitergehenden Argumentationen angesprochenen Probleme einer zunehmenden Globalisierung zu lösen.

Im Gegenteil: Auf der WTO-Ministerkonferenz wurden gleichzeitig mehrere Beschlüsse gefaßt, die den Liberalisierungs- und Deregulierungstrend beschleunigen werden. So konnten neue Übereinkommen erzielt werden, z.B. über die Liberalisierung des Handels mit Informationstechnologien oder über die Abschaffung von Zöllen für rund 450 Produkte der pharmazeutischen Industrie seitens der USA, der EU und sechs weiteren Ländern. Noch wichtiger dürfte die Einrichtung neuer Arbeitsgruppen innerhalb der WTO zum Verhältnis von Handel und Investitionen, zur Beziehung von Handel und Wettbewerbsrecht und zur Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Damit wird eine bereits in der Uruguay-Runde eingeleitete Tendenz verstärkt: In der WTO werden zunehmend weit über den Handel hinausgehende Rechtsbereiche wie Wettbewerbsordnung, Investitionsregelungen etc. geregelt. Das WTO-Regelwerk verläßt damit den reinen handelspolitischen Rahmen und übernimmt weitergehende wirtschaftspolitische Funktionen (s. auch den Beitrag von Kurt Hübner in diesem Heft).

Vor diesem Hintergrund scheint es zunächst erstaunlich, daß soziale und auch ökologische Aspekte außen vor gelassen werden. Schließlich gehören sie in der nationalen Wirtschaftspolitik zu den wichtigen Rahmenbedingungen. Aber bei der WTO ist es nicht anders als bei der EU. Wirtschaftspolitische Kerngebiete sind wesentlich leichter trans-

oder supranational zu regeln. Auf verbindlichere sozialpolitische Regeln hingegen können sich auch in der EU die Mitgliedsstaaten nicht einigen.

Innenpolitische Prioritäten

► Den USA, dem wichtigsten Befürworter von Sozialklauseln, geht es in der Debatte aber auch keinesfalls um eine Veränderung der Liberalisierungsdynamik. Für sie steht die innenpolitische Akzeptanz der WTO und ihrer Beschlüsse auf der Tagesordnung. Das gilt auch für Frankreich. Angesichts der vorhandenen Globalisierungsdynamik und der begrenzten Reichweite von Sozialklauseln, könnte das lautstarke Eintreten für solche Klauseln, nur dazu dienen, die innenpolitische Akzeptanz für weitere Liberalisierungen zu sichern. Die Forderungen nach weltweit einzuhaltenden Sozialstandards könnten Handlungsfähigkeit und Handlungsmöglichkeiten der Regierungen vorspiegeln, die tatsächlich jedoch den von den Globalisierungsprozessen betroffenen Arbeitern wenig Hilfe bringen werden. Dies ist ein Aspekt, den Gewerkschaften bei ihren Forderungen berücksichtigen sollten – ist doch die WTO primär Instrument der globalen Liberalisierung und nicht gerade Institution zur Vertretung von Arbeiterinteressen. In Deutschland ist über die WTO bislang so wenig diskutiert worden, daß solche Fragen öffentlich noch kaum gestellt werden. Der Bundesminister braucht sich über Akzeptanzprobleme deshalb auch noch keine Sorgen zu machen.

Anmerkungen:

1 Die ILO hat sehr viele Mitgliedsstaaten, manche Konventionen werden aber nur von 20 oder 30 Staaten ratifiziert (zur ILO s. auch iz3w Nr.206). Anders als bei der ILO müßten im Rahmen der WTO alle Mitgliedstaaten einmal bestehende WTO-Übereinkünfte auch ratifizieren.

2 Die Kernarbeitsstandards sind in den Abschlußdokumenten nicht näher definiert. Gemeint sind wohl v.a. die ILO-Konventionen, die auch der IBFG (s.u. im Text) in die Diskussion gebracht hat (Gewerkschaftsfreiheit, Tarifautonomie, Verbot von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, gleiche Entlohnung von Mann und Frau).

► **Michael Windfuhr** ist Politikwissenschaftler an der Universität Heidelberg und Mitarbeiter von FIAN-International.

Deutsch-Koreanische Freundschaft?

Ein Kommentar von **Eun-Jeung Lee**

► Seit nunmehr zwei Monaten kämpfen in Südkorea die Arbeiter gegen ein neues Arbeitsgesetz, das am 1. März in Kraft treten soll. Das Gesetz hebt den bisher geltenden Kündigungsschutz auf und erlaubt Unternehmern, nach Bedarf Arbeiter zu entlassen oder einzustellen. Es verwehrt den Arbeitern das Recht auf Gründung freier Gewerkschaften und das betriebliche Streikrecht – trotz gegenteiliger Verpflichtungen, die die Regierung jüngst gegenüber der OECD eingegangen ist. Außerdem werden durch die Einführung »flexibler« Arbeitszeiten die höher vergüteten Überstunden wegdefiniert und damit Lohnkosten, d.h. die Einkommen der Arbeiter gesenkt.

Dieses Gesetz wird nicht nur von den Arbeitern in Südkorea abgelehnt. Weltweit erhebt sich Kritik. Schon am Tag der Verabschiedung des Gesetzes mußte sich das frisch gebackene OECD-Mitglied Protest von der TUAC, dem gewerkschaftlichen Beratungsorgan der OECD, anhören. Mit amerikanischen und japanischen Gewerkschaften sowie dem IBFG (Internationaler Bund freier Gewerkschaften) stießen die organisierten Vertreter von Arbeiterinteressen in den Industrieländern ins gleiche Horn.

Auch die deutschen Medien verfolgten die Ereignisse in Südkorea wochenlang mit außergewöhnlicher Aufmerksamkeit. Dabei streikten südkoreanische Arbeiter nicht zum ersten Mal. Der wochenlange Streik der Belegschaft des südkoreanischen Konzern Hyundai im Frühjahr etwa wurde hierzulande weitgehend ignoriert. Mit äußerster Härte geführte Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Polizeitruppen hat es zudem vor allem in Süd-Ostasien – allein auf den Philippinen fanden im vergangenen Jahr mehr als 3.000 Streiks statt – immer wieder gegeben, doch blieb das hiesige Medieninteresse meist gering.

Was also interessiert Medien und Öffentlichkeit an den Ereignissen in Sükorea? Zum einen entsteht erstmals ein Bild, daß einen der vier ostasiatischen Tigerstaaten zeigt, der in die Jahre gekommen ist und dem die nicht mehr ganz so scharfen Zähne wakkeln. Die Wettbewerbsvorteile des einstigen Billiglohnlandes seien dahingeschmolzen, und es beginne nun unter ähnlichen Standortproblemen zu leiden wie die Bundesrepublik. An die Stelle der Bedrohungsszenarien, die sich um eine billige, willige und disziplinierte Arbeiterschaft rankten, tritt nun ein Gefühl von Normalität und Selbstvergewisserung, wenn nicht gar Schadenfreude. Zum anderen wird gleichzeitig die brutale und undemokratische Vorgehensweise der südkoreanischen Regierung sowohl im Parlament als auch auf der Straße beklagt und angeprangert.

Indessen finden die Motive für die Erlassung des Arbeitsgesetzs auf Seiten der südkoreanischen Regierung und der diese drängenden mächtigen südkoreanischen Konzernkonglomerate weit weniger Beachtung. Diese Motive sind denen der deutschen Regierung und der deutschen Unternehmen für ihren Spar- und Rationalisierungskurs sehr ähnlich. Im Namen von Globalisierung und Standortsicherung sollen durch Senkung der Arbeitskosten, durch Flexbilisierung und Deregulierung die sogenannten »Standortvorteile« gegen die Weltmarktkonkurrenz gesichert werden. Diese Logik gilt hier wie dort. Versucht man in Deutschland zudem den angeblich zu teuer gewordenen Sozialstaat zur Ader zu lassen, so will die südkoreanische Regierung mit den gleichen Argumenten die Unternehmen entlasten und den Arbeitern auch weiterhin Grundrechte verweigern. Beiden dient die neoliberale Ideologie in Verbindung mit dem Globalsierungstheorem als Rechtfertigung.

Diese Parallelen werden jedoch kaum thematisiert. Mit der wohlfeilen Solidaritätsbekundung an die Adresse der südkoreanischen Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften ist keine Kritik an der Wirtschaftspolitik im eigenen Land verbunden. So fragt man sich, ob sich die deutschen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften von den hiesigen Medien und der Öffentlichkeit ähnlich viel Sympathie und Solidarität erhoffen dürfen, wenn sie sich zu ähnlichen massenhaften Protesten wie ihre Kollegen in Ostasien aufraffen würden? Kann man sich am Ende deshalb so solidarisch mit den koreanischen Arbeitern zeigen, weil sicher ist, daß sich eben hierzulande die (disziplinierten) Lohn- und Gehaltsempfänger nie in solcher Weise gegen das Diktat des Marktes auflehnen würden?

► **Eun-Jeung Lee** ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Wittenberg / Halle. Im Verlag Westfälisches Dampfboot erscheint demnächst von ihr: 'Konfuzianismus und Kapitalismus – Aktuelle Kontroversen'.



Foto: H.-G. Schiele

Tango im Dunkeln

NGOs im neuen Südafrika zwischen Staatsmacht und Finanznot

von **Clemens Beck**

Nach dem Ende des gemeinsamen Anti-Apartheidskampfes ist das Verhältnis zwischen dem ANC und dem NGO-Sektor in Südafrika merklich abgekühlt. In den staatsgelenkten Entwicklungskonzepten hat ein unabhängiger NGO-Sektor offenbar keinen Platz mehr. Viele der einst so wichtigen NGOs stehen derweil auch finanziell kurz vor dem Aus.

▶ »Tango im Dunkeln« ist der Titel einer vor kurzem publizierten Umfrage unter Nichtregierungsorganisationen in Südafrika. Zwei Jahre nach Beginn der demokratischen Ära, vergleichen viele der ca. 15.000 NGOs im heutigen Südafrika ihre Suche nach einem Finanzier, mit dem Versuch, im Dunkeln Tango zu tanzen: »Du weißt, daß dein Partner da irgendwo ist, aber ihn zu finden oder gar einen Tanz anzufangen, ist praktisch unmöglich«, so eine frustrierte Stimme.[1]

Mit diesem Bild ließe sich auch das Verhältnis der neuen Staatsführung zum Nichtregierungssektor charakterisieren. Obwohl man sich ganz gut kennt, fällt es schwer, eine gemeinsame Richtung zu finden. Die Krisenzeiten schweißten noch zusammen, aber jetzt, da das Apartheidsregime beendet ist, hat sich vieles geändert: Der ANC mutierte von einer exilierten Freiheitsbewegung zunächst zum gleichwertigen Verhandlungspartner der »weißen« Regierung und schließlich zur bestimmenden politischen Kraft des Landes. Aus vielen Verfolgten von einst wurden Regierungsmitglieder, Abgeordnete und Funktionäre.

Die NGOs haben sich auch nach der Legalisierung des ANC als dessen Verbündete verstanden. Das war vor dem Hintergrund der Rolle, die sie in der Vergangenheit gespielt hatten, sicher gerechtfertigt, denn im NGO-Sektor lag eine wichtige Basis des Anti-Apartheid-Widerstandes. Die Politisierung des NGO-Sektors war u.a. Folge des jahrzehntelangen Verbots »schwarzer« Parteien. Für viele Anti-Apartheid-Politiker, die nicht ins Exil gingen, bot die NGO-Szene, die vom Staat nie ganz unter Kontrolle gebracht werden konnte, zusammen mit den Gewerkschaften und einigen Kirchen die Möglichkeit zur Bekämpfung der Apartheid von innen – ein wichtiger Grund für ihr Selbstbewußtsein und ihren Überlebenswillen auch unter der neuen demokratischen Regierung.

Weiterer Konfliktstoff zwischen NGO-Sektor und der Apartheidpolitik resultierte aus den Arbeitsfeldern der NGOs. Sie waren (und sind) in jenen Bereichen tätig, die von der weißen Regierung vernachlässigt oder in die Zuständigkeit der weitgehend inkompetenten und unzureichend ausgestatteten Homeland-Regierungen delegiert wurden. Dies umfaßt alle denkbaren Bereiche der Basisversorgung. Ihr Einsatz für die von staatlicher Willkür Betroffenen brachte die NGOs fast automatisch in Konflikt mit den Gesetzen und in Opposition zum Staat. Für viele NGOs war daher die politische Aktivität zwangsläufige Folge der praktischen Hilfe. Auch zahlreiche Auslandskontakte zwischen der südafrikanischen Opposition und Nord-NGOs und der dortigen Anti-Apartheid-Bewegung liefen über südafrikanische NGOs. Für politische Stiftungen und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen wie z.B. die Kirchen, aber auch für die regierungsinitiierte Unterstützung von Oppositionsgruppen sowie von lokalen Entwicklungs- und Selbstverwaltungsprojekten waren die NGOs vielfach die einzigen Ansprechpartnerinnen und Vermittlerinnen.

Diese enge Beziehung zwischen dem NGO-Sektor und den politischen Kräften hat seit etwa 1992/93 erheblich an Bedeutung verloren. Südafrika ist nicht mehr das Ziel internationaler Sanktionen, und Kontakte müssen nicht mehr an den Machthabern vorbei etabliert werden. Seit der Einsetzung der neuen demokratisch gewählten Regierung verbindet sich auf internationaler Ebene die wirtschaftliche Hilfe mit dem politischen Ziel der Stabilisierung des allgemein anerkannten Regimes von Nelson Mandela. Ihm wird vielfach die Aufgabe der Einigung und dauerhaften Befriedung des Landes buchstäblich im Alleingang ebensosehr zugetraut wie aufgebürdet. Das hohe öffentliche Ansehen der Regierung entsteht dabei zu einem guten Teil aus der zweckoptimistischen Selbstdarstellung der Regierenden, die angesichts der hohen Erwartungen Handlungskompetenz demonstrieren wollen.

Diesen Erwartungen versuchte der ANC schon im Wahlkampf 1994 mit dem »Reconstruction and Development Programme« (Wiederaufbau und Entwicklungsprogramm/RDP) zu entsprechen. Dessen erklärtes Ziel ist es, die Folgen der Apartheid mit einem großangelegten staatlich finanzierten Maßnahmenpaket in den Bereichen von Grundversorgung, Sozialpolitik und Infrastruktur zu überwinden (s. iz3w Nr. 212). Das RDP mit seiner staatsgelenkten Konzeption würde bei seiner Umsetzung eine weitgehende Verstaatlichung der Entwicklungsaktivitäten des Landes bedeuten, die nicht in den Bereich der Wirtschaftsunternehmen fallen. Auch die Zielvorstellungen bi- und multilateraler Entwicklungshilfegeber lassen sich mühelos darin wiederfinden.

Ehrgeiziger Staat und verunsicherte NGOs

► Wo die NGOs und ihre auf zwischen 400.000 und 2 Mio. geschätzten MitarbeiterInnen[2] in diesem Konzept noch einen Platz haben, ist bisher nicht absehbar. Die Politik insbesondere der großen ausländischen Entwicklungshilfeinstitutionen schafft jedoch Fakten. Vor die Wahl gestellt, staatliche Programme oder die im Entwicklungsbereich tätigen Institutionen der Zivilgesellschaft zu unterstützen, zeigen sie eine deutliche Präferenz für den staatlichen Sektor. 1995 berichteten befragte NGOs von einem Rückgang der Zuschüsse aus dem Ausland allein seit 1994 um über 30%. Der bedeutendste Finanzier, US-AID, kürzte seine Zuschüsse um knapp 50% (auf 6 Mio. Rand).[3]

Dies steht völlig im Einklang mit den entwicklungspolitischen Leitlinien des ANC, der zukünftig die Finanzierung aller Projekte über das RDP abwickeln will. Den NGOs soll dabei die Rolle von bloßen Antragstellern, Projektabwicklern und Überbringern von Leistungen zugewiesen werden. Allerdings sind das RDP und die mit ihm verbundenen ehrgeizigen Maßnahmen bisher kaum in Gang gekommen, und es sieht auch nicht danach aus, als ob dies in naher Zukunft geschehen würde. Im Gegenteil: kaum waren die ersten Projekte von einer erst zum Teil etablierten Verwaltung gestartet, wurde die oberste Planungsbehörde, das nationale RDP-Office, im März 1996 per Kabinettsbeschluß überraschend aufgelöst und das Programm dem Finanzministerium untergeordnet. Allgemein wird dies als der Anfang vom Ende des RDP aufgefaßt.

Damit fehlt es nach wie vor an Konzepten, wie der nichtstaatliche und der staatliche Sektor bei der Bewältigung der immensen Zukunftsaufgaben koordiniert werden können. Die Herausforderung liegt insbesondere darin, in einem gewandelten politischen Umfeld die Erfahrung der NGOs in basisnaher Arbeit zu nutzen und eine vielfältige Zivilgesellschaft zu erhalten. Die NGOs, von staatlicher Seite zum Zusammenschluß zu einer National Coalition als 'Ansprechpartnerin' für die Regierung geradezu gedrängt, haben jedoch momentan den staatlichen Reglementierungsbestrebungen wenig entgegenzusetzen. Sie haben sich mit der von der Regierung zugewiesenen Rolle des Antragstellers und Abwicklers offenbar weitgehend abgefunden. Da jedoch bisher nicht einmal die Richtlinien für ein formalisiertes Vergabeverfahren vorliegen, bleibt ihnen momentan nichts übrig, als die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes abzuwarten, um überhaupt die staatlichen Zuschüsse in Anspruch nehmen zu können. Den ersten Entwurf für ein entsprechendes »Green Paper« sollten die Ministerien für Finanzen und öffentliche Aufgaben (und sonst niemand) bis Ende Juli '96 erstellt haben. Wie es scheint, wartet man bis heute.

Restriktiver als unter der »Apartheid-Regierung« klagen die NGOs

Vielleicht hängt die Zurückhaltung beider Seiten mit den schlechten Erfahrungen zusammen, die bisher mit dem Vorhaben einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses von Nichtregierungssektor und Staat gemacht wurden. Mehrere Entwürfe dieser NGO-Bill wurden von einer Gruppe von Nichtregierungsorganisationen seit 1994 ausgearbeitet und in der NGO-Szene zur Diskussion gestellt. Diese Diskussion kam jedoch nur schwer in Gang. Vielen Organisationen dürften andere Aufgaben dringlicher erschienen sein, als sich durch das Konvolut von 36 Paragraphen hindurchzukämpfen. Außerdem sollte der knapp 30-seitige in schwer verständlichem Juristenenglisch gehaltene Entwurf bisher Ungeregeltes so gründlich regeln, daß von der Unabhängigkeit des Nichtregierungssektors kaum etwas übriggeblieben wäre. Hervorstechendstes Beispiel ist die Einrichtung einer teils vom Staat, teils von NGO-Vertretern zu besetzenden Aufsichtsbehörde, deren Vollmachten bis zur Suspendierung von Vorstandsmitgliedern und Auflösung ganzer NGOs reichen sollten. »Restriktiver als unter der Apartheid-Regierung«[4] lautete der wohl schlimmstmögliche Vorwurf aus den Reihen der NGOs selber. Die Bill war damit diskreditiert und wurde zurückgezogen.

Das Resultat unter dem Strich war also gleich Null. Zudem dürfte der jahrelange ergebnislose Diskussionsprozeß in der Öffentlichkeit den Eindruck verstärkt haben, daß der NGO-Sektor ein zerstrittener und unproduktiver »Haufen« sei. Innerhalb der Szene hat der Vorgang vor allem diejenigen NGOs bestärkt, die sich von NGO-Kooperation nicht viel versprechen und sich lieber mit den konkreten Defiziten in den Communities beschäftigen, als in der Politik mitzumischen. Auf eine Einlassung der Regierung zu dem gescheiterten Gesetzeswerk darf man gespannt sein. Bisher hat sie geschwiegen. Im Verhältnis zwischen Staat und NGOs ist damit wieder alles offen, und es wird – so oder so – noch eine Weile dauern, bis die politisch-sozialen IdealistInnen von einst einen Ort in der neuen südafrikanischen Gesellschaft gefunden haben. Der Druck der Geber aus aller Welt und des Staates wird wohl das seine dazu tun. Diejenigen, die sich nicht an Lobbyorganisationen wie den Coalitions, an Verbindungsbüros der verschiedenen Politikebenen oder an Projektvergabekommissionen binden lassen wollen, werden es schwer haben.

Manche NGO-Vertreter denken unter diesen Umständen bereits ganz pragmatisch: Wenn für NGOs kein Platz mehr ist, dann macht man eben als »parastatal« weiter, als parastaatliche Entwicklungsagentur. Die müßte ihre Existenz gegenüber Staat und Gebern nicht mit jedem Jahresbericht neu rechtfertigen, säße näher an den Finanztöpfen und bräuchte nicht bis zu 70% ihres Zeitbudgets für das Hausieren um Funds bei der Gebergemeinschaft aufzuwenden, wie es einige NGOs jetzt bereits tun. Die Tangopartner könnten sich dann sehen, wären aber eins.

Anmerkungen:

1 David Barnard, zit. nach einer landesweiten Untersuchung des Independent Development Trust über die finanzielle Situation von 128 im Entwicklungsbereich tätigen NGOs, 6/1995

2 Independent Study, Development Resources Centre, Johannisburg o. J.

3 Quelle s. Anm. 1

4 »U-turn on proposed Bill« in: Mail & Guardian, 12.7.1996

Vergessene Dörfer
Eine NGO im Ex-Homeland Bophuthatswana

von **Stefanie Demmler**

▶ Trocken, staubig und arm – weit und breit wächst kein Baum in der kargen Öde, nur ab und zu ein Busch, der den Anschein erweckt, er habe sich hierher verirrt. Ein zerfurchter Feldweg führt nach Matshepe, ein Dorf im ehemaligen südafrikanischen »Homeland« Bophuthatswana, kurz Bop genannt. Einige herumirrende Hühner und rotbraune gepflügte Felder kündigen die Siedlung aus lehmverputzten Häusern an. Matshepe ist ein »forgotten village« – ein vergessenes Dorf, das auf keiner Landkarte zu finden ist, und das wie viele andere Dörfer in dieser Region seine Existenz der Zwangsansiedlung durch die ehemalige Homeland-Regierung »verdankt«.

Seit der Wiedereingliederung der sogenannten »Homelands« in die Republik Südafrika und nach den ersten demokratischen Wahlen im April 1994 hat sich die Situation für die marginalisierte ländliche Bevölkerung kaum geändert. Armut, Beschäftigungs- und Perspektivlosigkeit bestimmen den Alltag. Wer die Chance hat, arbeitet für wenig Geld in den weißen Siedlungsgebieten oder in den Minen rund um Johannesburg. Von der politischen Wende ist die ländliche Bevölkerung, fernab der großen Städte unberührt geblieben. In die meisten »vergessenen Dörfer« hat kein Mitarbeiter der zuständigen Provinzverwaltungen je seinen Fuß gesetzt, und bis heute hat die neue Provinzverwaltung keine vollständigen Erhebungen der Gemeinden und Dörfer, geschweige denn ihrer Einwohnerzahlen durchgeführt.

Das Dorf Matshepe unterscheidet sich jedoch etwas von den meisten anderen Dörfern der Region, denn es wird seit zwei Jahren von einer der wenigen in dem Gebiet tätigen NGOs »betreut«. 'Operation Blanket' arbeitet bereits seit über 10 Jahren in ländlichen Regionen des ehemaligen Homeland Bophuthatswana. Ihr Name stammt aus den Anfängen der Organisation, als ein engagierter Arzt aus der heutigen Provinzhauptstadt Mmabatho mit dem Sammeln und Verteilen von Wolldecken an die völlig verarmte Homelandbevölkerung begann. Mittlerweile kann die Organisation auf fünf festangestellte Mitarbeiter und eine Reihe erfolgreicher Projekte verweisen – u.a. das Schulgebäude und den Kinderspielplatz von Mathshepe.

Im Bereich der Selbsthilfeförderung bietet 'Operation Blanket' ein Spektrum von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen an. Durch die Vermittlung von Grundkenntnissen gängiger handwerklicher Berufe wie Nähen, Weben, Tischlern oder zur Herstellung von Kerzen oder Ziegeln soll die Grundlage für eine spätere Beschäftigung im städtischen Kleingewerbe oder als selbständige Kleinunternehmen im ländlichen Bereich gelegt werden. Ein besonderes Problem stellt die Vermarktung der Produkte dar. Deshalb bietet die Organisation neben Alphabetisierungs- und einfachen Buchhaltungskursen auch die Vermittlung von Grundwissen über Vermarktungstechniken von Produkten und Dienstleistungen an.

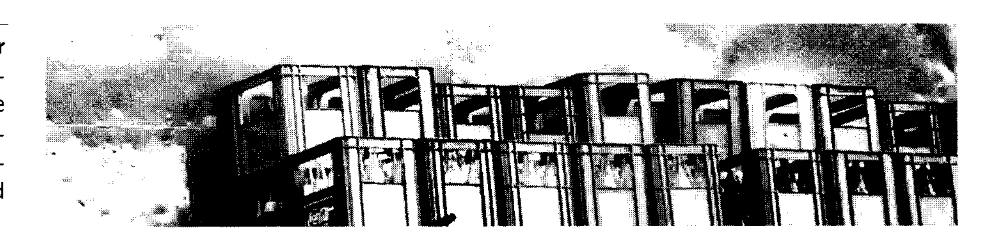
Muß die Prominenz die Basisarbeit finanzieren?

Die Nachfrage nach solchen Angeboten ist groß, und die Teilnehmer zahlen bereitwillig die fünf Rand (ca. zwei DM) Kursgebühr. Zum Beispiel Thomas: Der Vorsitzende der ANC-Jugendliga seines Dorfes repräsentiert die bisher wenig begünstigten ländlichen Jugendlichen im Nach-Apartheid-Südafrika. Trotz seiner Hochschulreife hat er in den vergangenen sechs Jahren vergeblich nach einer Erwerbsmöglichkeit gesucht. Nun setzt Thomas in die erstmals angebotene Form der praxisnahen Weiterbildung große Hoffnungen. Mit 20 Hühnern will er den Grundstock für eine einträgliche Geflügelzucht legen. Viele solcher Erwartungen stimmen dabei mit den tatsächlichen Aussichten nicht überein. Auch in den zehn Kurssitzungen wird Thomas nur eine vage Vorstellung von selbständiger Betriebsführung erhalten – aber eine Alternative zu diesem Angebot gibt es nicht. Ausbildungs- oder Trainingsmöglichkeiten wie sie 'Operation Blanket' anbietet waren vor einigen Jahren so gut wie unmöglich.

Das Initiieren kleinster Selbsthilfeprojekte wurde von der Homeland-Verwaltung bereits als Anti-Apartheid-Arbeit betrachtet – ein Vorwurf, der von der bophuthatswanischen Regierung, die im Gegensatz zu anderen Homelandregierungen stets die Homelandpolitik befürwortete, oft gegen Oppositionsgruppen gerichtet wurde. Schon der Aufbau einer kleinen Dorf-Bibliothek konnte als ein Hort des politischen Widerstands gedeutet werden. Während die NGOs im »alten« Bophuthatswana jederzeit mit der Unterbindung ihrer Arbeit rechnen mußten, wird es heute als große Erleichterung empfunden, frei über das Lehrangebot und über Projekte entscheiden zu können.

Doch die neue Freiheit hat ihren Preis. Während sich die NGOs zu Apartheidzeiten relativ sicher auf Spendengelder privater Geber aus dem Norden verlassen konnten, macht sich hier inzwischen eine deutliche Zurückhaltung bemerkbar. RET, eine kleine Bildungs-NGO, die 1995 noch auf rund 70.000 DM aus EU-Fördermitteln zurückgreifen konnte, mußte einen 100% Rückgang der ausländischen Spendengelder hinnehmen. Ihre Arbeit ist nur noch für die nächsten Monate gesichert. NGO-Mitarbeiter sind gezwungen, sich um andere Einkünfte für sich und um neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Organisation zu bemühen. 'Operation Blanket' veranstaltete z.B. eine »Spendengala«, zu der die zahlungskräftige Prominenz der Umgebung geladen wurde. Die Einnahmen dieser Veranstaltung machten die Hälfte des Eigenfinanzierungsbedarfs des letzten Jahres aus. Zweifelhaft ist aber, ob Spendengelder langfristig für die Fortsetzung der NGO-Basisarbeit sorgen können und sollen.

▶ **Clemens Beck und Stefanie Demmler** sind DiplomandInnen am Institut für Soziologie der FU Berlin. Ihren Berichten über die Situation von NGOs im neuen Südafrika liegen Studienaufenthalte in den südafrikanischen (Ex-)«Homelands« Ciskei, Transkei und Bophuthatswana zugrunde.



Eselsbrücken sind Holzwege

Mexiko, der EZLN und die Chiapas-Solidarität drei Jahre danach

von **Jens Winter**

Die internationale Solidarität mit den Zapatisten ist nach wie vor groß und umfaßt Poeten wie Guerilleros, Sozialisten wie »Indigenisten«. Vermummte Gesichter und diffuse Theorien stiften aber diesseits und jenseits des Ozeans nur vordergründig Einheit. Die Entwicklungen in Mexiko, die Politik des EZLN und die Visionen der Solidaritätsbewegung geben Anlaß zu einer kritischen Bilanz.

▶ Drei Jahre sind seit dem ersten spektakulären Coup des EZLN vergangen. Am Tag, an dem der NAFTA-Vertrag zwischen Mexiko, den USA und Kanada in Kraft trat, kamen sie aus Bergen und Urwald und besetzten mehrere Städte und Gemeinden. Die Weltöffentlichkeit fokussierte den mexikanischen Südwesten. Jeder gab vor, den Charakter und die politische Orientierung des EZLN zu kennen: Von der postmodernen Rebellion über einen getarnten Ableger der guatemaltekischen URNG bis hin zu der Vermutung, der EZLN sei ein Kunstprodukt der eigenen Regierung: alles wurde verkauft und gelesen. In der Tat sollte sich sehr bald herausstellen, daß der klassische Name die markanteste, wenn nicht einzige Ähnlichkeit zu den traditionellen Befreiungsbewegungen Zentralamerikas war.

Bereits Mitte der 70er Jahre waren guevaristische und maoistische Kader mit der Absicht nach Chiapas gekommen, eine Guerrilla aufzubauen. Jedoch erst in der seltsam anmutenden Verbindung dieser orthodoxen Revolutionskader, spezifischer historisch-kultureller Formen der mehrheitlich indianischen Landbevölkerung und befreiungstheologischer Ansätze entwickelte sich der heutige EZLN. Für ihn ist charakteristisch, daß die intellektuell-revolutionären Kader sich in diesem Prozeß entweder selbst radikal veränderten und ihren absoluten Führungsanspruch aufgaben oder aber keine Resonanz fanden und schlicht und einfach zurückgedrängt wurden.

Vor diesem Hintergrund erst läßt sich erklären, wie es zu dem quasi programmatischen Fehlen einer klaren Strategie kommen konnte, warum gesellschaftliche Alternativen nicht via Machteroberung und dank der unfehlbaren Weisheit der revolutionären Führer durchgesetzt, sondern in Diskussionen mit der mobilisierten »Zivilgesellschaft« erschlossen werden sollten. Es wurde nämlich der Weg frei für einen Forderungskatalog, in dem die Bedürfnisse der chiapanekisch-indigenen Landbevölkerung (gemäß ihrer Interpretation eines Sammelsuriums weltweit angesagter politischer Kategorien und Konzepte) Ausdruck finden und »mobilisierungsstrategisch« nutzbar werden konnten.

Schillernde solidarische Scharen

▶ Dieses Bedienen aller gängigen Polit-Ideale wie Demokratie, Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Zivilgesellschaft, »kulturelle Identität« durch den EZLN wurde vor allem für die Solidarität außerhalb des chiapanekischen Urwalds bedeutsam. Gerade die diffuse Verwendung der Begriffe ohne weitere Erläuterung ermöglichte und erforderte eine freie Interpretation durch all jene, die sich darauf beziehen wollten. So rekrutiert sich nicht nur das Spektrum der zivilgesellschaftlichen EZLN-Berater aus allen Ex- oder Immer-Noch-»Isten«: Trotzkisten, Christen, Anarchisten, Kommunitaristen, Indigenisten, Opportunisten, ergänzt durch liberale Demokraten und Gewerkschafter. Auch in nördlichen Breiten vereint die Schar der Solidarischen unterschiedlichste Gruppierungen und Einzelpersonen: von Graswurzelanarchisten bis hin zu Resten der Antiimperialisten, angeführt durch keine geringeren Persönlichkeiten als Regis Debrais, Danielle Mitterand, Alain Tourraine, Oliver Stone etc.

»Kulturelle Autonomie« befriedigt nicht den Wunsch nach einem Kühlschrank

Was sich unschwer als Beliebigkeit, als Fehlen von konzeptioneller Eindeutigkeit und begrifflicher Klarheit kennzeichnen läßt, entpuppte sich für den EZLN zunächst einmal als Glücksgriff. Nicht zuletzt die relativ breite Resonanz half bisher, eine militärische Vernichtung zu verhindern, und zudem konnte tatsächlich der mexikanische Herrschaftsapparat geschwächt werden. Dank dieser beiden Effekte entstand bis zum heutigen Tag eine Balance, in der sich Verhandlungen zwischen Regierung und EZLN und gelegentliche Low-Intensity-Offensiven des Militärs gegenseitig Grenzen setzten. Zwar verschleißt sich der EZLN in diesem Prozeß und verliert an Popularität; doch gewinnt er auch Zeit, um seine medienwirksamen Mobilisierungsoffensiven vorzubereiten und durchzuführen.

Ein weiterer potentieller Pluspunkt: Wenn gegenwärtig das hervorstechende Charakteristikum von linker und insbesondere internationalistischer Politik die fehlende politische Strategie, die Aufweichung kritischer Positionen und vorab bereits der fehlende Raum zur Artikulation von Strategie und Kritik ist, dann ist der Vorzug der strategischen Konzeptlosigkeit des EZLN gerade die Bildung eines solchen Artikulationsraumes. Hier können die Subjekte möglicher gesellschaftlicher Veränderung Vorstellungen entwikkeln, hier können Überzeugungen und Ideen wirksam werden, und hier kann überhaupt wahrnehmbar gestritten werden. Doch eben in der Kultivierung dieses Streitfeldes offenbaren sich die Schwächen der Sympathisanten des EZLN. Bedauerlicherweise ist der unkritische bzw. unreflektierte Umgang mit den Zapatistas und vor allem mit den von ihnen eingeführten Begriffen eher typisch. Das wurde auch im vergangenen Herbst anläßlich des internationalen »Treffens gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit« in Chiapas deutlich (vgl. iz3w Nr. 216).

Beispielhaft für den unkritischen Umgang mit den Zapatistas und ihren Begriffen ist die umstrittene Forderung nach »kultureller Autonomie« der indigenen Gemeinschaften. Während diese für den EZLN nur eins von vielen Themen ist und zunehmend von dem Ziel umfassender demokratischer und ökonomischer Transformation für ganz Mexiko abgelöst wird, tritt die kulturelle Autonomie zum Beispiel in der Interpretation des Modernisierungskritikers Gustavo Esteva an herausragende Stelle. Esteva ist einer der vielen intellektuellen Berater der EZLN bei den Verhandlungen mit der Regierung. Seine Haltung ist extrem »indigenistisch«, wie man in Mexiko sagt. Da die neoliberale Entwicklung immer mehr Menschen ausschließe und die Abkopplung aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß unvermeidbar sei, sollte dies als Chance wahrgenommen werden, eigene, »authentische« ökonomische und administrative Strukturen zu etablieren und in der Verfassung zu verankern. Referenzpunkt für diese Aufforderung ist selbstverständlich die



Die institutionalisierte Sonne brennt auf's Gemüt Foto: H. Sachs/version

»indigene Tradition«, im konkreten das »Prinzip der Gemeinschaft«.

Anders Gerardo Avalos, Dozent an der Universität in Mexiko-Stadt und ebenfalls Berater des EZLN. Er plädiert für ein historisches Verständnis von »indigener Tradition« und zeigt auf, wie die Fixierung auf die Gemeinschaft und die Negierung des Individuellen als Überlebensstrategie sich in den letzten Jahrhunderten überhaupt erst herausbildeten. Darüber hinaus fragt er, was denn das spezifisch Demokratische der politischen Verfahren indigener Gemeinschaften eigentlich sei. Tatsächlich würden diesen Verfahren nämlich zweifellos vorbürgerliche Hierarchien ebenso zugrundeliegen wie eine in den Kinderschuhen verharrende Geschlechteremanzipation. Für Avalos ist die Vorstellung einer macht »freien«, basisdemokratischen Entscheidungsfindung innerhalb der indigenen Gemeinschaften ein weiterer Mythos (entstanden im Zuge der Ozeanüberquerung), und die EZLN-Spitze habe keineswegs von jeglichen »alten« Formeln Abschied genommen.

Eine Geschichte indigener Tradition

▶ Ohne Zweifel ist die Bezugnahme und die Kritik an der politischen Konzeption indigener Tradition ein für Europäer heikles Thema. Hier steht etwa der teils enthusiastischen Rezeption Estevas (s. iz3w Nr. 213), der 1995 durch Europa tingelte, auf der anderen Seite der Versuch gegenüber, die Relevanz von Ethnizität unter Verweis auf deren Konstruktcharakter vollends zu negieren. Vor diesem Hintergrund gilt es festzuhalten: Die Landbauern des mexikanischen Südostens werden als Indígenas bezeichnet und bezeichnen sich selbst so. Über Jahrhunderte wurden sie zu Indígenas gemacht und als solche definiert und gleichzeitig entwickelten bzw. transformierten sie ihre spezifische Tradition innerhalb dieses Konzepts ethnischer Identität. So führte rassistische und kapitalistische Unterdrückung zu einer widerständigen, sich historisch legitimierenden Kollektivität (bekannterweise nicht erst seit '94), die auf der realen Erfahrung von Kleinbauerntum und Indigenität beruht.

Diese Erfahrung kann als legitimes Motiv des kollektiven Widerstands gelten. Freilich muß die Bruchstelle dieser Argumentation mit allem Nachdruck hervorgehoben werden. Sie liegt dort, wo die kulturelle Form als das Authentische erscheint und ihre spezifische historisch-gesellschaftliche Entwicklung negiert wird. Dies wird völlig absurd, wenn die hineininterpretierten Konzepte der Demokratie oder der Gemeinschaft ohne Bezug zu ihrer historischen Bedingtheit als das Andere, Bessere oder Naturverbundenere idealisiert werden. Dies mag exotischen Bedürfnissen genügen, hat jedoch mit emanzipatorischer Politik nicht viel gemein.

Derartige theoretische Kritik betrifft direkt die politischen Ereignisse. Die Verhandlungen mit der Regierung um Autonomie der indigenen Gemeinschaften sind die einzigen, die halbwegs vernünftig debattiert wurden, und die von Esteva geforderte verfassungsmäßige Verankerung des indigenen Selbstbestimmungsrechts wird bald Realität sein. Schließlich würde eine Reduktion der Bewegung auf die Frage nach »kultureller Autonomie« – ungeleugnet der jahrhundertelangen Unterdrückung – den Fall des EZLN in die politische Bedeutungslosigkeit verstärken. Denn eine Ausweitung gesellschaftlicher Opposition ist nur dann möglich, wenn weite Teile der Gesellschaft angesprochen werden. In Mexiko leben aber nur rund 18% »Indígenas«.

Darüber hinaus wäre grundsätzlich nach der potentiellen Reichweite der Forderung nach kultureller Autonomie der indigenen Gemeinschaften zu fragen. Es könnte daraus eine spezifisch mexikanische Reservatsordnung resultieren, die im besten Fall die Selbstadministration der Armut der »Informellen« organisieren hilft – ein Sachverhalt, der den Regierenden gar nicht so ungelegen käme, da sie sich der Verantwortung zu großen Teilen entziehen könnten, der Staat sich dem Zeitgeist gemäß insgesamt zurückziehen dürfte und sich zugleich seiner Toleranz und Nachsicht rühmen könnte. Zu



Warten auf Sympathisanten

Foto: S. Adorf/version

erwarten wäre dann eine subsistenzwirtschaftlich ausgerichtete Bedarfsproduktion auf sehr niedrigem Niveau, die kaum die verständlichen Wünsche nach Kühlschränken oder Fernsehgeräten wird befriedigen können. »Kulturelle Autonomie« könnte somit eine neue Bedeutung als Experimentierfeld für die Regulierung der lokalen, vom Weltmarkt ohnehin ausgegrenzten Lebensräume erhalten, während in anderen Regionen der universale Kampf um Standorte unvermindert an Härte zunimmt. Freilich wird dies nur so lange möglich sein, bis endlich die Investoren gefunden sind, die in Chiapas den Gerüchten nach hohen Ölvorkommen auf den Grund gehen wollen.

Ein zweites Beispiel problematischer Reflexion und Fehlwahrnehmung der politischen Situation in Mexiko markiert der Begriff Zivilgesellschaft. Es wird kaum ein Gedanke verloren über die vielfältigen und allzuoft beliebigen Implikationen des Begriffs, welchen Stellenwert er – selbst gemäß seiner landläufigen Interpretation – in einem über Jahrzehnte autoritären und durchinstitutionalisierten gesellschaftlichen Gefüge wie in Mexiko haben kann, oder ob er nicht eher als ein notwendiges Strukturmoment kapitalistischer Gesellschaften verstanden werden müßte.

Doch nicht nur das – zudem wird die faktische Relevanz der, sagen wir, »außerparlamentarisch-emanzipatorischen Opposition«, beständig überhöht. Aus einer nicht auf Chiapas konzentrierten Perspektive wird deutlich: In Mexiko gärt nicht das große »zivilgesellschaftliche« Demokratiewunder, die Mehrzahl der Menschen schert sich einen Dreck um das, was im Süden geschieht. Sie hat ihren eigenen alltäglichen Überlebenskampf zu führen. Vor allem die Mittelklasse, aber auch die städtische Arbeiterschicht, stagniert seit dem wirtschaftlichen Kollaps Ende '94 bestenfalls kurz vor dem ökonomischen Ruin. Der Traum, endlich am Kuchen der ersten Welt mitspeisen zu können, zerplatzte über Nacht mit dem Abzug des spekulativen Kapitals, der Freigabe des Wechselkurses und einer chaotischen Hochzinspolitik, die die nominalen Kreditzinsen phasenweise auf über 100% hochschnellen ließ. Kreditfinanzierter Konsum und Investitionen glichen in der Folge quasi einem Todesurteil.

Müde Zivilgesellschaft

► Nun wäre denkbar, daß die ökonomisch desaströse Lage der Mittel- und Unterschicht im ganzen Land zu Sympathiekundgebungen für die linksgerichtete PRD (Partido Revolucionario Democrático) oder gar für den EZLN führt. Doch weit gefehlt: Der Protest – auch der gegen den Apparat der quasi-Staatspartei PRI – kanalisiert sich eher in der Parteinahme für den rechtskonservativ-nationalistischen Partido-Accíon-Nacíonal (PAN), der zusehends Einfluß gewinnt, mittlerweile in fünf Bundesstaaten regiert und dem Chancen eingeräumt werden, bei den diesjährigen Parlamentswahlen die mehrheit der PRI erstmalig zu brechen. Abgesehen von den politischen Widerstandszentren und Oaxaca sind dagegen die Versuche des EZLN, den Widerstand auf die »Zivilgesellschaft« auszuweiten, wenig erfolgreich. Weder die im Sommer '94 ins Leben gerufene CND (Convención Nacional Democrática), die MLN (Movimiento Liberación Nacional), noch die zu Beginn des vergangenen Jahres gegründete FZLN (Frente Zapazista Liberación Nacional) konnten sich bemerkenswert etablieren. Die Resonanz in der Hauptstadt ist ernüchternd. Zwischen den Verkäufern in der Metro von Mexiko-Stadt preisen jetzt auch Agenten der FZLN ihre Informationsbroschüren an, benutzen dieselbe monotone Wort- und Tonwahl und ernten in der Regel ebensowenig Interesse wie ihre informellen Kollegen. Als im Oktober 1996 das erste Mal mit Comandante Ramona die Zapatisten die Hauptstadt betraten, um dem Nationalen Indígena-Kongreß beizuwohnen und gar vor dem Regierungspalast das Wort erhoben, kamen gerade einmal einige tausend Sympathisanten in der 20-Millionen-Metropole zusammen.

Die Beispiele der gesellschaftlichen Stimmung in Mexiko verweisen auf eine weitere, nicht einmal umstrittene, weil kaum wahrgenommene Leerstelle der Chiapas-Solidarität. Gemeinhin erscheint der »PRI-presidencialismo« nach wie vor als die einheitliche Machtzentrale, von der aus die Strategien gegen den EZLN federführend ausgehen. Und in der Tat: Einst war der »presidencialismo« in Mexiko das Zentrum eines gewaltigen Systems, das Vargas Llosa treffend die »perfekte Diktatur« nannte, mit der PRI als Instrument, das für die verschiedensten Interessen der politischen Eliten – gleichgültig, ob sich diese als linksliberal, technokratisch oder neoliberal zu erkennen gaben – aktiviert und genutzt werden konnte. Und ohne Zweifel war dieses System, gerade weil es eine ein-

heitliche politische Linie zugunsten einer an Integration, Absorption und Korruption ausgerichteten Pseudopolitik vermissen ließ, auch Garant für die fragwürdige soziale Stabilität in Mexiko.

Bandenkrieg statt homogener Korruption

► Doch das gehört unweigerlich der Vergangenheit an. Die einst gleichgeschalteten Gewalten legen immer weniger ein einheitliches Vorgehen an den Tag. Die Zerwürfnisse reichen bekannterweise bis in die Spitze des PRI-Apparats: Angefangen mit den Morden am Präsidentschaftskandidaten Colosio und an PRI-Generalsekretär Massieu, dem offenen Zerwürfnis des Ex-Präsidenten Salinas mit dem amtierenden Zedillo, bis zur Absetzung des Generalstaatsanwaltes Lozano vor einigen Monaten – vorgeworfen wurde ihm, die Ermittlungen gegen Salinas im Mordfall Colosio gehemmt zu haben – und dem Rücktritt des Parteipräsidenten Onate Laborde im Dezember '96 – all dies wäre noch vor wenigen Jahren nicht denkbar gewesen. Die politische Realität Mexikos wird gegenwärtig vornehmlich von der alten PRI-Pyramide inklusive ihrer inhärenten Mafia-Verstrickungen dominiert. Verloren ist jedoch die einstige korrupte Homogenität. Der dadurch begünstigte »Krieg der Banden« ist am offensichtlichsten in den Staaten, in denen die PRI-Regierung bereits durch die rechtskonservative PAN abgelöst wurde. Dort, wo jetzt die regulierende Macht fehlt, ist der Anstieg politisch und ökonomisch motivierter Morde immens.

Als Ausdruck der instabilen Situation Mexikos ist auch das Auftauchen verschiedener Guerillas im vergangenen Jahr zu werten. Vor allem vom spektakulären Auftritt der EPR (Ejército Popular Revolucionaro) in Guerrero hat dabei allerdings die Generalität profitiert. Durch die leicht zu rechtfertigende Militarisierung der mexikanischen Konfliktzonen hat sie ihre ohnehin seit dem Chiapas-Konflikt beständig wachsende Bedeutung in der mexikanischen Politik konsolidiert. Sie konnte die Kontrolle des Präsidenten mehr und mehr abschütteln und eigene Machtgruppen kreieren, die mittlerweile auch in zivile Bereiche Eingang gefunden haben. So wurde etwa Anfang Juni des vergangenen Jahres das Amt des Sekretärs der öffentlichen Sicherheit in Mexiko-Stadt mit Salgado Cordero besetzt, einem bekanntermaßen reaktionären General, der sogleich ankündigte, alle wichtigen Posten seines Amts mit weiteren Militärs zu besetzen.

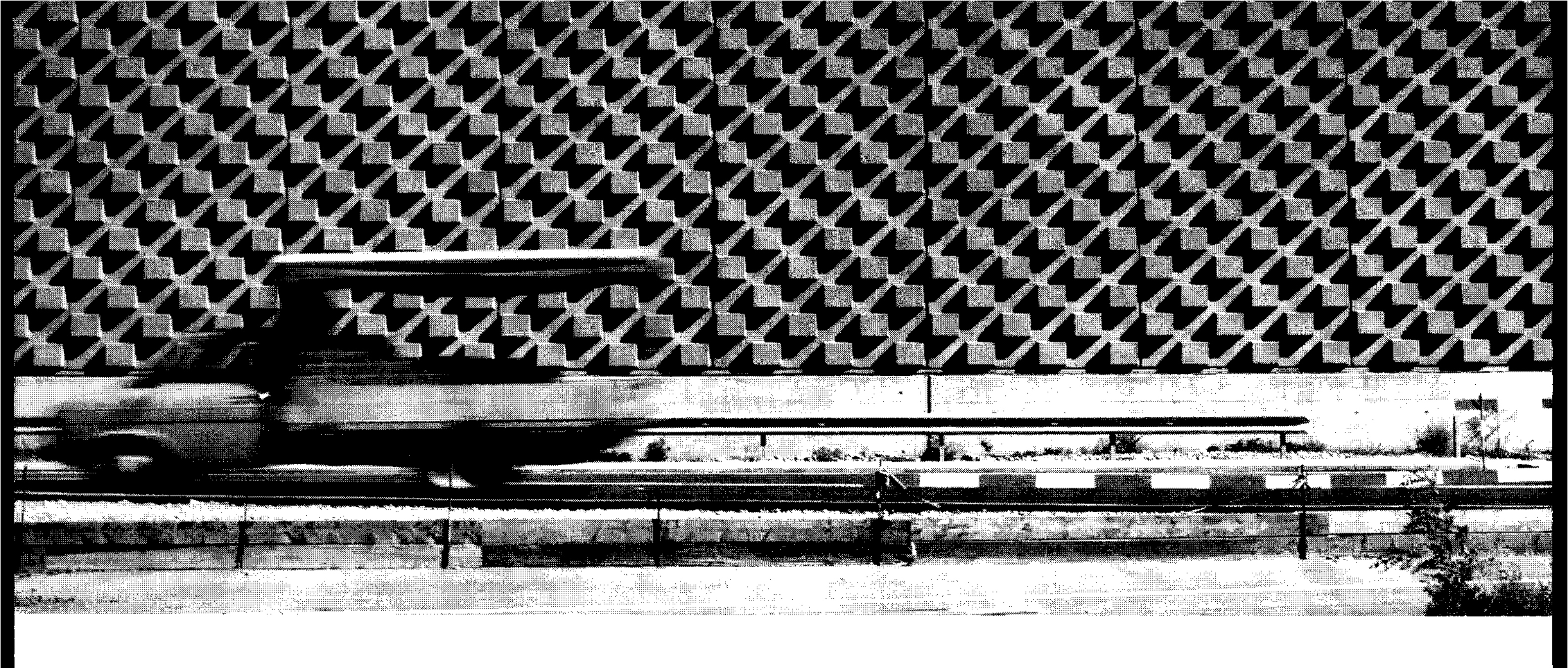
Vor dem Hintergrund der Instabilität und der unsicheren Perspektiven gedeihen innerhalb und auch außerhalb des Landes verschiedenste Interessengruppen, die bei der Neuformierung der politischen und ökonomischen Macht ein gewichtiges Wörtchen mitreden wollen. Zuletzt starteten so unterschiedliche und gewichtige Persönlichkeiten wie der Schriftsteller Carlos Fuentes, der Soziologe Jorge Castaneda, der mittlerweile Ex-Vorsitzende der PRD, Muñoz Ledo, der ehemalige Chiapas-Vermittler Camacho Solis und sogar der PAN-Gouverneur Vicente Fox eine gemeinsame politische Initiative. Unter dem Slogan »Verpflichtungen gegenüber der Nation« suchten sie Eckpunkte für eine »demokratische und ökonomische Erneuerung Mexikos«. Mit ihrer geballten Prominenz hat diese Gruppe durchaus Chancen, künftig eine bedeutende Rolle in der mexikanischen Politik zu übernehmen, die Unmutsstimmung in der Gesellschaft für die eigene politische Zukunft zu kanalisieren und gleichzeitig den Bemühungen des EZLN um eine Organisierung der »zivilgesellschaftlichen Kräfte« den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Ce n'est pas une pipe

► Angesichts dieser vielfältigen und widersprüchlichen Vorkommnisse in den letzten drei Jahren bestätigt sich der Eindruck, daß die junge Chiapas-Solidarität zuweilen eine Nabelschau produziert, die weder die begrifflichen und politischen Grundlagen dieser Rebellion, noch die gesellschaftlichen Realitäten in Mexiko genügend reflektiert. Natürlich simplifizieren nicht alle, die sich diese Solidarität auf die Fahnen geschrieben haben. Kritisches Potential gilt es zu stärken – gerade, weil der EZLN lediglich den Raum vorbereitet hat und den Kampf um die Begriffe und den daraus folgenden Strategien der realexistierenden Zivilgesellschaft überlassen will und muß. Hierin besteht eine bedeutende Verantwortung derjenigen, die sich solidarisieren. Nur sie werden die begrifflichen und politischen Setzungen bestimmen. Wenn jedoch jedes Sinnieren über die strittigen Begriffe entweder unterlassen wird oder diese kurzerhand gemäß eigener Zwecke interpretiert und übertragen sowie zudem politische Realitäten in Mexiko gänzlich ignoriert werden, dann wurde nicht verstanden, um was es gehen könnte. Die kleine Chance der katalysatorischen Politik des EZLN wäre vergeben und die ganze Geschichte (am Ende sogar die eigene) in der Beliebigkeit entsorgt.

An der verschwommenen Imagination des authentischen »guten Wilden«, der die Welt um eine weitere, womöglich »wahre«, demokratische Variante bereichert und gleichzeitig die einst unbestrittene Integrität der lateinamerikanischen Guerrilleros ablöst, an einem charismatischen Poeten mit Maske und Pfeife, der als einziger bei der Überbrückung des Ozeans an Schärfe gewinnt und an Träumen einer idyllischen Subsistenzproduktion, die die Realität eines Lebensalltags mit einer einzigen Mais- und Bohnenmahlzeit verkennt, finden bestenfalls Feuilletonisten ihre saisonale Freude.

► **Jens Winter** ist freier Journalist und Mitarbeiter der Zeitschrift 'links'.



Hand in Hand
Globalisierung und Regionalisierung von Wirtschaftsräumen

von **Kurt Hübner**

Globalisierung und Regionalisierung kennzeichnen zwei weltwirtschaftliche Entwicklungen, die miteinander in Konkurrenz zu stehen scheinen. Während Globalisierung auf die Entgrenzung nationalstaatlicher Räume verweist, spricht Regionalisierung von einer neuen räumlichen Aufteilung der globalen Ökonomie. Beide Prozesse sind aber nicht als Gegensätze, sondern als komplementär zu interpretieren.

▶ Die kapitalistische Globalisierung ist ein vielschichtiger Vorgang, der ökonomische wie kulturelle, politische wie ideologische Prozesse einschließt. Mit Globalisierung ist unter anderem gemeint, daß sich die nationalen Volkswirtschaften durch das schnelle Wachstum grenzüberschreitender Transaktionen in immer stärkerem Maße international verflechten. Dabei entstehen Abhängigkeits- und Dominanzverhältnisse, die die Spielräume von Volkswirtschaften wie von supranationalen Akteuren (Wirtschafts- und Handelsblöcke wie EU, APEC oder NAFTA sowie transnationale Konzerne) bestimmen. Globalisierung im letztgenannten Sinne wird gerne als Vorgang interpretiert, der dem Nationalstaat den Boden entzieht.

Auf der makroökonomischen Ebene stellt sich Globalisierung als schnelleres Wachstum weltmarktbezogener gegenüber nationalwirtschaftsbezogenen Indikatoren dar. Im Unterschied zu den herkömmlichen exportorientierten Wachstumstheorien, die auf die schnellere Zunahme von Exporten gegenüber Aggregaten wie dem Bruttosozialprodukt abheben und daraus positive Effekte für nationalstaatlich definierte Wachstumsprozesse ableiten, meint Globalisierung ein schnelleres Wachstum aller weltmarktbezogenen gegenüber inlandsbezogenen Aggregaten. Inwieweit sich daraus positive oder negative Wirkungen auf die nationalen Akkumulations- und Wachstumsprozesse ergeben, kann nicht a priori entschieden werden. Für die Gruppe der entwickelten kapitalistischen Ökonomien läßt sich eine solche Globalisierung seit den späten 60er Jahren konstatieren: Sowohl das zum Export bestimmte Warenkapital als auch das in Form von Direktinvestitionen auftretende produktive Kapital und das die Euro-Märkte konstituierende zinstragende Kapital sind in den letzten fünfundzwanzig Jahren schneller gewachsen als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt dieser Ökonomien. Wertschöpfung genauso wie Wertrealisierung und Fiktivisierung des Kapitals haben sich in hohem Tempo von ehedem nationalstaatlich-territorialen Basen emanzipiert. Freilich gilt es zu berücksichtigen, daß die Globalisierungsdynamik der funktionellen Formen des Kapitals – Warenkapital, zinstragendes Kapital und produktives Kapital – unterschiedlich stark ausfällt, vor unterschiedlichen nationalen wie globalen Hintergründen verläuft, und daß vor allem die Arbeitsmärkte ihren jeweiligen nationalen Charakter beibehalten haben. Eine knappe Skizze muß an dieser Stelle genügen.

(1) Den spektakulärsten Globalisierungsprozeß seit den 70er Jahren Jahren haben die **Geld-, Kapital- und Kreditmärkte** erfahren. Herausgebildet hat sich ein hochintegrierter monetärer Weltmarkt mit neu entstandenen Normen, Prinzipien, Regeln und habituellen Verkehrsformen der Akteure sowie neuen Finanzwaren. Die Entstehung dieses monetären Weltmarktes hat vielfältige Gründe. Einer ist der Ende der 70er Jahre begonnene Siegeszug des neoliberalen Politikprojektes, zu dessen weltwirtschaftlicher Vision der Abbau bestehender nationaler Regulierungen zugunsten eines freien Marktsystems zählte. Grenzenüberschreitende Markttransaktionen größten Ausmaßes wurden auf diese Weise ebenso möglich wie die Entwicklung neuer Finanzmärkte. Ebenso bedeutsam war aber auch der Verlust an Kontrollkapazität nationaler Notenbanken, der aus der globalen Vernetzung und Integration privater Transaktionen resultierte. Allerdings sind keineswegs alle entwickelten kapitalistischen Ökonomien mit solch global wettbewerbsfähigen Bankenindustrien ausgestattet. Mehr als 85% aller Kontrakte werden über derivative Finanzinstrumente (Derivate = von den herkömmlichen Zahlungsmitteln abgeleitete Finanzierungsinstrumente wie z.B. Futures, Optionen oder Swaps) auf Finanzplätzen in den USA, der EU und in Japan abgeschlossen. Auch die traditionellen Geld- und Kapitalmärkte konzentrieren sich innerhalb dieser Triade.

(2) Im Raum der OECD-Ökonomien ist in den letzten zwei Jahrzehnten der **reale Außenhandel** im Jahresdurchschnitt rascher gestiegen als die reale Produktion. Das deutet auf eine weitere Öffnung und Vernetzung der nationalen Volkswirtschaften gegenüber der Weltwirtschaft hin. Berücksichtigt man, daß etwas mehr als zwei Drittel der gesamten Weltein- und ausfuhren auf den Raum der entwickelten kapitalistischen Ökonomien entfallen, dann darf nicht umstandslos von einer Globalisierung des Wa-

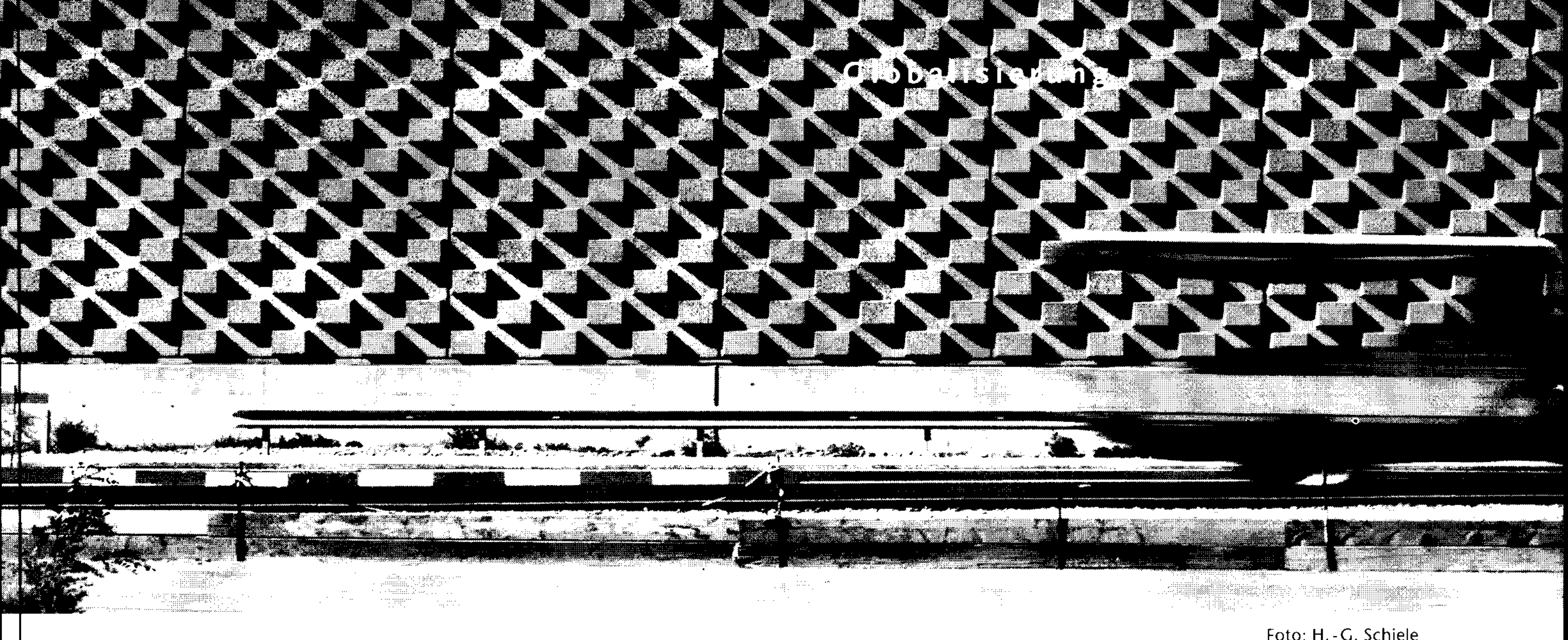


Foto: H.-G. Schiele

renhandels gesprochen werden. Zwei Besonderheiten, die dieses generelle Bild etwas differenzierter gestalten, sind festzuhalten. Zum ersten ist zu konstatieren, daß der Intra-Branchenhandel, also der internationale Handel mit Waren gleichen Typs, seit Mitte der 70er Jahre stark zugenommen hat.

Zum zweiten ist der Handel innerhalb des OECD-Raums durch eine intensive Regionalisierung gekennzeichnet. Der Warenhandel der verarbeitenden Industrie z.B. erfolgte im Jahr 1991 zu mehr als 60% zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern. Der Intra-EU-Handel macht dabei etwa 26 % des gesamten globalen Handels aus, der Intra-Triaden-Handel 14,5% und der Handel der Triadenmitglieder mit anderen entwickelten Industrieländern weitere 20,5%. Die durch politische Projekte der Marktintegration vorangetriebene Triadisierung der Weltwirtschaft birgt die Möglichkeit der regionalen Einschränkung der globalen Konkurrenzbeziehungen: Blockgemeinsame Interessen können den Einsatz protektionistischer Maßnahmen gegenüber Konkurrenten opportun erscheinen lassen. Globalisierung und regionale Fragmentierung gehen hier Hand in Hand.

(3) Seit den 80er Jahren ist eine starke Zunahme der weltweiten **ausländischen Direktinvestitionen** zu verzeichnen. Diese übertreffen die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der weltweiten Exporte sowie des Weltinlandsproduktes bei weitem. Während im Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen bis Mitte der 90er Jahre nach wie vor von einer Triadisierung der globalen Produktion gesprochen werden kann, insoweit als ihr überwiegender Teil innerhalb der Länder der Triade getätigt wurden, haben sich Anfang der 90er Jahre die Ströme ausländischer Direktinvestitionen in ihrer geographischen Ausrichtung geändert: Zielregionen waren die dynamisch wachsenden Ökonomien im südlichen, östlichen und südöstlichen Asien sowie einzelne Länder Lateinamerikas und die Ökonomien der Karibik. Nahezu ausgesperrt von dieser Entwicklung blieb der afrikanische Kontinent. Die Globalisierung, wenn auch ausgehend von einer vergleichsweise niedrigen Basis, erfolgt hier in hohem Tempo und in ausgeprägter Selektivität, die Gewinner- und Verliererregionen erzeugt.

Globale Exklusion und Inklusion

► Globalisierung ist in dem hier entwickelten Verständnis ein Prozeß ökonomischer Exklusion und Inklusion. Exklusion liegt insofern vor, als eine große Zahl nationaler Verwertungsräume von der skizzierten Entwicklung ausgeschlossen werden. Inklusion liegt insoweit vor, als die Globalisierungsprozesse eine Durchkapitalisierung regional begrenzter Verwertungsräume bewirken und dort alle Akteure und Reproduktionsdimensionen einem markt- und geldwirtschaftlich begründeten constraint (Begrenzung) unterworfen werden.

Zwei Formen der politischen Organisation und Regulation begleiten diese Prozesse. Zum einen dominiert innerhalb der regionalen Blöcke die strukturale Macht einzelner Nationen. Zum anderen dominieren zwischen den Blöcken und in ihrem Verhältnis zu den nicht-blockorientierten nationalen Verwertungsräumen institutionelle Netzwerke wie die WTO mit ihren regulativen Wirkungen. Diese institutionellen Strukturen sind dabei an keinen Nationalstaat oder gar an einen Weltstaat gebunden, sondern sind als ein supranationales Netzwerk von Normen, Prinzipien und Regeln zu verstehen, das die Reproduktion und Akkumulation der globalen Ökonomie sichert.

Die weltwirtschaftliche Konstellation der 80er und 90er Jahre ist charakterisiert durch das Zusammentreffen eines relativ hohen Offenheitsgrades mit dem Fehlen eines hegemonialen Akteurs. Während die Phase der 50er bis zu den frühen 70er Jahren in ökonomisch-politischer Hinsicht durch die

Reihe: Globalisierung und Regionalisierung von Wirtschaftsräumen

► Die Grenzen fallen – so jubeln die Freunde zivilgesellschaftlicher Visionen über den Bedeutungsverlust der Staaten im Zeitalter der Globalisierung. Jeder Ort der Welt ist mit dem anderen verbunden, die räumliche Dimension sozialer Beziehungen erlebt eine Revolution. Die Grenzen fallen – so klagen die Gegner des Neoliberalismus und befürchten, daß auf einem Weltmarkt ohne räumliche Barrieren und mit ungehindert fließendem Kapital die Schwachen noch schwächer werden.

Euphoriker und Schwarzseher haben gleichermaßen recht und unrecht. Neben der Entstofflichung ist die Entgrenzung die entscheidende Neuerung der kapitalistischen Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts. Dennoch vollzieht sich neben der Globalisierung ein zweiter Prozeß in der Ökonomie und teilweise in der Politik, dem wir mit einer kleinen, unregelmäßigen Reihe Aufmerksamkeit schenken wollen: die Regionalisierung von Wirtschaftsräumen. Denn wie Pilze schießen protektionistische supranationale Wirtschaftszonen seit einigen Jahren aus dem Boden und verwandeln den einen unbegrenzten Weltmarkt in einen Flickenteppich. Daß diese Entwicklungen – Globalisierung und Regionalisierung – aber keine gegensätzlichen sind, darauf verweist Kurt Hübner in seinem Einleitungsartikel, der zudem die weltwirtschaftlichen Vorgänge, die Triadisierung der letzten Dekaden beschreibt. Anschließend stellt Frank Marty einen der kleineren neu entstandenen Wirtschaftsräume in Südostasien vor. Fortsetzung folgt...

Existenz eines hegemonialen Akteurs (der USA) und eines mittleren Offenheitsgrades gekennzeichnet werden kann, hat seitdem der Grad der Offenheit der globalen Ökonomie zugenommen und spiegelbildlich dazu die Dominanz hegemonialer Praktiken abgenommen. Die USA haben in einem seit den späten 60er Jahren laufenden langwierigen Prozeß des catching up (Aufholens) westeuropäischer Ökonomien sowie Japans ihre hegemoniale Rolle abgeben müssen. Dabei hat sich, wie bereits angedeutet, eine oligopolistische Struktur der Weltwirtschaft mit wenigstens drei regionalen Hegemonen (USA, Japan, EU) herausgebildet. Die Institutionen der pax americana haben sich relativ schnell auf die neuen Anforderungen eingestellt und entsprechende Anpassungsschritte vorgenommen. Dies gilt etwa für den Internationalen Währungsfonds (IWF), der sich – gezwungenermaßen – von der Funktion der Wechselkursstabilisierung verabschiedet und der Funktion der Kreditsicherung zugewendet hat. Deutlich wird dies auch bei der Transformation des GATT zur WTO, die interne Veränderungen mit solchen der regulativen Reichweite dieser supranationalen Institution verband. So wurde die Zuständigkeit der WTO für Handelsregularien auf dem Dienstleistungssektor (Stichwort: geistiges Eigentum) ausgeweitet.

Regionale Signale

▶ Die Oligopolisierung der globalen Ökonomie ist überlagert von einer Entwicklung, die den regional-hegemonialen Akteuren zugleich Handlungsoptionen eröffnet und versperrt. Beispielsweise haben sich mit dem schnellen Voranschreiten des Integrationsgrades der globalen Geld- und Kreditmärkte die Ausmaße der Sensitivität entwickelter Volkswirtschaften erhöht und die Übertragungskanäle zwischen nationalem und globalem Raum wurden zu Hochgeschwindigkeitsstrecken. So reichen heute schon leiseste Signale aus, um Ereignisketten auszulösen, die potentiell selbst leistungsstarke Ökonomien und weltwirtschaftlich-regionale Räume unter Druck setzen können. Solches widerfuhr im vorletzten Winter der mexikanischen Wirtschaft. Sogar das europäische Währungssystem erlebte 1992 einmal eine solche Explosion, als eine Währungsveränderung zwischen der D-Mark und der Lira einen enormen Vertrauensverlust in die Stabilität des europäischen Projekts auslöste.

Weltwirtschaftliche Regionalisierungstendenzen haben den bemerkenswerten makroökonomischen Effekt, daß solche Ablaufketten eingegegrenzt und kontrolliert werden können. Dies hängt damit zusammen, daß die Sensitivitäten nationaler Räume innerhalb weltwirtschaftlich-regionaler Räume stärker ausgeprägt sind. Für den europäischen Verwertungsraum etwa sind ökonomische Datenänderungen innerhalb dieses Raumes sehr viel relevanter als mögliche Veränderungen des Yen-Wechselkurses oder irgendwelcher Zinssätze im asiatisch-pazifischen Verwertungsraum.

Innerhalb der regionalisierten Räume der Weltwirtschaft können die hegemonialen Akteure wie die USA, die BRD oder Japan also Netzwerke aufbauen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Triadenkonkurrenz verbessern helfen. Ein Ausdruck dafür sind die hohen Konzentrationsgrade blockinterner produktiver Verflechtungen via Direktinvestitionen oder des blockinternen Handels mit Waren und Dienstleistungen. Dabei stellen die regionalisierten Räume der globalen Ökonomie allerdings keine geschlossenen Systeme dar: Alle diese Räume weisen vielfache Penetrationen auf, sei es durch Ex- und Importbeziehungen, sei es durch Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse oder sei es durch die blockübergreifenden Vernetzungen des produktiven Kapitals.

In der Weltwirtschaft lassen sich gegenwärtig Formen der politisch- und Formen der marktgetriebenen Integration beobachten. Das mit dem Binnenmarktprogramm eingeleitete und im Maastricht-Vertrag erweiterte Konzept der Europäischen Union zielt auf die Intensivierung der ökonomischen wie politischen Integration des europäischen Raumes und läßt sich gemäß dieser simplen Typologie als politisch-induzierte Integration fassen. Die Einführung einer einheitlichen Währung soll sowohl die mit dem Intra-Block-Handel und den Intra-Block-Direktinvestitionen heute noch verbundenen Währungskosten beseitigen und damit die europäischen Unternehmen in der globalen Ökonomie wettbewerbsfähiger machen, als auch die mit den nationalen Währungen verbundenen Wechselkursrisiken gegenüber den anderen Weltreservewährungen und die Transaktionskosten insgesamt verringern. Die politische Praxis zeigt, daß – auch aus der Sicht der Verfechter des Projektes – ein Integrationsraum konstituiert werden soll, um sich in der Triadenkonkurrenz behaupten zu können.

126 WTO-Mitglieder und 76 Zollunionen

▶ Obwohl das jüngste Treffen der Asia-Pacific-Economic-Cooperation (APEC) die Weichen in Richtung einer Freihandelszone in der südasiatischen Region zu stellen versuchte, sind die politisch-induzierten Integrationsschritte in diesem Verwertungsraum der globalen Ökonomie weit weniger fortgeschritten als etwa in Europa oder in auch in der NAFTA. Dominant ist hier ein Prozeß der marktgetriebenen Integration unter der Federführung japanischer Unternehmen. Seit 1988 fließen zwischen einem Drittel und der Hälfte aller jährlichen japanischen outward-Direktinvestitionen in die Region. Durch die strategisch plazierten Direktinvestitionen im Bereich der verarbeitenden Industrie sowie der Dienstleistungen entsteht ein technikzentrierter Yen-Block, der durch dichte Direktinvestitionsbeziehungen zwischen japanischen Mutter- und südoastasiatischen Tochtergesellschaften und durch eine ausgeklügelte blockinterne Arbeitsteilung gekennzeichnet ist. Besonders die Autoindustrie, und hier vor allem Toyota, ist dabei Vorreiterin gewesen.

Globalisierung und Regionalisierung sind nur auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklungen. So hat sich etwa in der stürmischen Phase ökonomischer Globalisierungsvorgänge seit den frühen 80er Jahren die Zahl der GATT bzw. WTO-Mitglieder von 85 auf 125 Länder erhöht. Trotzdem haben sich entgegen den vehementen Liberalisierungsbemühungen von GATT/WTO und ihrem Eintreten für einen möglichst unregulierten Handel mit Waren und Dienstleistungen seit 1948 insgesamt 76 Freihandelszonen und Zollunionen gebildet, davon mehr als die Hälfte in den 90er Jahren. Dies deutet darauf hin, daß gerade, wenn die institutionellen weltwirtschaftlichen Regelungen auf weitreichende Liberalisierung umgestellt werden, die nationalstaatlichen Räume ihrerseits politische Grenzziehungen favorisieren, die zwar über die nationalen Räume hinausreichen, aber dennoch Chancen bieten, sich binnenökonomische wie binnenpolitische Vorteile zu verschaffen.

▶ **Kurt Hübner** lehrt an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Er schrieb in der **iz3w** 218 (Dez. 96) über die Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation und veröffentlichte mit Andreas Bley: »Lohnstücknebenkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit« (Marburg 1996).



Neue Strategien für Don Quichotte

Die Bildung transnationaler Wirtschaftsräume in Südostasien

von **Frank Marty**

Seit dem Ende der siebziger Jahre verlagern Unternehmen aus dem Norden und zusehends auch aus industriell fortgeschrittenen Entwicklungsländern ihre Aktivitäten immer mehr über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Es entstehen grenzüberschreitende Produktionsnetze – nicht zuletzt infolge eines globalisierten Standortwettbewerbs, der erfinderisch macht, wie das Singapur-Johor-Riau-Wachstumsdreieck zeigt.

► Die Vielfalt möglicher Standorte für ein und dieselben Produktionen hat einen Wettbewerb zwischen Wirtschaftsstandorten in Gang gesetzt, mit dem sich nicht zuletzt die erfolgsverwöhnten 'alten' Industrieländer schwertun. Hier und anderswo stellen sich Politiker die Frage, was zu tun ist, um dem eigenen Wirtschaftsstandort zu ermöglichen, im internationalen Wettbewerb, um Direktinvestitionen erfolgreich mitzuspielen.

Im Stadtstaat Singapur hatte man sich bereits Mitte der achtziger Jahre unter dem Eindruck einer schweren Rezession über diese Frage Gedanken gemacht. Eine Antwort hierauf fand man in einem Konzept internationaler Zusammenarbeit, das auf die Schaffung grenzüberschreitender Wirtschaftsräume setzt. 1989 regte Singapur die Bildung eines Wachstumsdreiecks ('Growth Triangle') an, eines staatenübergreifenden Wirtschaftsraums, der neben Singapur den im Norden angrenzenden malaysischen Bundesstaat Johor und einige südlich von Singapur gelegene Inseln im indonesischen Riau-Archipel umfassen sollte. Das Prinzip dieses Wachstumsdreiecks basierte auf der Komplementarität der wirtschaftlichen Strukturen der drei Gebiete und den Synergien, die man durch deren Zusammenschluß realisieren wollte. Gemeinsam sollten die Regierungen der drei beteiligten Staaten die Rahmenbedingungen für die Bildung einer integrierten, exportorientierten Produktionszone schaffen, die sich durch eine nahezu umfassende Ausstattung mit Produktionsfaktoren auszeichnete. Singapur, arm an Boden und Arbeitskräften, dafür aber reich an Kapital und Know-How und eine internationale Drehscheibe im Güter-, Dienstleistungs- und Finanzverkehr mit einem global vernetzten Telekommunikationssystem, konnte das Dienstleistungszentrum im Wirtschaftsraum bilden. Der Standort Singapur bot transnationalen Unternehmungen optimale Bedingungen für den Aufbau regionaler Hauptquartiere zur Steuerung von Produktionsnetzen im ostasiatischen Raum sowie zur Bedienung regionaler und internationaler Märkte. Über produktionsvor- und nachgelagerte Aufgaben hinaus (Forschung und Entwicklung, Marketing, Accounting) ermöglichte Singapur zudem die Ausführung kostengünstiger Produktionen im Bereich der Hochtechnologie. Johor, wo Boden und Arbeitskräfte günstiger waren (und sind) als in Singapur, konnte Unternehmungen als Standort für industrielle Wertschöpfungsaktivitäten im mittleren Technologiebereich dienen. Auf den indonesischen Riau-Inseln schließlich waren die Produktionsfaktoren Boden und Arbeit noch günstiger, weshalb sich der indonesische Teil des Wachstumsdreiecks als Standort für eher niedrigtechnologische Produktionen mit einem hohen Bedarf an günstigen Arbeitskräften anbot.

Drei Staaten, eine Triangel

► Durch die Koordinierung der investitionsentscheidenden Rahmenbedingungen in den drei Wirtschaftsstandorten und deren physische Vernetzung, sollten Unternehmen, die sich gegenseitig ergänzenden Stärken der drei Standorte gesamthaft nutzen können, was ohne entsprechende kooperative Maßnahmen von seiten der Politik nur erschwert möglich war. Denn die drei Standorte lagen, obschon aneinandergrenzend, eben auch in drei verschiedenen Staaten. Insbesondere war es bis zur Lancierung des Wachstumsdreiecks zwischen Singapur und den Riau-Inseln zu keinen nennenswerten Investitionen gekommen infolge fehlender Verkehrsverbindungen, mangelnder Infra-

strukturen in Indonesien sowie wegen des von Investoren als wenig attraktiv angesehenen indonesischen Investitionsgesetzes. Zusätzlich hegten diese grundsätzliche Zweifel an der längerfristigen Verläßlichkeit Indonesiens als einem Investitionspartner. Kooperative Maßnahmen einschließlich formeller Abkommen zwischen Singapur und Indonesien konnten allen Punkten begegnen.

Mit diesem Konzept hatte die Regierung Singapurs eine Strategie erarbeitet, den hohen Ansprüchen international tätiger Unternehmungen an Qualität und Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts zu begegnen. Dabei lag die Erhaltung und weitere Anziehung ausländischen Kapitals nicht nur, wie oft kritisiert, im Interesse der hochgradig von transnationalen Unternehmungen abhängigen Wirtschaft des Stadtstaats, sondern war ebenso sehr ein Anliegen der indonesischen und malaysischen Regierung. Alle drei Staaten kämpften Mitte der achtziger Jahre mit schweren binnenwirtschaftlichen Strukturproblemen, die sie zu lösen hofften, mit wirtschaftlichen Liberalisierungsprogrammen und verstärkter weltwirtschaftlicher Verflechtung, was mangels international konkurrenzfähiger Unternehmen am besten über ausländische Direktinvestitionen geschehen konnte.

Die Wachstumsdreiecksstrategie entstand infolge handfester Bedürfnisse transnationaler Unternehmungen. Nach der Rezession von 1985 suchte die singapurische Regierung die enge Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital im Stadtstaat, wobei sie in institutionalisierten Kontakten feststellen konnte, wo die konkreten Bedürfnisse ausländischer Unternehmen lagen. Einerseits bemühten sich große transnationale Unternehmen immer stärker um den Aufbau dezentralisierter, regionaler Organisationsstrukturen mit regionalen Hauptquartieren im Mittelpunkt. Andererseits forcierten sie arbeitsteilige Produktionsprozesse auf der Basis komparativer und kompetitiver Stärken unterschiedlicher Standorte mit dem Ziel, Produktionsnetze zu optimieren, und zwar sowohl hinsichtlich jedes einzelnen Standorts als auch der Standorte im Verbund.

Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing

► Das Growth Triangle erhielt die prinzipielle Zustimmung der Regierungen Indonesiens und Malaysias, und die Resultate werden positiv beurteilt. Ebenso sind aber auch Probleme aufgetaucht, die mitunter mit dem Charakter der indonesischen Standorte als isolierten Exportverarbeitungszonen zusammenhängen; darüber hinaus gestaltete sich auch die grundsätzliche Zusammenarbeit zwischen den drei Regierungen im Wachstumsdreieck nicht einfach, wobei sich zeigte, daß die Bildung eines transnationalen Wirtschaftsraumes vorrangig politische und erst in zweiter Linie wirtschaftliche Probleme aufwirft.

Dennoch hat das Konzept transnationaler Wirtschaftsräume in Südostasien Schule gemacht, und weitere Wachstumsdreiecke und transnationale Wirtschaftsräume sind vereinbart worden und im Entstehen begriffen. Im Raum Südthailand, Nordmalaysia mit Penang und Nordsumatra entsteht das Northern-Growth Triangle und im Gebiet der Sulu-See liegt das East-Asean-Growth-Area (mit denen wir uns in der nächsten iz3w beschäftigen werden, d. Red.), das das philippinische Mindanao, Ostmalaysia, Brunei sowie Kalimantan und Nordsulawesi in Indonesien umfaßt und als Wachstumsmotor für die allesamt eher peripheren Gebiete betrachtet wird. Das Greater Mekong Basin Sub-Regional Project, das auch als 'Golden Quadrangle' bekannt ist, umschließt Gebiete im Norden Thailands, im Osten Myanmars und in Westlaos sowie die chinesische Provinz Yunnan (um Südvietnam erweitert heißt es 'Hexagon').



Laufen, Radeln, Fahren... Fotos: P. Welk

Die konkreten Ziele, die Staaten mit der Bildung dieser Wirtschaftsräume verfolgen, sind jeweils unterschiedlich und hängen von den vorhandenen wirtschaftlichen Potentialen und entwicklungspolitischen Bedürfnissen ab. Das Prinzip aber ist überall ähnlich: Staaten schließen durch kooperative und koordinierte Gestaltung der politisch-administrativen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aneinandergrenzende Wirtschaften mit unterschiedlichen komparativen und kompetitiven Vorteilen zusammen, um dem inländischen und internationalen Privatsektor zu ermöglichen, auf leichtere Weise Nutzen aus diesen Potentialen komplementärer Wirtschaftsstrukturen zu ziehen, und ihm damit Anreize zur Intensivierung seiner Aktivitäten zu geben, mit dem Ziel, letztlich die wirtschaftliche Dynamik in den an diesen Wirtschaftsräumen teilhabenden Gebieten zu fördern. Die tatsächliche Entwicklung dieser Wirtschaftsräume ist damit im wesentlichen marktgeleitet, den Staaten kommt die (mitunter sehr weit begriffene) Aufgabe von Katalysatoren zu. Solche Wirtschaftsräume sind außenorientiert und nicht-protektionistisch, sie bilden keine neuen Wirtschaftsblöcke, sondern sind geographische Räume verdichteter wirtschaftlicher Austauschbeziehungen, Räume, die nicht auf dem politischen Kriterium der Staatlichkeit beruhen, sondern einzig auf dem Vorhandensein komplementärer Produktionsfaktoren.

Kapital ist nicht footloose

► Die Ausbildung von Wachstumsdreiecken und anderen transnationalen Wirtschaftsräumen kann unter verschiedensten Aspekten betrachtet werden. Einer davon ist die Feststellung, daß Staaten der 'Globalisierung' von Produktionsstrukturen nicht hilflos ausgeliefert sind, sondern in positiver Weise auf die tatsächlich großen und mitunter problematischen Herausforderungen einwirken können, die ein in vielen Produktionsbereichen nicht mehr an bestimmte Standorte gebundenes Kapital an sie stellt. Daß transnationale Unternehmen 'footloose' sind, ist dennoch eine Hypothese; dagegen spricht, daß auch weltweit agierende Unternehmen Standorte brauchen, und zwar nicht irgendwelche, sondern solche, die unternehmerischen Strategien möglichst optimal entsprechen. Kostenkriterien sind hier das eine; wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen transnationaler Unternehmungen entgegenkommen, ein anderes. Dies heißt nicht, daß soziale Standarts ausgeblendet werden, wenn es gilt, Direktinvestitionen anzuziehen und Arbeitsplätze zu sichern. Gerade diejenigen Entwicklungs- und Schwellenländer, die heute von der Internationalisierung von Produktionen profitieren, sich aber im Taumel des schnellen Geldes nicht darum bemühen, tragfähige, aber freilich kostspielige Sozialnetze für morgen aufzubauen, gerade diese Staaten laufen Gefahr, ihre mit fortschreitender Entwicklung ohnehin von Erosion bedrohte Standortattraktivität einzubüßen, sollten sich die sozialen Konflikte entladen, die sich heute schon hier und da abzeichnen. Standorte – ob Staaten oder kleinere Einheiten – die der Wirtschaft gute Rahmenbedingungen und ein attraktives Umfeld bieten, können mit Recht auch etwas fordern. Die Strategie der Bildung transnationaler Wirtschafträume ist ein solcher kooperativer Versuch zur Erhöhung der Standortattraktivität und zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung über die Anziehung von Kapital und Know-How sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen, und zwar nicht zuletzt in Gebieten, die nicht zu den wirtschaftlichen Zentren gehören.

► **Frank Marty** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der ETH Zürich. Er veröffentlichte im vergangenen Jahr »Das Singapur-Johor-Riau-Wachstumsdreieck« – eine Studie zur Strategie des transnationalen Wirtschaftsraums (zu beziehen über das Institut für Asienkunde, Hamburg).



»Love me gender«

Gender ist neben *ethno* einer der In-Begriffe der letzten Jahre. Die Debatte um die Politik mit Identitäten und Gemeinschaften rückt die beiden Begriffe eng zusammen. Was jedoch jeweils darunter verstanden wird, variiert erheblich. So ist *gender* in der entwicklungspolitischen Diskussion eines der neuen Konzepte, vor dem sich auch die Weltbank in ihren Strategiepapieren nicht mehr verschließen kann. Schaut frau genauer hin, stellt sie fest, daß die vermeintlich neuen Konzepte so neu gar nicht sind. Denn: *gender* im entwicklungspolitischen Kontext könnte getrost mit der jahrzehntealten Devise »... und schaut auch auf die Frauen« übersetzt werden.

Der Papst kommt der Wahrheit schon viel näher, wenn die Delegation des Vatikans auf der UNO-Frauenkonferenz in Peking sich kategorisch weigert, den Begriff *gender* in egal welchem Zusammenhang anzuerkennen. Päpstlicher Argumentation zufolge öffne nämlich dieser Terminus der Homosexualität Tür und Tor – klingt zunächst absurd, ganz unrecht hat der Heilige Vater allerdings nicht, ist doch die Analyse von *gender* – und in der Folge die Dekonstruktion vorgegebener Geschlechterrollen – Ausgangsbasis für die vornehmlich homosexuelle Bewegung der *queer nation* (mehr dazu im Einleitungsartikel von M. Hoffmann und bei L. Laps).

Die *gender studies* der akademischen Welt sind derzeit geprägt von der Debatte um Dekonstruktion. Daß Geschlecht sozial konstruiert ist, ist keineswegs neu, daß jedoch mittlerweile auch das »biologische Geschlecht« zur Disposition steht, bringt viele an die Grenzen ihres Verständnisses. Sollen alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern nivelliert werden? Verschwindet damit die Kategorie Frau aus der feministischen Diskussion? Im Zentrum der ehemals Frauen- und jetzt Geschlechterforschung steht jedenfalls nicht mehr die Frau und die Frauenbefreiung – hinzu kommen der Blick auf die Männer sowie der Blick der männlichen Frauenforscher. Diese Debatte, so wichtig ihre Öffnung für neue Themen und Perspektiven auch ist, läuft allerdings Gefahr, fortbestehende soziale Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse zu vernachlässigen, wenn die feministische Parteilichkeit, bisherige Basis der Frauenforschung, in Vergessenheit gerät.

Die Forderung nach Wahrnehmung von Differenz hat gerade in der feministischen Rassismusdiskussion weite Kreise gezogen und stellt als Reaktion auf einen universalistisch formulierten Feminismus weißer Mittelschichtsfrauen der nördlichen Hemisphäre eine äußerst wichtige und produktive Kritik dar. Andererseits darf die Wahrnehmung und Betonung von Differenz nicht in die Falle neuer Identitätspolitik tappen. Nicht nur geschlechtliche, sondern auch kulturelle Unterschiede müssen als konstruierte und damit prinzipiell veränderbare erkannt werden, will man nicht neue »homogene Gruppen« konstruieren – nun nicht nur entlang der Geschlechtergrenze, sondern auch hinsichtlich »ethnischer« Grenzen.

So verläuft parallel zur Debatte um die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht die Diskussion um die Konstruiertheit von Ethnizität. Die Berichterstattung über sogenannte »ethnische« Konflikte heizt diese Debatte von neuem an. Ende des 20.Jahrhunderts scheint ein vermeintlich neuer Nationalismus, genannt Ethno-Nationalismus, das Gefahrenpotential schlechthin zu sein. Inzwischen reift aber auch die Reflexion darüber, was sich hinter diesen »ethnischen« Zuschreibungen und der Inflation ethnischer Identitätspolitik verbirgt.

In der Vorbereitung dieses Themenschwerpunktes wurde deutlich, daß die Diskussionsstränge um Geschlecht einerseits, Ethnizität andererseits in einem engen Wechselverhältnis zueinander stehen. Ein Heft zu internationalen Feminismuskonzepten war unsere Idee, um bisher kaum beachteten Feminismen aus anderen Teilen der Welt ein Forum zu eröffnen. Dies sollte jedoch nicht in Form einer Sammlung national oder kulturell spezifischer Feminismen geschehen, um sich nicht wieder in Klassifikationen zu verfangen. Dennoch darf die Relevanz nationaler bzw. ethnischer Vergesellschaftung für Frauen nicht aus dem Blickfeld geraten. So versuchen wir mit diesem Schwerpunkt zunächst einmal den Boden zu bereiten, um unterschiedliche Feminismuskonzepte anzuerkennen und diskutieren zu können. Denn: Ein Verständnis der Situation von Frauen in verschiedenen Gesellschaften ist nur über die Analyse der Verflechtung verschiedener Herrschaftsbeziehungen, wie sie unter anderen über Geschlecht und Ethnizität gegeben sind, zu erreichen, da nur so die jeweiligen Handlungs-, Veränderungs- und Emanzipationspotentiale erkennbar werden.

Dekonstruktion der Kategorien Ethnizität und Geschlecht bedeutet also nicht, Differenzen zu leugnen, weder die zwischen den Geschlechtern noch die zwischen Angehörigen unterschiedlicher Gruppen, gemeinhin als Ethnien bezeichnet. Dekonstruktion bedeutet die Konstruiertheit und Bedingtheit der wahrgenommenen Unterschiede aufzuzeigen, um sich von deterministischen Klassifikationen lösen zu können. Nur so öffnet sich der Blick für die tatsächliche Bandbreite von Differenzen, die nur als Kontinuum, prinzipiell nicht abgrenzbar, zu verstehen sind und innerhalb dessen sich jede und jeder bewegt bzw. bewegen kann.

die redaktion



Duales System

Die westliche Frauenbewegung und der Rest der Welt

von **Monika Hoffmann**

Das Objekt feministischer Theorie ist mit Judith Butlers »Unbehagen der Geschlechter« in eine Identitätskrise gestürzt worden. Betrachtet man die Geschichte der westlichen Frauenbewegung, so erscheint diese allerdings als chronischer Zustand. Identität und Differenz sind immer wiederkehrende Schlüsselbegriffe, um die die Betrachtungsweisen der sozialen Kategorie 'Frau' kreisen.

► Die feministische Bewegung der 60er und 70er Jahre in der BRD entstand auf der negativen Folie der weiblichen Rolle als Ehefrau, fürsorgender Reproduktionskraft und / oder sexualisiertem Objekt. Sie entwickelte die Perspektive einer Emanzipation von den Fesseln einer überkommenen Familienideologie, in der die geschlechtsspezifische Zuweisung zementiert war. Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hießen die Schlüsselwörter der Frauen, ob es um »Mein Bauch gehört mir« oder sexuelle Verfügbarkeit, um Bildungschancen oder geschlechtliche Arbeitsteilung ging. Das »Private ist politisch« – das Motto der frühen Bewegung entsprang dem Bedürfnis, die eigene Unterdrückungserfahrung und ihre Verknüpfung mit den ideologischen, materiellen und gesellschaftlichen Verhältnissen sichtbar zu machen. Die Feministinnen bezogen sich auf die Gemeinsamkeit als kollektiv diskriminiertes Subjekt und übertrugen den so hergestellten »Wir-Bezug«, der sich auf die patriarchalische Rollenzuweisung konzentrierte, auf Frauen nicht nur verschiedener sozialer Schichten, sondern auch (gleich welcher) anderer Länder. Die identitätsstiftende Vorstellung der universalen Unterdrückung durch ein globales Patriarchat hatte zwar einerseits eine befreiende Dynamik und Schlagkraft hervorgebracht, andererseits aber wurde daraus ein hegemonialer Geltungsanspruch abgeleitet.

Durch die Kritik – zunächst von jüdischen Frauen und Migrantinnengruppen – wurde in den 80er Jahren die Gewißheit dieser universalen Identität der Frauen im Kampf gegen das »älteste und weltweite« hierarchische Herrschaftssystem nachhaltig erschüttert. Endlich in Gang gesetzt, löste die Kontroverse um die Priorität des sexuellen Gewaltverhältnisses vor anderen Herrschaftsmechanismen eine ganze Welle von Differenzen und Differenzierungen aus. Die Antisemitismusdiskussion, die Rassismusdiskussion, der Lesben-Heterakonflikt... – was anfangs noch mit dem Vorwurf der Spaltung zurückgewiesen wurde, war bald nicht mehr zu leugnen: Eine differenzierte Analyse war überfällig, die – auf konkrete, ökonomische und soziale Aspekte bezogen – historische, lokale und kulturelle Kontexte zugrundelegen sollte. Jede einzelne dieser Kontroversen um den dualistischen und globalen Ansatz in der westlichen Frauenbewegung zog ein ganzes Feld weiterführender Diskussionen nach sich und stellte bislang gültige Ansätzen in Frage. So in der Debatte um die Unterdrückungsverhältnisse 'race, class und gender'. Zunächst ging man davon aus, daß diese quasi ohne Wechselwirkung nebeneinander existierten; dann addierte man sie zur Vorstellung einer dreifach unterdrückten schwarzen Trikontfrau, die auf der untersten Stufe stehe. Während diese drei hierarchischen Kategorien um den kulturellen Aspekt 'Ethnie' (in Abgrenzung zur Hautfarbe) erweitert wurde, diskutierte man die Konkurrenz oder die wechselseitige Bedingtheit der Unterdrückungsverhältnisse. Die Kritik am Rassismus machte nicht bei der Frauenforschung und -theorie halt, sondern meinte auch ihre Repräsentantinnen: die weißen, westlichen, säkularisierten Mittelstandsfrauen, deren Ignoranz und Dominanz gegenüber Frauen anderer kultureller oder ethnischer Gruppen als rassistisch und diskriminierend entlarvt wurde.

Die weiße Frau war ins Kreuzfeuer der Kritik geraten – vor allem aber in die Fallstricke ihres wohl festverankerten Schuldbewußtseins. Letzteres behinderte nicht nur die Überwindung des bisherigen Selbstverständnisses, in erster Linie Opfer der Unterdrükkungsverhältnisse zu sein, sondern trifft m.E. den Pudel ins Mark: Antirassismus geriet oftmals zu einer Frage des persönlichen korrekten Verhaltens, und die Ebene von Schuld (-zuweisungen) und Versagen führte eher zur bedingungslosen Selbstzensur als zur kritischen Auseinandersetzung mit dem komplexen Strukturelement Rassismus.[1] In ähnlicher Weise verlief die Auseinandersetzung um die Mittäterschaft von Frauen im NS-

Faschismus. Erstmals wurde hierbei der bis dato in der feministischen Theorie zugrundeliegende defizitäre Ansatz (d.h. Frau als nicht an der Macht teilhabende, idealisierte Unschuldsikone) infragegestellt. Doch letztlich wurde das dualistische Denkmuster nicht überwunden.

Das Opfer ist Objekt

► Wenn sich Frauen als homogene Gruppe aufgrund defizitärer Merkmale definieren, dann ist ihnen die Machtlosigkeit und der Opfer- und Objektstatus immanent. Folglich wird dann auch nicht nach entmachtenden Gelegenheiten gesucht, sondern nur nach weiteren Fällen machtloser Frauen, um die gruppenkonstituierende These zu verifizieren. »*Obwohl es wahr ist, daß das Potential männlicher Gewalt gegen Frauen ihre soziale Stellung bis zu einem gewissen Grad umschreibt und erklärt, macht die Definition von Frauen als archetypische Opfer Frauen zu 'Objekten, die sich selbst verteidigen', und Männer zu 'Subjekten, die Gewalt ausüben', und teilt jede Gesellschaft in machtlose (sprich: Frauen) und machtvolle (sprich: Männer) Gruppen von Menschen.*«[2] In ihrem oben zitierten Aufsatz thematisiert Chandra Talpade Mohanty die Funktionalisierung der Frauen aus der 'Dritten Welt' als Untersuchungsobjekt in feministischen Diskursen. Sie konstatiert den ethnozentristischen Blick der westlichen Frau als monolithische Festschreibung der Vorherrschaft des westlichen Feminismus. Die Projektion einer vereinheitlichten »Dritte-Welt-Frau« – verschleiert, kinderreich und traditionell – diene der Selbstdarstellung der westlichen Frau als säkularisiert, befreit und selbstbestimmt.

Was Mohanty für das Verhältnis der westlichen Frauenbewegung zur »Dritten Welt« diskursanalytisch darlegte, beschrieben u.a. Annita Kalpaka und Nora Räthzel für das paternalistische Verhältnis der BRD-Feministinnen zu Migrantinnen. Auch sie sehen Geschlecht und Ethnizität konstruiert durch kulturelle Zuschreibung. Ein Beispiel hierfür ist die Typisierung mit den als *weiblich* assoziierten Prädikaten »emotionaler, weniger analytisch, naturnaher usw.« zur ethnisch / kulturellen Abgrenzung »ausländischer Mann« gegenüber »deutschem Mann«. Mit diesem Ansatz wurde die kulturalistische Strömung genauso demontiert wie der Dualismus der westlichen weißen Frauenbewegung, die nicht weiß ohne schwarz, Frau ohne Mann, Macht ohne Ohnmacht denken kann.

Tanz der Geschlechter

► Jenseits der praxisorientierten Positionierung feministischer Politik der 80er Jahre spielt sich die Rezeption Judith Butlers »Das Unbehagen der Geschlechter« (USA 1991) in diesem Jahrzehnt fast ausschließlich in akademischen Zirkeln ab. Im Zentrum ihrer Analyse steht die These der diskursiven Konstruiertheit des Geschlechterdualismus, sowohl bezüglich der Geschlechtsidentität *gender*, des biologisch-anatomischen Geschlechts *sex* und des geschlechtlichen Begehrens *desire*. Das, was bislang als politisches Subjekt galt und in den Anfangszeiten des Feminismus als revolutionierende Identität propagiert wurde, wird hier als Konstrukt demaskiert und zur Disposition gestellt.

Die Vorstellung, daß die Geschlechterzuweisungen geschaffen und manifest werden, ist nicht neu.[3] Neu ist aber Butlers Annahme, daß das binäre System auch bezüglich des Körpergeschlechts konstruiert ist und die Zweigeschlechtlichkeit nicht durch Sozialisation, sondern als kulturelle Definition geschaffen wird. Das bedeutet nicht, daß die materielle, anatomische »Männlichkeit« oder »Weiblichkeit« nicht existent seien. Es heißt vielmehr, daß diese nicht essentiell, also von der Natur determiniert sind, sondern als polarisierte Paradigmen diskursiv geschaffen und definiert werden.

Die drei Kategorien 'sex, gender und desire' müssen, entsprechend des heterosexuellen Imperativs, so in Einklang gebracht werden, daß sie der normierten Realität gerecht werden. Sind diese die Realität konstituierenden Elemente aber ihrerseits gesellschaftlich erschaffen und nicht naturgegeben, so können sie auch verändert und dekonstruiert werden. »Tanz der Geschlechter«, die subversive, parodierende Inszenierung der Geschlechterrollen und -normen, ist Butlers Handlungsvorschlag: *Queerness*[4] setzt da an, wo immer aufs Neue versucht wird, sich der gesellschaftlichen Geschlechternorm anzunähern. Diese Versuche werden karikiert, indem die Verfehlung des Ideals als *performance* auf die Spitze getrieben wird.

In der hiesigen Debatte um Butlers Dekonstruktivismus entzündet sich die Kritik vor allem an *Queerness* als Handlungsvorschlag: Der Showcharakter der Geschlechterperformance ähnele einer Bühnentravestie ohne politische Tragweite, die überdies nur in einer Metropolenszenerie denkbar sei. Aufgebrochen, die Idee von Subjekt und Identität aus den Angeln zu heben, setze das subversive Spiel letztlich doch wieder ein willentlich handelndes Subjekt voraus. Sie bleibe damit in den Fängen einer Identität mittels sexueller Selbstdefinition, auch wenn diese beliebig sei und immer wieder variiert werde.

Ein anderer Eckpfeiler der Kritik ist der Mythos der Macht, dem Butler aufliege, wenn sie ungeniert propagiert, das subversive Spiel »im Rahmen der bestehenden Macht« neu zu überdenken: »*Aber dies ist bei Butler – und darin adaptiert sie Foucault – nicht kritisch gemeint, sondern ganz und gar positiv. Die Macht und ihre Diskurspraktiken infrage zu stellen, ist für sie ein sinnloses und sogar undenkbares Unterfangen.*«[5] Trotzdem: Dekonstruktivismus in Bausch und Bogen zum hedonistisch-pluralistischen Zeitgeist zu erklären, reduziert die ganze Theorie auf ein Teilelement. (Die Perspektive, die die *Queer-theory* bietet, hält zugegebenermaßen kaum einer weitgehenden Überprüfung stand, doch sollte auch nicht vergessen werden, daß der Kontext in den USA ein anderer ist.) Die Diskursanalyse hat sich aber zur Hauptaufgabe gemacht, die Ordnungsklassifikationen und -kategorien als herrschaftssichernde Konstruktionen zu demontieren – und das hat nun herzlich wenig mit Spielerei und Beliebigkeit zu tun, sondern stellt die Handlungsmöglichkeit, die Veränderbarkeit in den Vordergrund. Die Auflösung der Strukturkategorie Geschlecht steht der biologistischen Annahme einer essentiellen Geschlechterpolarität entgegen und geht somit von einem Konzept prinzipieller Gleichheit aus.

Die alte politische Frauenbewegung hat das Geschlechterverhältnis zum Tanzen gebracht. Der Dekonstruktivismus brachte die Geschlechter selbst zum Tanzen. Ob der Feminismus im Zeitalter der Postmoderne an sein Ende gelangt ist, wird aber nicht allein in den akademischen Elfenbeintürmen der Metropole entschieden – das dürfen Postfeministinnen aus der »schwarzen« Kritik an ihrer Vorgängerbewegung lernen.

Anmerkungen:

1 Vgl. hierzu I. Lenz, Wechselnde Blicke, Frauenforschung in internationaler Perspektive, Opladen, 1996, S. 208 ff

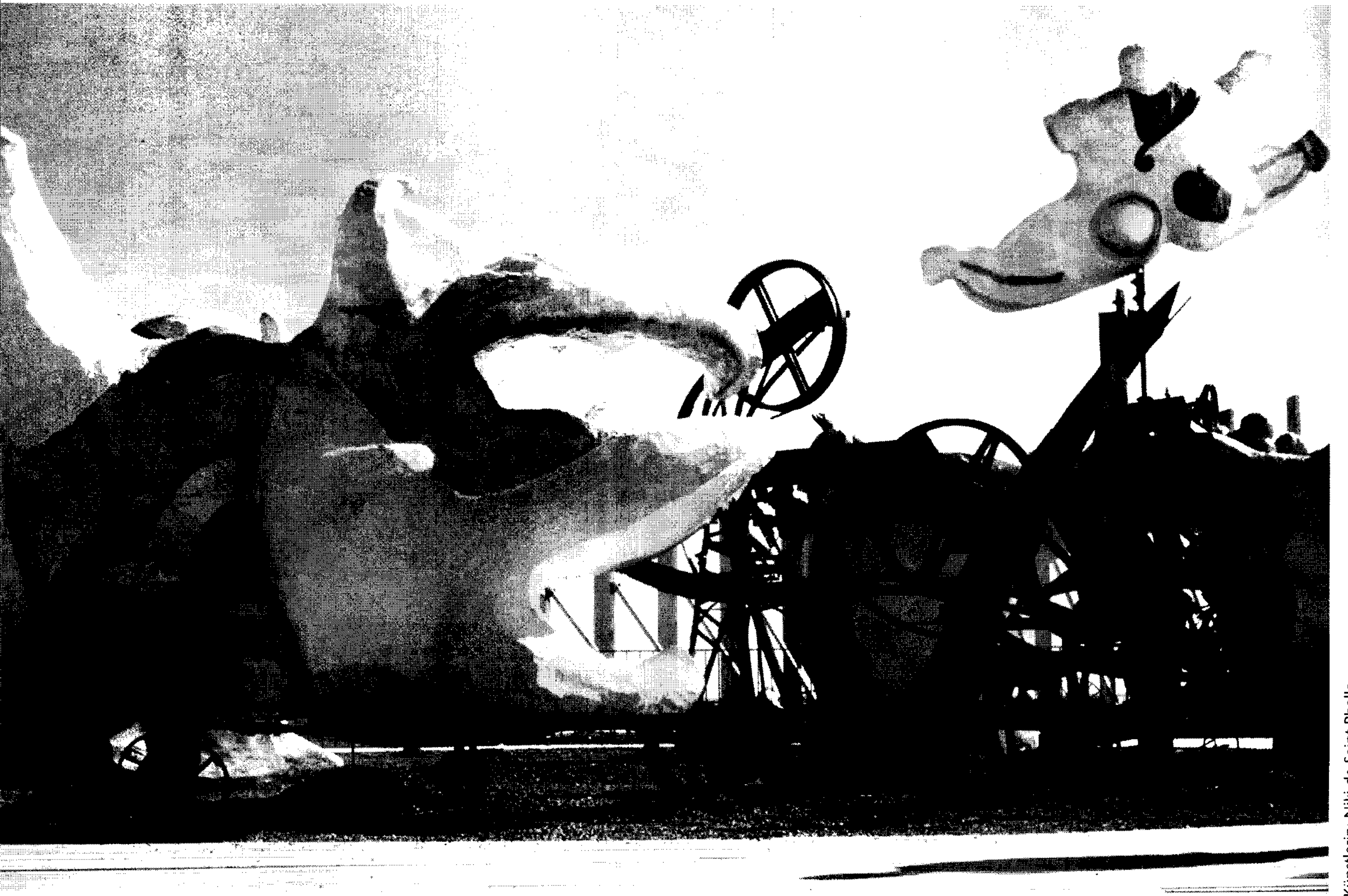
2 Chandra Talpade Mohanty, Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse, Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1988, S. 153

3 Diese These hat bereits Simone de Beauvoire 1949 in ihrem Buch »Das andere Geschlecht« vertreten. Sie ging allerdings von der Zuweisung durch Sozialisation aus. Auch das wird aber doch immer wieder aufs neue gern bezweifelt: Wie sonst wäre zu erklären, daß junge Eltern bei ihren männlichen Sprößlingen ein »Auto-Gen« vermuten, durch welches Lastwagen und anderes fahrbare eine erhöhte Attraktivität im Vergleich zu Barbiepuppen besitzt.

4 Queer: urspr. am. Schimpfwort für Lesben und Schwule; sonderbar, seltsam, verquer

5 Jutta Willutzki, Das Kochbuch des postmodernen Gourmets, Bahamas Nr. 20, 1996, S. 55

► **Monika Hoffmann** ist Mitarbeiterin des **iz3w**.



Künstlerin: Niki de Saint Phalle

Hauptsache Bewegung

Von der Frauen- und Lesbenbewegung zum Spiel mit SEXeventUALITÄTEN?

von **Lena Laps**

Feminismus ist out. Das grenzüberschreitende Spiel mit Geschlecht und Sexualität(en) ist angesagt. Zumindest auf dem Feld der postmodern orientierten Theorie sind die Kategorien Geschlecht und Sexualität als 'Orte der Umdeutung' in eine Krise geraten. Wie haben sich nun in der Vergangenheit Geschlecht und Sexualität entwickelt, und was kann ein radikales Infragestellen dieser Kategorien politisch bewirken?

► Die Texte der Frauenbewegung der 70er Jahre sprechen von Frauenunterdrückung bzw. Frauenausbeutung. Es geht darum, ähnliche Erfahrungen aufgrund der 'Gemeinsamkeit Frau' zu analysieren. Die Gemeinsamkeiten beziehen sich dabei vor allem auf Realitäten von weißen, inländischen Frauen der Mittelschicht. Das sich entwickelnde politische Subjekt Frau läßt (noch) wenig an Differenzierungen zu. Soziale Unterschiede werden, soweit zum Thema gemacht, eher als spaltend und schwächend denn als Stärke erlebt. 'Frau sein' bedeutet vor allem, die Unterseite der Macht zu erfahren und sich daraus befreien zu wollen. Auch wenn über 'das Patriarchat in uns' reflektiert wird, erlebt frau sich doch eher als Geschädigte einer Sozialisation patriarchaler Verinnerlichung, weniger als immer wieder aktiv Beteiligte. Mittäterschaft von Frauen und Täterinnenschaft sind Konzepte, die erst Mitte bis Ende der 80er – insbesondere in den Auseinandersetzungen um Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus innerhalb der Bewegung – politisches Denken und Handeln verändern.

Am Anfang war die Frau...

► In den 80er Jahren wird in der deutschsprachigen Theorie der zentrale Begriff Frau bzw. Frauen vom Begriff Geschlecht verdrängt. Im Deutschen stellen sich – wie häufig aufgrund kultureller Unterschiede – Übersetzungsprobleme. Der englischsprachige Begriff Gender, übersetzt als soziales/kulturelles Geschlecht oder als Geschlechtsidentität, wurde Ende der 60er Jahre in der sozial-

psychologischen Forschung zu Transsexuellen geprägt. Feministinnen führten die Debatte weiter und die analytische Trennung von Sex = biologisches Geschlecht und Gender = soziales Geschlecht bzw. Geschlechtsidentität ein. Die Existenz körperlicher Unterschiede zwischen Frauen und Männern gilt als materielle, 'natürliche' Ausgangsbasis für das von kulturellen, gesellschaftlichen Verhältnissen und Veränderungen geprägte soziale Geschlecht. Nachfolgend ist vermehrt von Geschlechtern die Rede: Geschlechterdifferenz, Geschlechterverhältnisse, Geschlechterforschung, -diskurs und -ordnung sollen deutlich machen, daß Frau und Geschlecht nicht identisch sind. Geschlecht als binäre Kategorie hat 'Frau' und 'Mann', Frauen und Männer in Beziehung zueinander zu denken, muß beide Geschlechter in den Blick nehmen.

...und die Frau ward Geschlecht

▶ Inhaltlich zunehmend wichtiger wird die Frage: Wie werden Geschlechter gemacht? In den Theorien zur sozialen Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit werden insbesondere aus ethnomethodologischen und mikrosoziologischen Perspektiven die alltäglichen Praktiken der Herstellung von Zweigeschlechtlichkeit analysiert. Geschlechtszugehörigkeit ist – entgegen der Alltagswahrnehmung – nicht eindeutig, nicht naturhaft und nicht unveränderbar. Die zweigeteilte Entweder-Oder-Ordnung 'Mann-Frau' gilt – ebenso wie 'Heterosexualität-Homosexualität' – als kulturelle Konstruktion. Erst im 18. Jahrhundert wurde ein Konzept strikter Zweigeschlechtlichkeit entwicklelt, welches qualitative und nicht nur graduelle Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Geschlechtsmerkmalen behauptet. Vorher galten Frauen nicht als grundsätzlich 'Andere', sondern als mangelhafte Männerversion. In den Ansätzen des 'doing gender' wird betont, daß Geschlechter in komplexen sozialen Beziehungen immer wieder gemacht werden. Dieses sich zu Frau oder Mann machen und machen lassen, verweist auf Handlungsspielräume, auf Mittun oder Möglichkeiten des Gegentuns und der Verweigerung. Doing gender bedeutet allerdings nicht, von voraussetzungslosen, beliebig-willkürlichen Prozessen auszugehen. Es sind immer schon bestimmte grundlegende Vorstellungen von Geschlecht eingeflossen, bevor Geschlecht gemacht wird.

Die Verschiebung von der 'klassisch' feministischen zur allgemeineren Geschlechterperspektive stellt die festgelegte Eindeutigkeit von Standorten in Frage und führt durchaus zu erweiterten Horizonten. Es fallen aber gleichzeitig politisch, besser gesagt feministisch entscheidende Fragen aus dem Blickfeld: von wem, von welcher Position aus und mit welchem Interesse Geschlechter konstruiert werden. Es entsteht tendenziell der Eindruck, daß auf Zweiteilungen beruhende Kategorien unabhängig von hierarchischen Ordnungen durch Ausschlüsse Macht performativ werden lassen. Vernachlässigt werden gesellschaftliche, politische, ökonomische Strukturen, durch welche – immer noch – Männlichkeit mit Herrschaft assoziiert wird. In der Folge sind nicht selten im politischen Alltag von Frauen bzw. Feministinnen geschaffene Denk- und Alltagsräume für Männer zugänglich. So eignen sich Männer beispielsweise verstärkt Forschungsfelder und -gelder an (oder sie werden ihnen – auch von Frauen – zugesprochen). In der aktuellen Debatte um die Einrichtung von 'Homostudien' wird zum Beispiel der politisch-rhetorische Anspruch formuliert, geschlechtsparitätisch den 'lesbischen Anteil' berücksichtigen zu wollen. Doch im nachgeschobenen – Feministinnen wohl bekannten – Argument beeilt man sich, auf das 'große Defizit qualifizierter Frauen' hinzuweisen. Weitestgehend ignoriert werden darüberhinaus Fragen, wie Zweigeschlechtlichkeit und Zwangsheterosexualität sich gegenseitig bedingen – Fragen, die in den diskursanalytisch orientierten Ansätzen, insbesondere bei Judith Butler, durchaus zur Sprache kommen.

Die postmodern orientierten Diskursanalysen zu Geschlecht und Sexualität, zu denen auch die Queer-Theorie gehört, unterscheiden sich von den bisher vorgestellten Theorien in mehrfacher Hinsicht. Sie analysieren weniger soziale und interaktive Konstruktionsprozesse von Zweigeschlechtlichkeit, sondern konzentrieren sich auf sprachliche Interpretations- und Konstruktionsprozesse. Geschlecht und Sexualität reproduzieren sich demnach über konventionell festgelegte Bedeutungen und lassen diese als solide Realität erscheinen. Sie sind nicht lediglich kulturelle Konstruktionen, sie sind vor allem performative Kategorien. Das heißt, das, was Geschlecht (oder Sexualität) bezeichnet, stellt es gleichzeitig her, setzt es in Szene. Wenn ich zum Beispiel den Begriff Frau oder Lesbe benutze, bilde ich damit nicht die Bedeutung einer dahinterliegenden Tatsachen-Realität ab, sondern stelle Bedeutung und Realität gleichermaßen her. Und das nicht absichtlich oder bewußt in einem Akt, sondern durch »... die zwingende, ständige Wiederholung kultureller Konventionen am und durch den Körper« – so die wohl bekannteste poststrukturalistische 'Queer-Theoretikerin' Judith Butler[1].

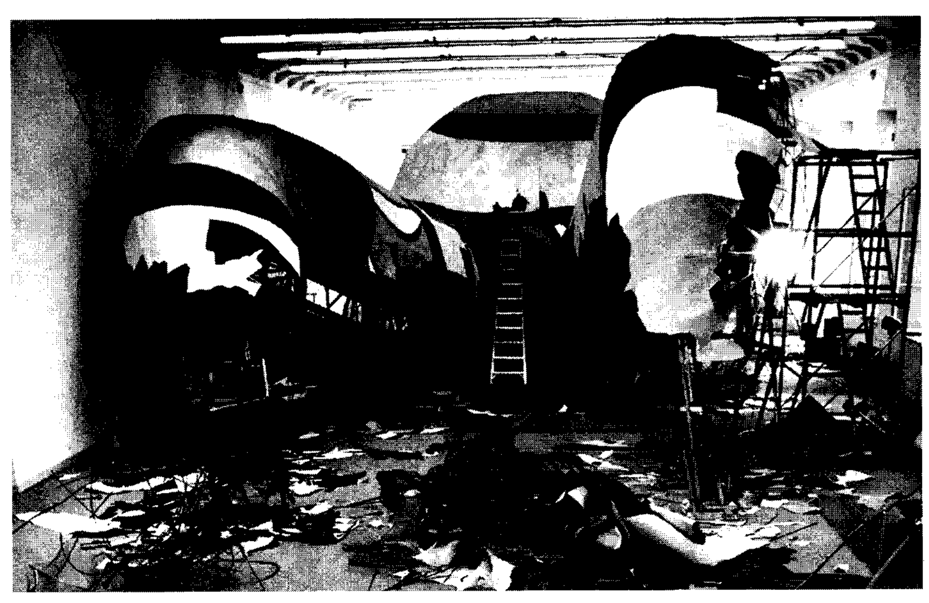
Aus zwei Geschlechtern viele machen, um Geschlecht zu entmachten?

Bei diesem zwanghaften Re-Produktionsprozeß von Geschlecht und Sexualität passieren allerdings immer wieder unvorhersagbare Abweichungen und Verschiebungen. Darin liegen nun Handlungsmöglichkeiten der subversiven Umdeutung. Umdeutung wird generell als die Möglichkeit verstanden, verändernd einzuwirken. Es gilt als grundsätzlich unmöglich, dem Zugriff der Macht zu entkommen – poststrukturalistisch läßt sich sagen: »Die Macht durchdringt sogar den Begriffsapparat, der versucht, über die Macht zu verhandeln« (Butler). Dieses Machtkonzept geht auf Foucault zurück; danach ist Macht eher produktiv als prohibitiv, wird immer und überall produziert. Das heißt, es kann nur darum gehen, machtimmanente Möglichkeiten zu finden, welche die binären Ordnungen der Geschlechts- und sexuellen Identitäten stören, sie subversiv überschreiten. Vervielfältigen, Verwirren, Verunsichern werden als Strategien propagiert, insbesondere Formen spielerisch subversiver Parodie und Travestie. Während Travestie ursprünglich die weibliche Kostümierung von Männern, oft von Schwulen, bedeutet, beanspruchen Travestie/Drag und Parodien der 90er, sich weitergehend auf 'alle Geschlechter' und sexuellen Identitäten zu beziehen.

In der Ankündigung für eine monatlich stattfindende Disco in Hannover, zu der ausdrücklich 'biologische und andere Frauen' geladen sind, heißt es: »Heute Nacht und nicht für immer dem erotisch-politischen Spiel der Kategorien männlich und weiblich nachgeben und sie begreifen als symbolträchtige Zeichen, die bizarr kombiniert, der Realität ihre vermeintliche Essenz rauben. (...) Mittels der Maskerade können die Zeichen ihrer 'unnatürlichen' Ideologie überführt werden (...) Und deshalb eine Nacht Närrinnenfreiheit.« Also nicht nur 1x im Jahr Weiberfastnacht, 1x im Jahr Muttertag, jetzt auch 1x im Monat Gender Fuck? (Gender Fuck ist nicht Ausdruck ordinären Sprachgebrauchs, sondern ein durchaus seriös-wissenschaftlicher Terminus für uneindeutige, widersprüchliche geschlechtliche und sexuelle performative Akte und Inszenierungen – zum Beispiel: eine Heterofrau mit einem Schwulen, eine Lesbe mit einer Lesbe, die als schwule Tunte auftritt, eine Butch als Queen, die lesbische Sängerin Phranc als Neil Diamond etc.) Einmal im Monat eine Ausnahmezeit – wird damit nicht letztendlich die heterosexistische Normalzeit gefestigt und immer wieder bestätigt? Und wie kann ich überhaupt unterscheiden zwischen spielerisch-subversiver Parodie und heterosexistischen Herrschaftsstrukturen? Wie, wann, wo ziehe ich die Trennungslinie zwischen strategischem Spiel »Heute Nacht und nicht für immer« und alltäglichen, 'für immer' existierenden Gewaltverhältnissen? Und wenn es mir gelingen sollte, diese Grenze zu ziehen – was ist dann noch die subversiv-politisch verändernde Wirkung des Spiels?

Butlers Hinweis »Die übertriebene Geste ist entscheidend für die Bloßstellung...«[2] – hier für die Bloßstellung der als selbstverständlich wahrgenommenen heterosexuellen Norm – bleibt als Antwort unbefriedigend. Wenn ich mir eine Vorstellung von 'übertrieben' mache, gehe ich dann nicht gerade doch von einem Normalmaß aus und das Übertriebene bleibt norm(al)ab-

weichend? Zur 'übertriebenen Weiblichkeit' möchte ich gerne Sheila Jeffreys zitieren: »Betrachten wir das 'destabilisierende Potential' der Mimicry, sind wir gezwungen, zur Kenntnis zu nehmen, daß überall um uns herum, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Büros, Restaurants Frauen übertriebene Weiblichkeit vortäuschen. Schwer zu sagen, worin der Unterschied zwischen gedankenloser, gewöhnlicher Weiblichkeit und verfeinerter Weiblichkeit als Maskerade besteht...«. Und weiter: »Auch ist hier Snobismus am Werk. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen Frauen, auch wenn sie genau die gleiche Kleidung tragen – je nachdem ob sie unwissend und ungebildet sind oder ob sie Kulturwissenschaften studiert, Lacan gelesen und bewußt und revolutionär beschlossen haben, weitausgeschnittene Spitzenblusen zu tragen«[3].



Destabilisierendes Potential oder Maskerade? Künstlerin: Niki de Saint Phalle

Das verwirrend subversive Spiel mit Identitäten scheint nur Spaß zu machen und zu funktionieren, wenn dahinter weiterhin die Gewißheit existiert, daß man bzw. frau das 'eigentliche' Geschlecht der Spielenden kennt – wenn ich, spätestens zu Hause angekommen, weiß, wer ich bin. Ich denke, daß Parodie,Travestie / Drag als Strategien der Umdeutung von Geschlecht und Sexualität bestenfalls in eingeschränkten Bereichen Wahrnehmungen verändern können: in erster Linie in kulturellen oder eher noch subkulturellen Bereichen – in Film, Literatur, Theater, Kleidungsstilen usw. Der Begriff Subkultur nimmt in Queer-Theorie und -Politik wieder einen bedeutungsvollen Stellenwert ein. Gegen die damit verbundene gesellschaftliche Positionierung als Minderheit haben feministische Lesben jahrzehntelang argumentiert. Bevor ich zu einer kritischen Einschätzung der 'Politik der SEXeventUALITÄTEN' komme, erscheint mir ein kurzer Exkurs zu Konzepten der Zwangsheterosexualität notwendig.

Zwangsheterosexualität, zum ersten ...und zum zweiten

▶ Zwangsheterosexualität, die erste: Es entsteht der Eindruck, daß Zwangsheterosexualität erst in der zeitgenössischen akademischen Gender-Forschung der 90er theoretisiert und in Frage gestellt worden sei. Tatsächlich existiert in der deutschsprachigen feministisch-lesbischen Theorie bereits seit etwa Mitte der 70er eine Auseinandersetzung mit den Realitäten und dem Konzept der Zwangsheterosexualität. Der Begriff wird zunächst vor allem in Zusammenhängen heterosexueller Gewaltverhältnisse verwendet. So wird 1974 anläßlich des Prozesses gegen M. Ihns und J. Andersen – die lesbischen Freundinnen werden beschuldigt, an der Planung und Durchführung des Mordes an M. Ihns' gewalttätigem Ehemann beteiligt gewesen zu sein – in einer breiten bundesweiten Solidarisierungskampagne gefordert: »Schluß mit dem Zwang zur Heterosexualität!« Zum ersten Mal wird Heterosexualität als Ausdrucksform patriarchaler Gewalt begriffen. 1975 erläutert Alice Schwarzer »was an der Zwangsheterosexualität so politisch ist«: Das 'Sexmonopol' der Männer sichere ihnen gleichzeitig das emotionale, soziale und ökonomische Monopol und mache ausschließliche Heterosexualität zu einem entscheidenden Machtmittel im Geschlechterkampf. Adrienne Rich geht in ihrer Analyse einen Schritt weiter und begreift lesbischen Feminismus ausdrücklich als Patriarchatsverweigerung, als Widerstand. Ihr bekannter Aufsatz »Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz« fließt jedoch in keiner Weise in die Theorieproduktion der 90er ein[4]. Judith Butler beispielsweise, durch die die Kategorie Zwangsheterosexualität im 'Post-Diskurs' akkreditiert wurde, verweist meines Wissens nirgendwo auf diesen entscheidenden Ansatz.

Ich denke, daß solche amnesiehaften Theorieverluste nicht zufällig geschehen. Es liegt nahe, sie als Ausdruck einer Geringschätzung oder Ignoranz gegenüber früheren feministisch-lesbischen Analysen zu interpretieren. Spezifische Versionen feministischer und lesbischer Theoriegeschichten können sich durchsetzen, weil »...jede feministische Kritik ... das 'Recht auf Theorie' einfordern muß... Der niedere Typus des kritischen Denkens (das ist Feminismus) wird in Gegensatz zur streng geprüften theoretischen Güteklasse des Poststrukturalismus gestellt« bemerkt Teresa de Lauretis kritisch zum Konkurrenzkampf der Theorien[5]. Also: Poststrukturalismus als Theorie 1. Klasse, Feminismus als Theorie 2. Klasse, Lesbianismus, Schwarzer Feminismus...?

Zwangsheterosexualität, die zweite: Im gegenwärtigen poststrukturalistischen Diskurs wird Zwangsheterosexualität wieder thematisiert. Sie wird vor allem als 'wesenhafte Komödie' oder 'zum Schreien komische Parodie ihrer selbst' begriffen. Aspekte der Gewalt und der Befreiung treten dagegen zurück. Lesbischer Feminismus gar als Widerstand gegen Zwangsheterosexualität ist für poststrukturalistische Theoretikerinnen an und für sich eine 'unmögliche Phantasie', undenkbar. Die konkrete politische Aufgabe wird vielmehr in der 'Resignifizierung' der Heterosexualität gesehen – darin, sie im Rahmen der Macht subversiv umzudeuten. So kann 'nicht-normative' Heterosexualität in schwulen oder lesbischen Kontexten durchaus subversiv sein, da sie den konstruierten Status der Zwangsheterosexualität deutlich macht. Nicht Überschreiten der Macht, sondern parodistisches Wiedereinsetzen der Macht als postfeministisches Paradigma – mehr als eine weitere 'unmögliche Phantasie'?

Politik der SEXeventUALITÄTen

▶ Mit Politik der SEXeventUALITÄTEN bezeichne ich eine Politik, in der vielfältige sexuelle Events vielfältige Eventualitäten eröffnen sollen: mit anderen Worten QUEER-Politik. Ich ziehe den Begriff SEXeventUALITÄTEN vor, weil er im Deutschen deutlicher macht, worum es meiner Meinung nach vor allem geht:

Sex als biologisches Geschlecht wird in seiner vermeintlich 'natürlichen' Realität dekonstruiert und als ein Effekt des hegemonialen Diskurses der Zweigeschlechtlichkeit demaskiert, grenzüberschreitend vervielfältigt zu postmodisch pluralisierten Sexualitäten. Mit Sexualitäten meine ich in diesem Zusammenhang aber auch vielfältige Formen und Aktivitäten des Begehrens. SEXeventUALITÄTEN setzen sich über Geschlecht (Sex und Gender, eine Trennung zwischen beiden wird bedeutungslos) und sexuelle Identitäten hinweg. Sexualiät als Identitätsbegriff wird in Frage gestellt. Das heißt, Queer als Politik der SEXeventUALITÄTEN will schwule oder lesbische Identität

radikal verunsichern, nicht etwa bestärken. Als offene und provisorische Orte permanenter Umdeutung wollen Kategorien – wie beispielsweise Frau, Lesbe, Queer – dann vor allem grenzüberschreitende Bewegungen zum Ausdruck bringen. »Jedes Gender sollte Transgender sein, jedes Begehren ist transgendered / geschlechtsüberschreitend, Bewegung ist alles.«[6] Bewegung in alle Richtungen zugleich scheint mir für feministische und lesbische Theorie und Politik wenig produktiv. Die Utopie der unbegrenzten Möglichkeiten als 'Schutz' gegen Ausgrenzungs- und Machthandeln ist wohl auch mitgeprägt von einer libertär liberalistischen Warenhausideologie. Wir wollen immer und überall alles im Angebot finden – auch Geschlecht und Sexualität als virtuelle Realität.

Insbesondere die feministische Lesbenbewegung sieht sich der Kritik ausgesetzt, durch ihre Kategorienbildung eine ausgrenzende, essentialistische, konservative Identitätspolitik zu betreiben. Die Kritik an einem spezifischen, eingeschränkten Selbstverständnis von Lesben hat zu notwendigen Weiterentwicklungen und Erweiterungen geführt. Sie ging etwa Mitte der 80er ganz entscheidend von jüdischen Lesben, afrodeutschen, schwarzen Lesben und Krüppellesben aus. Sie stellten Lesbenidentität als politisches Konstrukt einer Frauen- und Lesbenbewegung der Dominanzkultur in Frage; sie machten auf die Gleichrangigkeit von komplexen Mehrfachidentitäten aufmerksam. Einmal abgesehen davon, daß seit Beginn der Lesbenbewegung darum gestritten wird, wer oder was eine Lesbe sei, bleibt doch fraglich, inwieweit ein radikal sprach- und diskurstheoretisches Vagabundieren von Kategorien Machtordnungen destabilisiert oder gar stabilisiert. Verunsicherung und Verwirrung als Strategien können sicherlich das eigene oder vorherrschende Selbstverständnis in Frage stellen. Aber: Sind sie nicht auch in bestimmten Freiräumen praktizierbare Privilegien? Ist es nicht ein bedeutungsvoller Unterschied, ob eine in wohl honorierter Position forschende Queer-Theoretikerin an ihren Kategorien zweifelt oder eine Lesbe in Altenhundem daran, daß es Lesben gibt? Außerdem: Häufig wird ignoriert, daß eine offensive feministisch-lesbische Bewegung die Bedingungen geschaffen hat, unter denen nunmehr ein grundsätzliches Infragestellen 'der Lesbe' angesagt scheint.

Ich denke, die Queer-Politik der SEXeventUALITÄTEN, die angeblich als offene, bunte, flexible, lustvolle Politik im Gegensatz zum ausgrenzenden, dogmatischen, rigiden und lustfeindlichen Feminismus für Lesben der 90er besondere Attraktivität hat, entgeht nicht den Mechanismen jeglicher Politisierung: Sie braucht einen identitätsstiftenden Fluchtpunkt, und sie setzt Werte. Als Fluchtpunkt dienen perverse Praxen. 'Verdrehte, verkehrte, widernatürliche' Praxen (durchaus im positiven Sinne) gelten als entscheidend für Umdeutungen und Machtverschiebungen auf dem Feld der Geschlechts- und sexuellen Diskurse. Zentrale Kategorie ist letztendlich die 'alte' abweichende Sexualität – das, worauf feministische Lesben sich nicht reduzieren lassen woll(t)en.

Durchschlagender als die Ordnung 'sexueller Normalität und Abweichung' und für eine Analyse von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen relevanter ist aber meiner Meinung nach die Geschlechter-Ordnung. Bestimmte Formen 'sexueller Abweichungen' sind für moderne westliche Gesellschaften durchaus tolerierbar und integrierbar; sie stehen nicht in einem kritischen Verhältnis zum herrschenden Gesellschaftssystem. Radikales Zweifeln an grundlegenden feministisch-lesbischen Kategorien und Positionen halte ich als selbstkritische Reflexion für notwendig, soweit es ein dominantes Selbst- und Politikverständnis mit Fragen durchquert und verunsichert. Die Krise der Kategorien mag im akademischen Diskurs einiges in Bewegung setzen. Sie löst jedoch weder gleich eine Krise der Realität noch eine politische Bewegung aus. Die Überzeugung, keinerlei Veränderungen oder Widerstand außerhalb der Macht bewirken zu können, bringt eine Verunsicherung in der politischen Vorstellungs- und Durchsetzungskraft. Hieraus folgt nicht nur das Verlassen nach wie vor wichtiger feministischer bzw. feministisch-lesbischer Standorte; auch gesellschaftlich erkämpfte Orte und Ressourcen für Frauen unterschiedlichster Lebensrealitäten werden aufgegeben. Wenn in Zeiten des sogenannten Sozialabbaus verschiedenste Projekte und politische Erfolge von Frauen 'dekonstruiert' werden, ist das nicht primär theoretisch, sondern politisch brisant – als Ausdruck eines Rückschlages – , was wiederum eine Frage politischer Bewegungen ist.

Anmerkungen:

1 Butler, Judith, 1994: Ort der politischen Neuverhandlung – Der Feminismus braucht die Frauen, aber er muß nicht wissen, 'wer' sie sind, in: Frankfurter Rundschau v. 27.7.1994, S. 10

2 Dies. 1995: Körper von Gewicht, Berlin-Verlag S. 307

3 Jeffreys, Shila, 1993: Ketzerinnen, München, S. 155

4 Original 1980, deutsche Übersetzung 1983, in: Schultz, D. (Hg.): Macht und Sinnlichkeit – Ausgewählte Texte von Audre Lorde und Adrienne Rich, Berlin, S. 138

5 de Lauretis,Teresa, 1993: Der Feminismus und seine Differenzen, in: Feministische Studien Heft 2, Weinheim, S. 98

6 Halberstam, Judith, 1994: F2M – The Making of Female Masculinity, in: Doan, Laura (ed.): The Lesbian Postmodern, NY, S.210, Übersetzung LL.

▶ **Lena Laps** ist seit Mitte der 70er Jahre frauen- und lesbenbewegt; sie ist Sozialwissenschaftlerin und Mitherausgeberin der bundesweiten Lesbenzeitschrift IHRSINN.





Eine Frau ist eine Frau ist eine...

Migrantinnen in der deutschen Frauenbewegung

von Encarnación Gutiérrez Rodríguez

Die Kritik schwarzer Frauen und Migrantinnen hat sichtbar gemacht, wie hierzulande Frausein definiert und das Geschlechterverhältnis situiert wird. Allerdings wurde in den Anfängen der Rassismus-Diskussion kaum Notiz von den Einwanderinnen genommen und eher US-amerikanischer schwarzer Feminismus thematisiert. Daß die BRD ein Einwanderungsland war, wurde in der deutschen feministischen Diskussion dagegen kaum wahrgenommen.

▶ Wenn von Frauen die Rede ist, wird im deutschsprachigen Raum zumeist über die Repräsentanz der Mehrheit verhandelt. Migrantinnen werden dagegen eher in den Diskursen um kulturelle Differenz, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zum Thema. Die Vorstellung der Andersartigkeit ist dabei aber nicht unbedingt ihrer familiären Zugehörigkeit oder bestimmten kulturellen Praktiken der jeweiligen Herkunftsregion geschuldet. Vielmehr gründet diese Vorstellung auf der institutionellen Definition als »Ausländerin«, »Nicht-EU-Migrantin« oder »Flüchtling«, was die Annahme einer kulturellen Differenz ausblendet. Mir geht es hier weniger darum, am Multikulturalismus bzw. kulturellen Differenzdiskurs weiterzuspinnen, sondern vielmehr darum, auf die Kritik einiger Schwarzer Frauen und Migrantinnen hinzuweisen, die ihre Situation von einer gesellschaftskritischen Perspektive aus thematisieren. In ihren Beiträgen fällt auf, daß ethnische Merkmale kaum Thema sind. Stattdessen wird die Macht- und Ressourcenverteilung zwischen deutschen und ausländischen Frauen angesprochen. Zunächst zur Begegnung zwischen deutschen und »ausländischen« Frauen.

Die neue deutsche Frauenbewegung hatte in ihren Anfängen von der »ausländischen Frau« als engagierter Feministin kaum Notiz genommen. Die Euphorie, über die Kategorie »Frau« eine politische Identität einnehmen und darüber gesellschaftliche Hierarchien und Ausbeutungsverhältnisse erklären und anfechten zu können, begleitete die Militanz der meisten Feministinnen. Damit wurden notwendigerweise die Unterschiede zwischen Frauen im Nationalstaat, sei es auf der Ebene sexuellen Begehrens, der Position innerhalb der Produktionsverhältnisse, oder dem bürgerrechtlichen Status in den Hintergrund gerückt. Der internationalistische Feminismus verstand sich eher als Solidaritätsbewegung mit Frauen aus anderen Ländern oder mit denen, die im deutschen Exil für nationale Befreiung in ihrem jeweiligen Herkunftsland kämpften. Die »Ausländerin« in Deutschland wurde jedoch eher als die betreuungsbedürftige und besonders unemanzipierte Frau gesehen. Deniz Camlikbeli schrieb in diesem Zusammenhang: »Um als Frau aus der Türkei akzeptiert zu werden, müßten wir 'Kopftücher' tragen, 'Pumphosen und darüber Röcke' anziehen, 'ganz bunt' aussehen, 'ein dickes Hinterteil und einen großen Bauch' haben,... dürften niemals eine Schulausbildung haben, nie uneheliche Kinder gebären... « (Camlikbeli :19)

Die Erzeugung dieses Bildes muß vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Ausländerpolitik der BRD betrachtet werden. Das Konzept der Anwerbepolitik sah die EinwanderInnen als rotierende Arbeitskräfte vor. Die damaligen Bundesregierungen rechneten mit ihrer baldigen Rückkehr in die Herkunftsländer und enthielten der eingewanderten Bevölkerung die elementaren Bürgerrechte vor – was sie bis heute tun. Die durch das Nichthandeln der Bundesregierungen entstandene Versorgungslücke wurde von den kirchlich-karitativen Institutionen wie der Caritas oder dem Diakonischen Werk etwa mit Sprachprogrammen und Orientierungsangeboten aufgefüllt. Vor diesem Hintergrund ereignete sich das Zusammenkommen westdeutscher Feministinnen mit Migrantinnen zunächst im Bereich der Sozialarbeit. Die Sozialarbeit und -pädagogik waren eine der ersten Institutionen, die die Existenz der EinwanderInnen in der BRD wahrnahmen. Es ist auch dieser Bereich, in dem Ende der 70er Jahre zum ersten Mal Forderungen nach Einstellung von ausländischen Sozialarbeiterinnen in Betreuungs- und Leitungsfunktionen laut wurden. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die ersten provokanten Kritiken von Migrantinnen an der neuen deutschen Frauenbewegung formuliert. Anfang der 80er Jahre wurde erstmals die Stigmatisierung der »ausländischen Frau« als »defizitäres Wesen« angesprochen. Im Mittelpunkt standen Diskussionen um das Verhältnis zwischen der neuen deutschen Frauenbewegung und den Migrantinnen. Natascha Apostolidou schrieb schon 1980 hierzu: »Die deutschen Frauen innerhalb der Sozialarbeit müssen neue Überlegungen anstellen, damit sie wegkommen vom Nur-Helfen, Beraten, Zeigen. Sie müssen herausfinden, welche Stärke die ausländischen Frauen haben und sich mit ihnen solidarisieren.« . In diesem Sinne wurde das hierarchisierte Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Frauen insbesondere in den sozialen Projekten thematisiert.

Die Migrantin als »defizitäre Frau und als Spiegelbild des Selbst«

Neben dem Stereotyp der anderen Frau im Sinne der »defizitären Migrantin« tauchte jedoch ein anderes Phänomen auf – die Vereinnahmung der Migrantin in der Produktion eines Ebenbilds. Dies kam vor allem vor, wenn die Migrantin dem Bild der defizitären Ausländerin nicht entsprach, da sie gut deutsch sprach oder aus der ihr zugeschriebenen Hilfsbedürftigkeit herausfiel. Die scheinbar angepaßte Migrantin wurde vom herrschenden Blick nicht mehr in Verbindung gesetzt mit der Vorstellung einer ethnischen Gruppe, sie wurde vielmehr für das eigene Bild der emanzipierten Frau vereinnahmt. Dabei wurde die Differenz, die aufgrund ihres juridisch-politischen Status in der BRD besteht, unsichtbar gemacht. Migrantinnen wurden und werden innerhalb einer binären Logik entweder zur »gleichen« oder zur »anderen« Frau konstruiert. Die Ausländerin als die »Andere« wird im Verhältnis zum herrschenden »Selbst« in der Abgrenzung zu diesem konstituiert bzw. konstruiert. Als Differentes gesetzt wird sie entweder im Namen des herrschenden Selbst vereinnahmt, oder als die Andere in Beziehung zum Selbst festgeschrieben und so zum Projektions- bzw. Spiegelbild. Beide Alternativen bieten dem herrschenden Selbst die Verfügungs- und Definitionsmacht über das so gesetzte Projektions- bzw. Spiegelbild. Dies vollzieht sich in einem politischen Raum, in dem das Andere über die Aus- und Einschließungsmechanismen staatlicher Institutionen immer wieder reproduziert wird.

Staatsangehörig – oder eben nicht

▶ Im Kontext des modernen Nationalstaates werden »nationale Minderheiten« produziert, indem z.B. zwischen In- und AusländerInnen getrennt wird. Auf dieser Basis wird über das Ein- oder Ausgeschlossensein im bürgerrechtlichen Sinne verhandelt. An dem jüngsten Vorstoß von Innenminister Kanther



Frau ist nicht gleich Frau

Foto: H.-G. Schiele

können wir diesen Differenzierungsmechanismus beobachten. Die Bundesregierung beschloß am 13. Januar 1997, Kindern unter 16 Jahren aus der Türkei, Marokko, Tunesien und Ex-Jugoslawien eine Visumspflicht aufzuerlegen. Während die Familie für die deutschen und EU-Migrantinnen als das Kernelement zur Persönlichkeitsentwicklung eines Jugendlichen angesehen wird und daher die Erhaltung und Förderung der Familie zu einem der obersten Grundsätze der Politik des Nationalstaates gehört, verändert sich dieser Grundsatz vollkommen im Falle einer Flüchtlings- oder Nicht-EU-Familie. Für Nicht-EU-Kinder scheinen die Kinderrechtskonventionen der Vereinten Nationen oder das Kindschaftsrecht unter dem Begriff »Wohl des Kindes« nicht zu gelten. Das Wohl oder Unwohl des Kindes wird somit auf der Grundlage der Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zum deutschen Staat oder der Europäischen Union entschieden.

Der Rassismus stellt also auch eine durch den Eingriff des Staates vermittelte Beziehung zum Anderen dar. Ohne den juristischen und politischen Eingriff des Staates (z.B. über Ausländergesetze) würden die kulturellen und soziologischen Unterschiede nur abstrakt bleiben. Erst von dem Zeitpunkt an, an dem die Minderheiten kodifiziert und kontrolliert werden, existieren sie als solche. In diesem gesellschaftlichen Kontext finden auch die Verhandlungen über die Kategorie 'Frau' innerhalb des Nationalstaates Deutschland statt.

Die Kritik an der nationalstaatlich produzierten differenten Position von Migrantinnen und der rassistischen Diskriminierung im Alltag fand trotz der Aktionen Schwarzer Frauen und Migrantinnen kaum Gehör in den Reihen deutscher Feministinnen. Daher blieb die Kategorie »Frau«, die in diesem Zusammenhang thematisiert wurde, für Schwarze Frauen und Migrantinnen inhaltsleer. Die Kategorie »Frau« im weißen Feminismus thematisierte zwar Sexismus und das Geschlechterverhältnis, doch war dies für viele Frauen und besonders für Schwarze Frauen und Migrantinnen ungenügend. Denn die Verquickung sexistischer mit rassistischen Strukturen wurde nicht wahrgenommen. Wenn das Thema Rassismus oder Antisemitismus auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dann meist deshalb, weil eine schwarze oder jüdische Frau oder eine Migrantin dies gefordert hatte. Daß »weiße« Frauen genauso in den rassistischen Strukturen der internationalen wie nationalen Arbeitsteilung involviert sind, blieb außer acht. Die ausschließlich über das Geschlechterverhältnis erfolgende Bestimmung der Kategorie »Frau« erwies sich als unspezifisch, als vereinnahmend und unhistorisch. Die Notwendigkeit der Kontextualisierung der Kategorie Geschlecht wurde gerade von Schwarzen, postkolonialen Feministinnen und Migrantinnen in die feministische Debatte eingebracht.

Für einen Blick auf die Kategorie Geschlecht im deutschen Feminismus schlage ich die Perspektive der kritischen Dekonstruktion vor. Die Frage, die bei jeglicher Äußerung im Namen der Frau gestellt werden muß, ist: wer redet, von wo aus und für wen? Ein Feminismus, der über das Geschlecht nachdenkt, die Produktion desselben jedoch nicht innerhalb sozialer Verhältnisse verortet, kann nur sehr partielle Aussagen treffen. Innerhalb der sozialen Strukturen existieren wir nicht einfach als Frau. Jede Geschlechtskonfiguration hat ihre eigene historische und soziale Spezifität. Das bedeutet für die Untersuchung von Geschlecht immer auch, die strukturellen Prozesse im Auge zu behalten. Um das Geschlecht innerhalb seines zeitlichen und örtlichen Kontextes zu situieren, benötigen wir ein Instrumentarium, das uns Zeichen aufspüren läßt, die auf den Standort des Redenden hinweisen. Es geht um das »Lesen« politischer Praktiken als Text. Als Text sind dabei nicht nur schriftliche Äußerungen, sondern jegliche Repräsentation, von Welt, Mensch und Dingen zu ver-



stehen. In solchen Texten werden vielfältige Bewußtseinskonzepte von den Kategorien Frau, Arbeiterin oder Migrantin etc. sichtbar.

Hegemoniale Denkmodelle

► Im globalen Rahmen kann der Versuch der Universalisierung von Erklärungsmodellen ausgemacht werden. Dieser als »worlding« bezeichnete Prozeß beinhaltet die Hegemonialisierung der lateinischen Schrift, der okzidentalen Philosophie, der Ethno- und Historiographie sowie die Durchsetzung westlicher Ökonomiemodelle. So wurde z.B. die Verbreitung westlicher Denkmodelle durch die Kolonialisierung in Gang gesetzt. Die vorgefundene Wirklichkeit in den kolonisierten Ländern wurde durch die Brille der Kolonisatoren über Neologismen, die dem Wissen der Kolonialländer angelehnt waren, neu bestimmt. Nicht nur erhielten die Bewohner neue Namen, sondern deren Alltagspraktiken und Institutionen und die gesamten Landschaften wurden in der Sprache der Kolonisatoren neu bestimmt. Diese Beschreibungen waren in einen Entwicklungsdiskurs eingeschrieben, der die westliche Welt als universell gültigen Maßstab setzte. Die Kolonien wurden in diesem Verhältnis zum Objekt in Beziehung zum Subjekt Kolonialmacht. Als Projektionsfläche und notwendige Figur für die Herstellung des eigenen Subjektstatus kreierte der Westen die kolonialisierte Welt. Die Beschreibung der Wirklichkeit in den Kolonien vollzog sich daher nicht in einem Zustand der Orts- und Zeitlosigkeit, sondern sie war von Beginn an an die Herrschaftsmechanismen einer spezifischen, historischen Zeit gebunden.

Die Repräsentationen von Welt sind daher ein politisch umstrittenes Feld. Die geopolitische (damit ist der geographische und politische Ort gemeint) Situiertheit der Beteiligten fördert oder schränkt ihre Einfluß- und Darstellungsmöglichkeiten ein. Den verhandelten Text zu dekonstruieren bedeutet daher, die jeweiligen historischen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse auszumachen, in denen dieser Text entsteht und in die er involviert ist. Die Kategorie »Frau« dekonstruieren heißt, sie aus ihrem universellen Repräsentationsanspruch herauszukicken. Als Identitätsmoment beschreibt sie zwar Erfahrungsschnittpunkte von Frauen, wie z.B. die sexistische Gewalt – als Repräsentationsfigur muß jedoch immer wieder ausgehandelt werden, was wir über das Identitätsmoment 'Frau' politisch vermitteln oder bekämpfen wollen. Denn die »konkrete« Frau bildet sich immer neu in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen innerhalb regionaler Kräfteverhältnisse. In dieser Gesellschaftskonfiguration bewegt sich die soziale Kategorie »Frau«. Als politische Identität spricht sie weiterhin gegen Sexismus und benennt Vergeschlechtlichungsprozesse. Doch wenn aus dem politischen Identitätsbezug ein Gleichheits- oder Differenzpostulat aller Frauen proklamiert wird, ist damit der geographische und politische Standort, an denen 'Frau' produziert wird und an denen sie agiert, nicht erfaßt. So müssen wir immer fragen, in welchem Zusammenhang eine politische Identität angerufen wird, wen oder was sie beschreibt, wann und wo sie entsteht und mit wem und für wen sie spricht.

► **Encarnación Gutiérrez Rodríguez** ist Soziologin, Politologin und engagiert in der Gruppe »Feministische Migrantinnen«

Literatur

Apostolidou, Natascha (1980): Für die Frauenbewegung auch wieder nur 'Arbeitsobjekte'? In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit. Nr. 2. Frankfurt/M..

Brah, Avtar (1994): Difference, Diversity, Differentiation: Processes of Racialisation and Gender. London.

Camlikbeli, Deniz (1984): Deutsche Frauen – türkische Frauen. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit. Nr. 1. Frankfurt/M.

Combahee River Collective (1979): A Black Feminist Statement. In: Hull, T. Gloria/Scott, Patricia Bell/Smith, Barbara (Hg.): All the Women Are White, All the Blacks Are Men, But Some of Us Are Brave. New York.

FeMigra (Feministische Migrantinnen) (1994): Wir, die Seiltänzerinnen. In: Eichhorn, Cornelia/Grimm, Sabine (Hg.): Gender Killer. Berlin.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1996a): Migrantinnenpolitik jenseits des Differenz- und Identitätsdiskurses. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Heft 42. Köln.

dies. (1996): "Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau, nicht gleich Frau ...". In: Fischer, Ute-Luise/Kampshoff, Marita/Keil, Susanne/Schmidt, Mathilde (Hg.): Kategorie: Geschlecht. Opladen.

Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1985): Paternalismus in der Frauenbewegung?! In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit. Nr. 3. Frankfurt/M.

Kalpaka, Annita (1992): Die Hälfte des geteilten Himmels. In: Schulz, Marion (Hg.): Fremde Frauen. Frankfurt/M.

Lwanga Magiriba, Gotlinde (1993): Deutsch, nein danke? Anmerkungen zu Staatsangehörigkeit, BürgerInnenrechte und Verfassung. In: Entfernte Verbindungen. Berlin.

Scharlau, Birgit (1983): Tiger Semantik, Gonzalo Fernández de Oviedo und die Sprachprobleme in Las Indias. In: Iberoamericana, Nr. 18. Frankfurt/M.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): The Post-Colonial Critic. Harasym, Sarah (Hg.). New York/London.

Unbeschreiblich weiblich?

Kategorie: Geschlecht

von **Christine Parsdorfer**

► Die erste große Begeisterung über die dekonstruktivistische Wende im Femininismus ist gerade abgeflaut. Die Versuche, die Ergebnisse für die politische Praxis oder aber für die empirische Forschung nutzbar zu machen, gestalten sich schwierig. Zwar ist in der feministischen Theoriebildung als Konsequenz kaum mehr von einer unhintergehbaren weiblichen Identität die Rede, vor deren Hintergrund politische Konzepte und Analysen entwickelt werden. Auch die Entgegensetzung von Natur und Kultur, wie sie in der *sex und gender* Debatte noch vertreten wurde, ist inzwischen in weiten Kreisen harsch kritisiert worden. Uneinigkeit besteht jedoch weiterhin in der Frage, inwieweit die Kategorie Geschlecht als Bezugspunkt für die gesellschaftliche Analyse taugt.

In diese Diskussion reiht sich auch der jüngst erschienene Sammelband 'Kategorie: Geschlecht' ein, der sich darüber hinaus auch noch zum Ziel gesetzt hat, die dekonstruktivistischen Theorien für die empirische Forschung nutzbar zu machen.

Die Autorinnen sind sich weitgehend darin einig, daß es unmöglich ist, gänzlich von der Kategorie Geschlecht Abschied zu nehmen, solange die Geschlechtszugehörigkeit über den Aufstieg in der gesellschaftlichen Hierarchie entscheidet. Leider erschöpft sich der gemeinsame Nenner der hier versammelten Beiträge aber in diesem Allgemeinplatz. Welcher analytische Stellenwert der Kategorie Geschlecht zuzusprechen ist, und welche Konsequenzen aus der Kritik der bisher gängigen Identitätspolitik zu ziehen sind, wird widersprüchlich gesehen. Ob dies der persönlichen Vorliebe der Autorinnen oder aber den disparaten Untersuchungsfeldern (sie reichen von Frauen in der Landwirtschaft, bis zu Gewalterfahrungen von Jungen und Mädchen) geschuldet ist, bleibt weitgehend im Dunkeln.

So kommt Brigitte Hasenjürgen auf der Grundlage ihrer Untersuchung über Sozialwissenschaftlerinnen an der Hochschule zu dem Schluß, daß bei diesen weniger das Geschlechterverhältnis über Einstellung zur wissenschaftlichen Arbeit und über den Aufstieg in der Unihierarchie entscheidet, als vielmehr ihre soziale Herkunft und das von zu Hause mitgebrachte 'kulturelle Kapital' (Bourdieu). Der 'Klasseninstinkt' sorge dafür, daß Akademikerinnen aus der Oberschicht ihre Energie dort investieren, wo sie für das akademische Vorankommen relevant ist: in Vorträge und Veröffentlichungen, während sich die 'Unterklassenakademikerinnen' mit Lehrveranstaltungen bescheiden, die wenig öffentlichkeitswirksam sind. Letztlich haben so Männer und Frauen aus der Oberschicht mehr miteinander gemein als Frauen aus der Arbeiterklasse mit ihren bourgeoisen Kommilitoninnen.

Ganz anders argumentiert Susanne Keil in ihrem Beitrag. In Anlehnung an den Mailänder Affidamento-Ansatz, der auf den bestehenden Unterschieden zwischen Männern und Frauen aufbaut, hebt sie die Bedeutung von Frauen hervor, die sich in ihrem Werdegang wechselseitig unterstützen. Ziel sollte ihrer Meinung nach die Entwicklung neuer »kultureller Praxen« sein, die die bisherige Kategorie 'Frau' neu füllen können.

Nach der Butler-Diskussion herrschen noch immer »Begriffsver(w)irrungen«

Diesem Konglomerat von empirischen Analysen folgen drei Artikel, die sich theoretisch mit den dekonstruktivistischen Theorien auseinandersetzen. Daß dies – trotz beständig wachsender Bücherflut – notwendig ist, beweist Birgit Wartenpfuhl, die auf die »Begriffsver(w)irrungen« hinweist, die im Anschluß an die Butler-Diskussion über Begriffe wie Dekonstruktion und Konstruktion herrschen. So firmieren in der aktuellen Debatte verschiedene Ansätze wie beispielsweise die Ethnomethodologie, die danach fragt, wie Geschlecht täglich neu hergestellt wird, unter dem Markenzeichen der Dekonstruktion, obwohl sie eher der konstruktivistischen Theorierichtung zuzuordnen sind. In ihrem fundierten, an Derrida anschließenden Beitrag, kommt Wartenpfuhl ähnlich wie auch Encarnación Gutierrez Rodríguez zu dem Schluß, daß die dekonstruktivistische Perspektive keineswegs zu einem Verlust von Begriffen gesellschaftlicher Machtverhältnisse oder auch der Analysekategorien Mann – Frau kommen muß, wie ihr immer wieder vorgehalten wird, sondern einen wichtigen Beitrag zur Selbsthinterfragung feministischer Theorie leisten kann.

Neben der Auseinandersetzung mit dem (De)Konstruktivismus ist die Verwobenheit von »Rasse«, »Klasse« und »Geschlecht« zentrales Thema der Theoriebeiträge. Auch hier zeigen sich die unterschiedlichen Ausgangspunkte der Autorinnen. Während Birgit Wartenpfuhl diese verschiedenen Identitäten so verknüpft sieht, daß sie auch analytisch nicht zu trennen sind, sucht Paula Irene Villa im Anschluß an Bourdieu und die feministische Ethnomethodologie die Vermittlung der verschiedenen Identitäten durch die »Leiblichkeit«. Diese bestimmt sie als »materielle Verkörperung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse«. Über Geschmacksfragen und unterschiedliche Vorlieben stellen sich sowohl soziale als auch geschlechtliche »Körper« her, die dann quasi automatisch ihren »natürlichen« Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen. Es gelingt Villa jedoch nicht, diese doppelte Vergesellschaftung analytisch zu fassen, vielmehr stehen auch am Ende der Darstellung Geschlechts- und Klassenidentität weitgehend isoliert nebeneinander.

Daß die theoretische und praktische Weiterentwicklung der Butler-Diskussion sich schwierig gestaltet, zeigt gerade dieser Sammelband. Auf der empirischen Ebene bewegen sich die Beiträge eher auf dem Niveau einer 'Geschlechterkunde' querbeet durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Theoriebeiträge sind etwas für diejenigen, die schon in die Tiefen der dekonstruktivistischen Theorien vorgedrungen sind. Inwiefern dieses Spezialistinnentum Eingang in Empirie oder sogar die politische feministische Praxis finden kann, steht in den Sternen. In diesem Sinne macht Rodriguez auf die Grenzen auch eines kritisch gefaßten Dekonstruktivismus aufmerksam. Dieser kann zwar die herrschaftliche duale Logik aufspüren, auflösen kann er sie jedoch nicht. Oder frei nach Marx: die Philosophen haben die Welt verschieden konstruiert und dekonstruiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.

► *Ute Luise Fischer, Marita Kampshoff, Susanne Keil, Mathilde Schmitt: Kategorie: Geschlecht, Leske + Budrich, Opladen 1996, 39,- DM .*

► **Christine Parsdorfer** ist Mitarbeiterin des **iz3w**.

Jongleurinnen
Auf der Suche nach feministischen Perspektiven in Namibia

von **Elizabeth Khaxas**

Lehrerin, Lesbe, Mutter, Damara-Frau: die Persönlichkeit Elisabeth Khaxas, Mitarbeiterin der feministischen Zeitschrift »Sisters« in Namibia, setzt sich aus verschiedenen Lebenswirklichkeiten zusammen. So zeigen sich ihr täglich Grenzen von Identitätspolitik und essentialistischen Zuschreibungen. Auch beim Schreiben sucht sie nach neuen Wegen des Bewußtseins für sich selbst und andere.

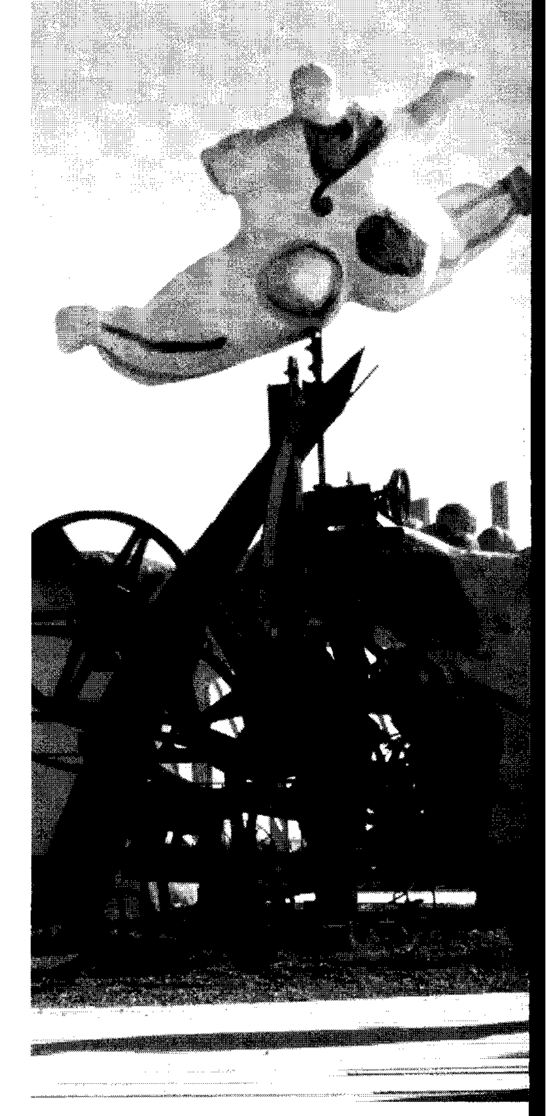
► Ich war fünfunddreißig, als mir im Rahmen eines Seminars zu Gender, in dem fast nichts über schwarze Frauen gesagt wurde, klar wurde, daß der Begriff Feminismus nicht automatisch die Erfahrungen der sogenannten »Dritte-Welt-Frauen« miteinbezieht. Ich erkannte, daß es viele Arten von Feminismen gibt, von denen die meisten die Interessen der weißen Mittelklassefrauen (nördliche Hemisphäre und Australien) als Ausgangspunkt haben. Ich fühlte mich betrogen und war wütend, denn während der letzten zehn Jahre hatte ich feministische Literatur so gelesen, als ob der Feminismus ganz selbstverständlich mein »Zuhause« sei – ohne wahrzunehmen, daß viele verschiedene Zuhause geschaffen worden waren, die von bestimmten Frauen mit bestimmten Interessen und Erfahrungen bewohnt wurden.

Ich befand mich in einem Dilemma: Sollte ich meine Wurzeln in meiner Identität als schwarze Frau finden, in meiner sexuellen Orientierung als Lesbe oder in meiner Ethnizität als Damara-Frau? Mir wurde klar, daß keine Wahl aufrichtig ist: Wenn ich mich zum Beispiel auf der Basis meiner Hautfarbe identifizieren würde, würde ich auf Probleme stoßen, da nicht alle schwarzen Frauen die gleichen Erfahrungen und Interessen wie ich haben. Ich hatte eine andere Wahl, die darin bestand, mich jenseits von Identitätspolitik zu bewegen und nach einer gemeinsamen Basis zu suchen, von der aus wir uns politisch organisieren könnten.

Seit vielen Jahren arbeite ich in gemischten[1] Kollektiven wie *Women's Solidarity* und *Sister Namibia,* die sich mit Themen wie Gewalt auseinandersetzen. Keine von uns kann sich völlig jenseits dieser Politik der Identitäten bewegen, denn ich muß mich zum Beispiel mit geschlagenen und vergewaltigten Frauen identifizieren, um einen politischen Schritt gegen diese Gewalt tun zu können. Interessanterweise wurde die Frage, welche Art von Feminismus wir praktizierten, in diesen Kollektiven nie grundlegend aufgeworfen. Ich glaube, daß wir das deshalb nicht taten, weil wir unsere zerbrechliche Solidarität zwischen schwarzen und weißen Frauen in Anbetracht von Apartheid und Kolonialismus um jeden Preis schützen wollten. Die postkolonialen Zeiten sind eine Herausforderung an uns alle, indem wir unser »Frausein« (womanhood) problematisieren müssen und lernen anzuerkennen, daß es nicht den einzigen wahren Weg gibt, wie eine Frau und eine Feministin zu sein hat. In *Sister Namibia* schreiben wir immer noch so, als ob wir alle die gleichen Erfahrungen mit unserem Frausein machten, als ob alle Frauen die gleiche Form sexistischer Unterdrückung erfahren würden. Heterosexistische Politk ist hier die Norm, und obwohl es eine Phase gab, in der die Hälfte des Kollektives aus Lesben bestand, gab es sehr wenig Diskussionen zu Homosexualität in unserer Gruppe. Genauso wie weiße Feminismen »Dritte-Welt-Feminismen« kolonisieren, verneinen wir uns selbst als Lesben, wenn wir heterosexistische Politik als Norm betrachten.

Namibia ist angeblich noch nicht bereit für eine Politik zu Sexualität. Doch Namibia wird niemals für etwas bereit sein, das nicht generell als »richtig« betrachtet wird. Unsere feministischen Projekte sollten durch Ambivalenzen, »Zweideutigkeiten« und Vielfältigkeit geprägt sein. So können unsere Unterschiede dabei helfen, uns verschiedenen Formen von Herrschaft zu widersetzen und Veränderungen zu erreichen. Niemand behauptet, das sei einfach. Es ist auch nicht leicht für mich, mit den gegensätzlichen Interessen und Konflikten in mir selbst zu jonglieren: als schwarze namibische Damara-Lehrerin, als Mutter, freiwillige Mitarbeiterin oder als Lesbe, deren Psyche beschädigt wurde durch die Kolonisierung und die andauernden Freiheitskämpfe. Meine These lautet also, daß es keinen essentiellen oder wahren Weg gibt, eine Frau zu sein, auch wenn das von den Medien und unseren Communities so konstruiert wird.

Viele von uns werden durch das Bild des glatthaarigen, schlanken weißen Körpers unterdrückt. Der Wunsch nach diesem Bild und seine Attraktivität zeigen sich in unserem



Bewegliche Konstruktionen

geglätteten Haar, in unserer Haut, die durch Aufheller zerstört wird und in Anorexie und Bulimie, die immer häufiger auftreten. Es ist wichtig zu wissen, daß es so etwas wie die »essentielle Frau oder den essentiellen Mann« nicht gibt, und daß die Begriffe Frau und Mann Konstrukte sind, die geschaffen wurden und die deshalb auch verändert und neubesetzt werden können. In Zeiten des Friedens zum Beispiel werden Frauen als Hüterinnen und Pflegerinnen betrachtet, doch während des Befreiungskampfes waren sie auch Kämpferinnen. Als feministische Lehrerin betrachte ich meine Arbeit als Möglichkeit, neue Wege des Sehens, des Seins und des Gesehenwerdens zu schaffen. Dazu anzuregen, viele Arten von Frausein zu entwickeln sowie neue und nicht sexistische Arten von Mannsein zu fördern, ist auch ein Ziel unserer Zeitschrift *Sister.* Als Feministin kann ich beispielsweise nicht einfach über Schönheit oder Mode schreiben, ohne auf die physischen und ökonomischen Zwänge zu blicken, die diese auf Frauen ausüben, und muß dabei fragen, in wessen Interesse die Ökonomie der Schönheit steht.

Gegen den Strom zu schreiben und zu lesen bedeutet, alles Gelernte und was wir sind zu dekonstruieren (unmake) und zu rekonstruieren (remake). Dies ist ein langsamer und schwieriger Prozeß. Wir müssen die Tatsache akzeptieren, daß *Sister* als einzige feministische Zeitschrift in Namibia nicht notwendigerweise populär in unserem patriarchalen Land sein wird. Die Frage nach der Autorinnenschaft und nach unseren Leserinnen ist ebenfalls von großer Bedeutung. Schreiben wir für uns selbst oder für die Leute »da draußen«? Falls wir für die Öffentlichkeit an anderen Orten schreiben, richten wir uns dann an eine homogene Gruppe von Menschen, ohne deren Gechlecht, Ethnizität, sexuelle Orientierung und Hautfarbe zu berücksichtigen? Selbst wenn wir für andere schreiben, so findet der Akt des Schreibens dennoch nicht außerhalb von uns selbst statt, und so betrachte ich Schreiben als einen subjektiven Akt. Diejenigen von uns, die glauben, sie kennen den wahren Weg, Dinge zu tun, müssen sich darüber klar werden, daß wir im Namen der Befreiung andere gleichzeitig unterdrücken können. Wichtig ist, welchen Interessen meine Texte dienen. Fordern sie unterdrückende Traditionen und das Patriarchat heraus? Schaffe ich durch mein Schreiben neue Wege des Bewußtseins für mich selbst und für andere? Ich begreife Schreiben als einen symbolischen Prozeß, in dem ich mich selbst als »die Andere« darstelle. Es ist ein konstruktiver Prozeß, durch den ich dazu beitrage, die neue Welt zu erschaffen, zu der wir alle – schwarz, weiß, heterosexuell, homosexuell – gehören.

Der Text ist entnommen aus »Sister Namibia«, Herbst 1996. Übersetzung Iris Erbach.

Anmerkungen:

1 »gemischt« meint hier nicht Männer und Frauen, sondern Frauen verschiedener Hautfarbe, sexueller Orientierung etc. (Anmerkung. d. Übersetzerin)

▶ **Elizabeth Khaxas** ist Lehrerin in Katutura und in der namibischen Frauenbewegung aktiv. Sie ist Mitarbeiterin von *Women's Solidarity* und des *Sister-Kollektives*, das die einzige feministische Zeitschrift in Namibia, *Sister Namibia*, herausbringt.

Rezension: Genderökonomie im südlichen Afrika

▶ Ruth Meena ist Leiterin der Gender-Sektion des SAPE-Trust, einer zimbabwischen NGO, die praxisorientierte Forschungen über sozio-ökonomische und politische Prozesse im südlichen Afrika durchführt. In dem von ihr 1992 herausgebenen Band »Gender in Southern Africa« stellen sechs führende Sozialwissenschaftlerinnen der Region ihre Forschungen und theoretischen Überlegungen zur Gender-Problematik im südlichen Afrika vor. Dabei geht es ihnen vor allem um deren Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere um lokal nutzbare Gender-Konzepte und Instrumentarien. Die Autorinnen verstehen die Geschlechterbeziehungen als gesellschaftlich konstruiert und fragen nach Möglichkeiten zur Überwindung der Ungleichheit. Hierbei setzen sie sich kritisch mit westlichen Feminismus-Vorstellungen auseinander und heben demgegenüber vielfältige Widerstandsformen von Frauen im südlichen Afrika hervor.

Die Herausgeberin erläutert in einem einleitenden Kapitel die Grundlagen eines Gender-Konzeptes für das südliche Afrika, wobei sie die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie das Selbstbild der Frauen als wesentliche Analysekriterien bezeichnet. Die Gender-Dynamiken werden vor allem durch wirtschaftliche Faktoren, wie die Wanderarbeit der Männer, geprägt. Als Gründe für die Geschlechterungleichheit nennt Meena das Zusammenwirken von Kolonialismus und Ungleichheiten im Land- und Erbrecht. Desweiteren verweist sie auf die Notwendigkeit, Benachteilgungen im Bildungsbereich, im Berufswesen und im Ressourcenzugang zu überwinden. Hier können ihrer Meinung nach auch Entwicklungsorganisationen einen wesentlichen Beitrag leisten.

Mit den Möglichkeiten partizipativer Gender-Forschungen befaßt sich der Artikel von Majorie Mbilinyi. Aktionsforschung im Sinne der Akteurinnen heißt demnach, Stärkung der Frauen durch die Erweiterung ihrer Handlungsspielräume zu erreichen. Diese Forderung richtet sich an Entwicklungshilfeorganisationen wie an politische Entscheidungsträger, die von klassischen Haushalts- und Familienmodellen Abstand nehmen sollten. Dabei gelte es, die Rollenvielfalt und Differenzen zwischen Frauen im Kontext anderer gesellschaftlicher Differenzen zu beachten. Projektansätze, die von einem homogenen Bild, etwa »der afrikanischen Bäuerin« ausgehen, werden der komplexen Lebenswirklichkeit der Frauen nicht gerecht.

Ähnlich argumentiert Rudo Gaidzanwa. Sie sieht das verbreitete Phänomen der steigenden Zahl der weiblichen Haushaltsvorstände keineswegs nur als Ausdruck des Zusammenbruchs traditioneller Formen der sozialen Sicherung durch die Familienverbände, sondern betont die Chance der Neugestaltung von Geschlechter- und Generationenbeziehungen. Die Fixierung auf männliche Versorgungsleistungen und damit verbundene Abhängigkeiten könnten reduziert werden. Zudem stellt Gaidzanwa Wesenszüge der bürgerlich-liberalen Frauenbewegungen in Europa dem antikolonialen Kampf von Frauen im südlichen Afrika gegenüber. Dabei analysiert sie die rollenverändernde Stellung von Frauen in der Guerilla der zimbabwischen Befreiungsbewegung und zeigt, wie die Fortsetzung patriarchaler Herrschaft nach der Unabhängigkeit weiterhin die politische Macht von Frauen beschränkt hat.

Allen Beiträgen des Bandes liegt die Überzeugung zugrunde, daß sich kulturelle Zusammenhänge nicht automatisch nachteilig für die Frauen auswirken müssen. Vielmehr werden Einflußmöglichkeiten von Frauen in der traditionellen, kolonialen und postkolonialen Gesellschaft in vergleichender Perspektive diskutiert, um neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. *Rita Schäfer*

▶ *Ruth Meena (Hrsg.): Gender in Southern Afrika, Conceptual and Theoretical Issues. SAPES Books, Jongwe Printers. Harare 1992.*

Wie Lila für Lavendel

Womanism und schwarzer Feminismus in den USA

von **Patricia Hill Collins**

Der Feminismus in den USA sah sich in den 60er und 70er Jahren mit einer Herausforderung konfrontiert. Schwarze Frauen wie Angela Davis, Toni Morrison oder Audre Lorde entwickelten einen eigenen kollektiven Standpunkt für die Repräsentation »afrikanisch-amerikanischer« Frauen (diese Selbstbezeichnung löst in den USA gegenwärtig den Begriff »afro-amerikanisch« ab). Sie verschafften sich Beachtung mit ihren Überlegungen zu sozialen Kategorien wie Sexualität, Klasse, Nationalität, Religion und Region. Die darauf folgende lediglich symbolische Miteinbeziehung solcher Überlegungen konnte zweierlei nicht verbergen: Noch immmer sind die Texte schwarzer Frauen beliebter als sie selbst, und nach wie vor werden Schwarze institutionell marginalisiert. Die Diskussion vieler schwarzer Frauen um die verschiedenen ineinandergreifenden Unterdrückungssysteme geht daher weiter. Zwei Begriffe bestimmen mittlerweile die Bemühungen, den Standpunkt und das Selbstverständnis schwarzer Frauen zu benennen: **Womanism und Schwarzer Feminismus.** *Der folgende Beitrag von Patricia Hill Collins stellt zunächst diese beiden Konzepte vor und erläutert ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede. Dann versucht sie, Möglichkeiten und Grenzen einer Gruppenzusammengehörigkeit von »Schwarzen Frauen« auszuloten. Letzteres sieht sie als die fundamentale Herausforderung der afrikanisch-amerikanischen Frauenbewegung an. (In ihrer einführenden ausführlichen Darstellung und Kritik des womanism bezieht sich Patricia Hill Collins vor allem auf die Autorin Alice Walker, deren Definitionen sie vorstellt und kommentiert.) die Red.*

▶ Alice Walker ist wohl eine der profiliertesten »*womanism*-Expertinnen«. Ihr zufolge ist eine »*womanist*« eine Feministin »of color«. (»Of color« bezeichnet hier Menschen nichtweißer Hautfarbe, wie z.B. ImmigrantInnen aus Lateinamerika, die in den USA leben.) In ihrem vielbeachteten Essay »In Search of Our Mother's Garden« stellt sie verschiedene Aspekte des Begriffs »*womanism*« vor: Zunächst betrachtet sie ihn historisch als schwarzen Folk-Ausdruck der Südstaaten. Als solcher ist er von rassistischer und sexistischer Unterdrückung geprägt. Er wurde benutzt, wenn Mütter ihren Töchtern weibisches (*womanish*) Verhalten vorhielten. »Weibische« Mädchen benahmen sich unverschämt, mutig und eigenwillig – Attribute, die sie von Konventionen befreiten, denen weiße Frauen seit langer Zeit unterlagen. »Weibische« Mädchen wollten mehr und intensiver lernen und verstehen, als man für gut für sie befand. Sie waren verantwortlich und ernst. Obwohl Walker abstreitet, daß *womanists* seit jeher universalistisch seien, impliziert sie doch, daß schwarze Frauen weißen Frauen aufgrund ihrer Tradition überlegen seien. Indem sie »*womanish*« als Gegenteil von frivol, unverantwortlich, unernst-mädchenhaft definiert, konstruiert Walker die Erfahrung schwarzer Frauen in Abgrenzung zu jener von weißen Frauen. *Womanism* wird als verschieden vom Feminismus und besser als Feminismus verstanden. Ein Unterschied, der, so Walker, durch die verschiedenen Erfahrungen mit Rassismus von weißen und schwarzen Frauen bedingt ist. Die vielzitierte Formel von Walker: »*Womanism* ist für den Feminismus, was Lila für Lavendel ist«, scheint geeignet, diesen Vergleich auszudrücken.

»Weibische« Mädchen benahmen sich unverschämt, mutig und eigenwillig

Womanism und Black Nationalism

▶ Nach Walker sind schwarze Frauen *womanists*, während weiße Frauen nur Feministinnen sind. Diese Annahme läßt sich in die Tradition des »Black Nationalism« einbetten, die auf der Prämisse beruht, daß Schwarze und Weiße innerhalb eines Landes oder in den gleichen sozialen Institutionen nicht als Gleichberechtigte agieren können. Da die schwarze nationalistische Philosophie davon ausgeht, daß weiße Menschen als Gruppe ein persönliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Systems weißer Herrschaft haben, sieht sie keinen Grund für die Integration oder Assimilation von Schwarzen in dieses System. Walker verspricht nun mit ihrem Begriff des *womanism* denjenigen Frauen, die sich sowohl dem schwarzen Nationalismus als auch der Notwendigkeit feministischen Tuns verschrieben haben, eine Aussöhnung beider Philosophien. *Womanism* ermögliche eine enge Beziehung zwischen schwarzen Frauen und schwarzen Männern. Gleichzeitig scheint *womanism* ein Weg für schwarze Frauen zu sein, Unterdrückungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen auszudrücken, ohne dabei schwarze Männer angreifen zu müssen. Walkers Interpretation von *womanism* ermöglicht also eine Distanz zum »Feind«, in diesem Falle zu Weißen im Allgemeinen, zu weißen Frauen im Speziellen und läßt dabei Raum für Fragen zum Geschlechterverhältnis innerhalb der schwarzen community.

Walker fordert dabei aber nicht das »rassisch« segregierte Feld heraus, das alle U.S.-amerikanischen sozialen Institutionen durchzieht. Der Gebrauch des Begriffes *womanism* weicht einem vor allem für weiße Feministinnen wichtigen Thema aus: Wege für die Förderung der Zusammenarbeit von Frauen verschiedener »Rassen« zu finden.

Zudem präsentiert Alice Walker eine visionäre Bedeutung von *womanism.* Die »farbige Rasse« sei ein Blumengarten, in dem Blumen aller Farben vertreten sind, antwortet sie auf die fiktive Frage eines schwarzen Mädchens, warum es Menschen verschiedener Hautfarben gäbe. Dieses Bild stellt insofern eine Kritik an der Interpretation des Begriffs »Hautfarbe« (Colorism) innerhalb der afrikanisch-amerikanischen Community dar, als es eine Erweiterung dieses Begriffes vornimmt, derzufolge alle »Menschen von Farbe« (people of color) sind. Wenn man dies als Metapher liest, geht es beim *womanism* auch um die Vision, daß Männer und Frauen verschiedener Hautfarbe zusammenleben können wie Blumen in einem Garten und dabei dennoch ihre kulturellen Eigenheiten und ihre Integrität bewahren können.

Diese Konnotation von *womanism* scheint in einer anderen bedeutenden politischen Tradition zu wurzeln. Es handelt sich hierbei um die pluralistische Version des »black empowerment«. Indem spezifische schwarze kulturelle Eigenheiten und die Identität beibehalten bleiben, bietet der Pluralismus die modifizierte Version einer Rassenintegration, die nicht auf individueller Assimilation, sondern auf Gruppenintegration beruht.

Viele schwarze Theoretikerinnen, die die Version des weißen nordamerikanischen Feminismus ablehnen, waren angetan von Walkers *womanism.* Walker gelingt es mit ihrer Definition, drei wichtige und dennoch gegensätzliche Philosophien zu verbinden: zum einen den schwarzen Nationalismus



Wegkreuzungen

Foto: H.-G. Schiele

durch ihre Annahme der moralischen und erkenntnistheoretischen Überlegenheit schwarzer Frauen aufgrund deren Erfahrung rassistischer und sexistischer Unterdrückung; zum zweiten den Pluralismus durch die Annahme kultureller Identität; und drittens die Idee der Integration/Assimilation mittels ihrer These, daß schwarze Frauen »traditionell universalistisch« seien.

Vernachlässigt wird dabei jedoch ein unbequemer Aspekt im Gebrauch von *womanism*: Walker schreibt, daß eine *womanist* auch eine Frau sei, »die andere Frauen liebt, sexuell und /oder nicht sexuell«. Das Schweigen über diese Dimension des *womanist*-Seins entspricht dem Tabu schwarzer Frauen, sich mit Lesbischsein auseinanderzusetzen. Die schwarze feministische Literaturkritikerin Barbara Smith stellt fest, daß Frauen noch immer in der Homophobie der afrikanisch-amerikanischen Community gefangen sind und innerhalb des schwarzen feministischen intellektuellen Schaffens Lesben noch immer ignoriert werden. Obwohl einige der prominentesten schwarzen Denkerinnen des *womanism* sowie des *schwarzen Feminismus* Lesben waren und sind, bleibt dies in ihren Arbeiten meist unbeachtet.

Ein weiteres auffälliges Merkmal der selektiven Nutzung von Walkers Definition ist das Hin- und Hergleiten zwischen dem Realen und dem Idealen. Für mich besteht ein Unterschied zwischen *womanism* als historische Erwiderung schwarzer Frauen auf rassistische und sexistische Unterdrückung und der Verwendung von *womanism* als philosophischen Begriff, der eine Vision für alle Menschen entwirft. Das befreiende Potential, das darin liegt, sich vor dem Hintergrund der konkreten historischen Erfahrung innerhalb der Community als schwarze Frauen zu identifizieren, ist etwas anderes als die Behauptung, daß *womanists* das Ideal des *womanism* bereits verkörperten. Eine solche Position erinnert an die engstirnigen weißen feministischen Positionen der frühen 70er Jahre.

Schwarzer Feminismus und weißer Feminismus

► Ebenso wie das Konzept des *womanism* wird der Begriff *schwarzer Feminismus* unterschiedlich interpretiert. Im allgemeinen stellt der Feminismus im weitesten Sinn sowohl eine Ideologie als auch eine globale politische Bewegung gegen den Sexismus dar. Weltweit beschäftigt sich der Feminismus mit folgenden Hauptanliegen: Wichtigster Aspekt ist der ökonomische Status und die globale Armut von Frauen. Dazu zählt u.a. ihre Situation in den Bereichen Ausbildungsmöglichkeiten, industrielle Entwicklung, Rassismus, Beschäftigungspolitik. Wesentliches Feld des Feminismus sind zudem die politischen Rechte für Frauen. Hier geht es etwa um das Wahlrecht und das Innehaben von Amtspositionen, um Reisen in der Öffentlichkeit, die Rechte politisch Gefangener und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen wie Vergewaltigung und Folter. Eine dritte Reihe globalen feministischen Interesses besteht aus Ehe- und Familienfragen, Heirats- und Scheidungsgesetzen, Kindersorgerecht und Hausarbeit. Frauengesundheitsfragen sowie das Reproduktions- und Abtreibungsrecht, Schwangerschaft, Sexualität und AIDS bilden weitere Schwerpunkte.

Durch die Bezeichnung schwarzer Feminismus positionieren sich afrikanisch-amerikanische Frauen mit ihrer Suche nach der Aufdeckung von Unterdrückungsmechanismen in einem weltweiten feministischen Frauenbefreiungskampf. Da die U.S.-amerikanischen Medien den Feminismus als weiße Bewegung darstellen (und viele weiße Frauen diese Vorstellung des Amerika der Apartheid akzeptiert haben), wird Feminismus von schwarzen und weißen Frauen als kulturelles Eigentum weißer Frauen betrachtet. Trotz dieser Vereinnahmung haben viele afrikanisch-amerikanische Frauen lange Zeit gegen diesen exklusiven Feminismus gekämpft und an Aktivitäten teilgenommen, die eigentlich nur für Weiße gedacht waren. In einigen Fällen haben schwarze Frauen lange direkt gegen den Rassimus in feministischen Organisationen gekämpft, die von weißen Frauen dominiert wurden. Sojourner Truth's vielzitierter Satz: »Bin ich etwa keine Frau?« verdeutlicht dies.

Pearl Cleage beobachtete, daß schwarze feministische Politik und schwarze nationalistische Politik sich nicht widersprechen müssen. Sie schreibt: »Ich glaube nicht, daß man eine echte schwarze Nationalistin sein kann, der Freiheit aller schwarzen Menschen zugetan, ohne Feministin zu sein. Schwarze Menschen bestehen aus Männern und Frauen, und Feminismus ist nicht mehr und nicht weniger als der Glaube an die politische, soziale und rechtliche Gleichheit von Frauen.« Indem sie das Adjektiv »schwarz« einfügt, wird das angenommene Weißsein des Feminismus in Frage gestellt. Da viele weiße Frauen glauben, daß schwarzen Frauen ein feministisches Bewußtsein fehlt, beleuchtet der Begriff *schwarzer Feminismus* die Widersprüche und erinnert weiße Feministinnen daran, daß sie weder die einzigen noch die normativen Feministinnen sind.

Der Begriff »schwarzer Feminismus« ist vielen schwarzen Frauen aber auch unangenehm, da er sie auffordert, sich ihre eigenen Gedanken zu Sexismus und Frauenunterdrükkung zu machen. Viele betrachten Feminismus nur als eine weiße und amerikanische Bewegung und nehmen die Gegenposition »schwarz und amerikanisch« ein. Schwarze Frauen entscheiden sich so meist für Race und lassen die Gender-Problematik links liegen. Folglich werden schwarze Frauen, die sich mit Feminismus identifizieren, als nichtschwarz oder weniger authentisch schwarz definiert.

Schwarze Frauen stauben den Computer der Schwester ab, ...

Der schwarze Feminismus durchbricht außerdem ein als selbstverständlich vorausgesetztes Vertrauen in die schwarze Solidarität als tiefe Wurzel schwarzer politischer Philosophie. Insbesondere gilt dies für den schwarzen Nationalismus sowie kulturalistische pluralistische Zusammenhänge. Ein weiteres Problem stellt der Balanceakte zwischen den speziellen Interessen schwarzer Frauen und dem möglichen Aufgesaugtwerden durch einen weißen feministischen Rahmen dar. Das Eintreten für politische Rechte und ökonomische Weiterentwicklung beispielsweise ist ein wichtiger Punkt im Feminismus afrikanisch-amerikanischer Frauen und »women of color«. Dagegen ist die Betonung von Themen wie persönliche Identität, »Differenzen«, die Dekonstruktion verschiedener Frauenidentitäten und das vereinfachende Modell des Politischen, das sich in dem Satz »das Persönliche ist politisch« ausdrückt, Teil des weißen akademischen Feminismus, der dem schwarzen Feminismus politische Schärfe entziehen könnte. Der anhaltende Trommelschlag, mit dem schwarze Frauen weiße Frauen darin unterstützen müssen, einen antirassistischen Feminismus zu fördern, der schwarzen Frauen den weltweiten Zugang zu Frauenaktivismus eröffnet, lenkt die Energie schwarzer Frauen davon ab, soziale Themen anzusprechen, die die afrikanisch-amerikanischen Communities betreffen.

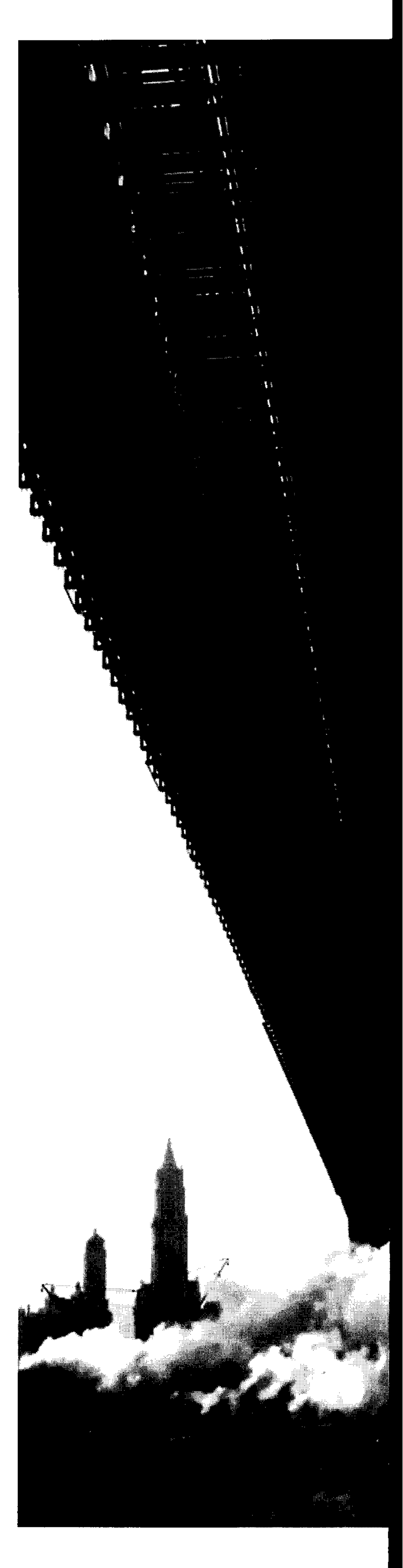
Schwarze Lesben in der Community

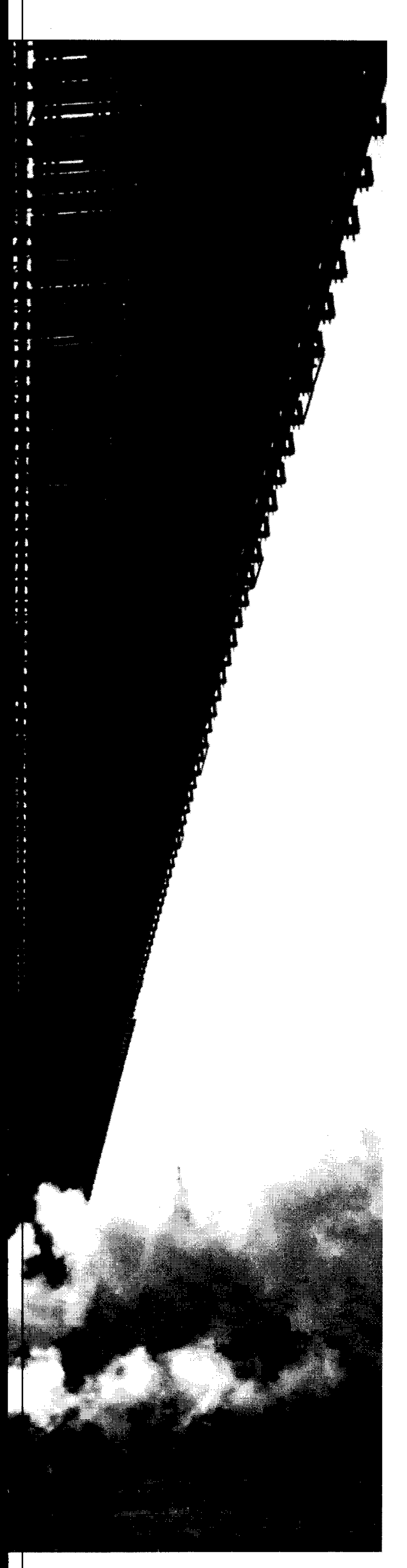
► Eine weitere Herausforderung für den *schwarzen Feminismus* besteht darin, daß zwischen ihm und einigen Komponenten schwarzer religiöser Traditionen ein direkter Konflikt besteht. Zum Beispiel führt das öffentliche Auftreten weißer nordamerikanischer Lesben manche schwarze Frauen zu der Auffassung, daß der Feminismus allgemein schlecht ist, da Homosexualität als »Sünde« begriffen wird. Obwohl einige afrikanisch-amerikanische Frauen möglicherweise einzelne Lesben, Schwule oder Bisexuelle als Individuen respektieren – besonders wenn diese Individuen Schwarze sind – so haben sich schwarze Frauen als Kollektiv gleichzeitig von jenen sozialen Bewegungen distanziert, die sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzen. Eine junge Frau fragte: »Warum muß ich Lesbischsein akzeptieren, wenn ich den *schwarzen Feminismus* unterstützen will?« Die Assoziation von Lesbischsein mit Feminismus bleibt für schwarze Frauen schwierig. Schwarze Lesben werden auf ihre Sexualität reduziert und man begreift sie als Feindinnen schwarzer Männer. So bringt das Thema des Lesbisch-und-feministisch-Seins den *schwarzen Feminismus* mit dem Anliegen der Solidarität mit afrikanisch-amerikanischen Männern in Konflikt.

Problematisch ist auch der Separatismus des schwarzen Feminismus. In der Erklärung, warum sie den Begriff *womanism* vorzieht, schreibt Sherley Ann Williams: »Einer der störendsten Aspekte (...) ist der Separatismus – die Tendenz, nicht nur eine verschiedenartige schwarze weibliche Kultur (zu postulieren), sondern diese Kultur als eine separate kulturelle Form zu betrachten, die mit weißen Frauenerfahrungen mehr zu tun habe als mit der des afro-amerikanischen Lebens.« Dies ist eine wohlbegründete Kritik, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, wenn wir die wichtigsten Ideen des schwarzen Feminismus davor bewahren wollen, sich zu weit von den Erfahrungen und Interessen afrikanisch-amerikanischer Frauen zu entfernen. Hier geht es darum, Positionen zu beziehen: Der schwarze Feminismus muß sich mit einem weißen Feminsimus auseinandersetzen, der seinen Rassismus nicht wahrnimmt, sowie mit einem schwarzen Nationalismus, der sich nicht mit seinem Sexismus auseinandersetzen kann.

Jenseits der Begriffe

► Die Differenzen zwischen *womanism* und *schwarzem Feminismus* illustrieren, wie die verschiedenen Verortungen in hierarchischen Machtverhältnissen zu unterschiedlichen





Standpunkten führen. Indem die Verbundenheit von *womanism* und schwarzem Nationalismus für einen engen Rassenzusammenhalt steht, läuft *womanism* Gefahr, sich zu sehr von den allgemeinen feministischen Anliegen zu entfernen. Beim *schwarzen Feminismus* dagegen könnte die vermeintliche Nähe zum Weißsein dazu führen, daß er von jenen Menschen abgelehnt wird, um die es eigentlich geht. Es scheint die Zeit gekommen, jenseits der Begriffe die wichtigsten Ideen beider Positionen anzuwenden, um die Bedeutung der Geschlechterfrage innerhalb der afrikanisch-amerikanischen Community zu analysieren.

... die gerade ihre neueste Abhandlung über schwarze Frauen schreibt

Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Debatte unter relativ privilegierten schwarzen Frauen geführt wird. Beide Konzepte würden davon profitieren, wenn sie das zunehmende Ungleichgewicht zwischen den Interessen privilegierter, akademisch orientierter Frauen und der Masse von afrikanisch-amerikanischer Frauen, die keine höhere Bildung genießen konnten, untersuchen würden. Schwarze Akademikerinnen erforschen fesselnde Themen und arbeiten daran, schwarze weibliche Identität zu dekonstruieren, während sehr viele schwarze Frauen immer noch in den alten Strukturen von Apartheid in ihrer Umgebung gefangen sind. Es darf nicht davon gesprochen werden, eine eigene Stimme zu erlangen, ohne gleichzeitig die Macht zu thematisieren, die dazu führt, daß Massen schwarzer Frauen die Wäsche anderer waschen, in Imbißketten arbeiten oder den Computer ihrer Schwester abstauben, die gerade ihre neueste theoretische Abhandlung über schwarze Frauen geschrieben hat.

Wenn die Analyse der Unterdrückung schwarzer Frauen desweiteren zeigt, wie institutionalisierter Rassismus in gender-spezifischer Art und Weise operiert, gelangen wir zu einer klareren Perspektive des Zusammenspiels sexistischer und rassistischer Unterdrückung – und zwar sowohl bezüglich schwarzer Frauen als auch schwarzer Männer. Es wird Zeit, politische Denkweisen wie schwarzen Nationalismus, Afrozentrismus und Feminismus von konstruierten Kategorien zu trennen, die durch historische Beziehungen von Rassismus und Sexismus geschaffen wurden. Schwarze Männer können nicht die Erfahrungen schwarzer Frauen teilen, aber sie können sie unterstützen, indem sie in ihrer politischen Arbeit antirassistische und antisexistische Philosophien befürworten.

Wegweiser zur Einheit in Vielfalt

▶ Die Untersuchung von gender als einer Machtstruktur, die mit Rassismus arbeitet, könnte den vielgesuchten Raum für Dialoge schaffen. Dieser Zugang berücksichtigt die schwarze Community in ihrer Gesamtheit, denn er formt Sensibilität für die Heterogenität, die sich nicht nur auf gender bezieht, sondern gleichfalls auf Klasse, Nationalität, Sexualität sowie Alter – Themen, die momentan in der schwarzen Community behandelt werden. Die *womanist*-versus-*schwarzer-Feminismus*- Diskussion zeigt, daß es möglich ist, einen Prozeß in Gang zu bringen, in dem Community durch Heterogenität und nicht durch Gleichheit geschaffen wird. Sie fordert, sich mit den verschiedenen ineinandergreifenden Unterdrückungssystemen auseinanderzusetzen, denen schwarze Frauen ausgeliefert sind. Einige schwarze Frauen reflektieren, wie internalisierte Unterdrückung sie aufgrund ihrer Armut beeinflußt hat. Andere dagegen werden sich mit ihren verinnerlichten Privilegien auseinandersetzen, die ihren Mittelklasse- oder Oberschichtstatus begleiten. Wiederum andere werden sich mit den anwachsenden Privilegien beschäftigen, die sie aufgrund ihrer Heterosexualität oder ihrer amerikanischen Staatsbürgerinnenschaft besitzen. Ein Eintreten für soziale Gerechtigkeit und partizipatorische Demokratie liefert die fundamentalen Grundregeln für schwarze Männer und Frauen in der Frage, wie man sich trotz Differenzen aufeinander beziehen kann.

Es erscheint mir also wichtig, die Beschränkungen von *womanism, schwarzem Feminismus* und allen anderen vermeintlich progressiven Philosophien zu bedenken. Die Tatsache, daß die spezifische Verortung schwarzer Frauen einen eigenen Blickwinkel auf Unterdrückung ermöglicht, bedeutet nicht, einen privilegierten oder gar kompletten Standpunkt zu besitzen. In diesem Sinn führt das Ringen mit heterogenen Ideen innerhalb der schwarzen Frauen-Community und das Herausarbeiten eines selbstdefinierten Standpunktes schwarzer Frauen zu einem Weg, den auch andere Gruppen beschreiten können, die die gleiche Richtung einschlagen wollen. Für schwarze Frauen gilt: Wir können den Weg weisen oder hinterherhinken. Die Dinge werden sich immer weiter bewegen, unabhängig von unsrer Wahl.

▶ **Patricia Hill Collins** ist Professorin für Afrikanisch-Amerikanische Studien an der Universität Cincinnati, U.S.A.

Der vorliegende Artikel ist ein Vorabdruck ihres demnächst erscheinenden Buches mit dem Titel »Fighting Words: Black Feminist Thought and the Sociology of Oppositional Knowledge.«. Übersetzung: Iris Erbach



Da, wo ich herkomme

Belgrad – als lesbische Feministin in Kriegszeiten leben

von **Lepa Mladjenovic**

Dieser Text einer Lesbe aus Belgrad wurde 1994 verfaßt – zu einer Zeit, als in Ex-Jugoslawien noch Krieg herrschte und Europas Friedensbewegte und Rüstungsgegner sich in akutem Argumentationsnotstand zu befinden schienen, da die Welt nach militärischen Interventionen schrie. In den westlichen Medien und insbesondere in Deutschland entsprachen die »Serben« dem Bild von »Kriegstreibern« und »brutalen ethnischen Säuberern«, dem Bösen schlechthin. Eine unaufhaltbare, gesichtslose Masse von Mördern und Vergewaltigern. »Das Volk der Serben« drohte die BürgerInnen Bosnien-Herzegowinas »auszulöschen«, um auf deren Boden ein 'Großserbisches Reich' zu errichten. Im Widerspruch zu diesem einseitigen Bild regte sich, scheinbar unbemerkt vom Medienrummel, bereits damals in Serbien Widerstand gegen den Krieg und gegen das autoritär-machistische Regime Milosevics. Die serbische Friedensbewegung Women in black *demonstriert in Belgrad und Pancevo bereits seit 1991. Heute stehen sie nicht mehr alleine auf der Straße. Mit ihnen marschieren seit zwei Monaten hunderttausende Gleichgesinnte, um ihrer Opposition gegen den Kriegsverbrecher Milosevic Ausdruck zu verleihen und das Regime zu stürzen.*

▶ Ich komme aus einem Land, in dem Krieg herrscht. In diesem Land werden Vergewaltigung und Ermordung von Frauen aus der Nachbarschaft als Kriegsmittel eingesetzt. Einhunderttausend Tote, zehnmal soviel Verletzte, fünf Millionen Menschen verschleppt.

In Kriegszeiten hat das Bild von Liebe – abgesehen von der Tatsache, daß es heterosexuell geprägt ist, – eine zusätzliche Konnotation: Die Reproduktion der Nation. Das Bild von Sexualität, das gleichermaßen heterosexuell geprägt ist und durch Pornographie, Gewalt und Hollywoodfilme im Fernsehen bestätigt wird, weist einen weiteren Aspekt auf: Vergewaltigung. Die Frauen, mit denen ich gesprochen habe, berichteten davon, in privaten Gefängnissen, Soldatenbarracken, militärischen Warenlagern oder Konzentrationslagern vergewaltigt worden zu sein. Ihr unerschütterlicher Mut liefert mir den politischen Rahmen für meine Arbeit und stärkt meinen Willen.

In Kriegszeiten hat die lesbische Liebe keine Sprache. Lesben müssen ihre eigenen Worte hinunterschlucken. Jedes Wort über sie wird als Entweihung des Schmerzes der Kriegsüberlebenden betrachtet. Deshalb gibt es hier, wo ich lebe, so etwas wie offen lebende Lesben nicht. Da, wo ich herkomme, gelten die Gesetze des Nationalismus. Da, wo ich herkomme, konstruiert das Regime immer wieder eine falsche Realität. Es wird behauptet, daß Serbien nicht im Krieg sei, während sich gleichzeitig Frauenprojekte um Frauen kümmern müssen, die von Frontheimkehrern mißhandelt werden. Sie behaupten, daß alle Menschenrechte innerhalb des Staates geschützt würden, während zwei Millionen AlbanerInnen weder ein Recht auf Schulbildung noch auf medizinische Versorgung haben und im Belagerungszustand leben, während tausende von Roma und Sinti in dunklen Zellen und Bretterbuden hausen und eine halbe Millionen Flüchtlinge als Menschen zweiter Klasse angesehen werden. Es gilt immer noch das Strafgesetz 110, das Sexualität zwischen erwachsenen Männern kriminalisiert. Lesben und Schwule sind an ihrem Arbeitsplatz gefährdet und müssen in ständiger Angst leben.

Trotzdem: wenn ich mit Frauen arbeiten will, muß ich Kompromisse mit staatlichen Institutionen machen, wissend, daß im serbischen Parlament und in der Regierung Männer sitzen, die Mörder, Vergewaltiger und Kriegsverbrecher sind. Und dies nicht im übertragenen Sinne, sondern ganz legal. Als der Krieg begann, ging ich auf die Straße und ließ meinen Körper sprechen – dagegen, daß die Regierung mordet. Als der Krieg weiterging wurde mir klar, daß weibliche Kriegsopfer meine Hilfe brauchten. Einige von uns Belgrader Feministinnen, unterstützt von vielen Frauen aus Friedensgebieten, gründeten ein autonomes Frauenzentrum, in das viele Frauen vor ihrer Familie, ihren Partnern oder den Kriegsgebieten fliehen.

Feministische Arbeit in Kriegszeiten ist mit einem Dilemma verbunden, das es zu lösen gilt. Wie sollen Frauen die Rollen vermeiden, die Männer ihnen in Kriegszeiten zuschreiben, nämlich als diejenigen, die die Wunden der männlichen Kriegsopfer pflegen?

Wie interpretieren wir die Folter im Krieg, wenn für einige von uns der Begriff je nach sozialem Geschlecht verschiedene Bedeutungen hat? Führen die durch die Zwangsheterosexualität entstehenden Rollenkonstruktionen dazu, daß das eine Geschlecht die Bedingungen und Mittel zur Zerstörung produziert, während das andere Geschlecht

diese aufrechterhält und die gleiche Zerstörungskraft unterstützt? Ich weiß, daß viele der Frauen, die ich auf der Straße treffe, in einem Konflikt zwischen ihrer Mutterrolle und der Forderung nach Vertrauen in die Nation leben. Aber sie haben keine Möglichkeiten, diesem Konflikt Ausdruck zu verleihen und geraten in ein tiefes Schweigen, zurück an jenen Ort, den sie seit Jahrhunderten kennen.

Wahrscheinlich teilen viele feministische Lesben, die in armen und vom Kriegszustand beherrschten Ländern leben, meine eigenen Erfahrungen. Wir scheitern am Versuch, es zu begreifen: Warum dieser Krieg? Umgeben von den Bildern der Toten, die plötzlich mit dem Aufheulen eines starken Windes oder einem unerwarteten Geräusch auftauchen; während Soldaten, stolz aufs Töten, in Bussen und auf Märkten noch immer ihre Uniformen tragen; wo Menschen hungrig und krank sind und wo Beerdigungen zu etwas werden, an das man sich gewöhnt hat.

In Kriegszeiten hat die lesbische Liebe keine Sprache

Ich habe oft über Frauen nachgedacht, die Frauen lieben, hier in meiner Stadt; die nicht als Lesben sichtbar sind, die nicht identifizierbar sind mit der Rolle, die eine Mutter während des Krieges für die Nation spielen muß, die nicht über den nahen Krieg nachdenken möchten. Sie gehen die gleiche Straße lang und doch erkenne ich sie nicht. Ich frage mich: Mit welchen Worten könnte ich sie dazu bringen, ihre Gesichter und Stimmen zu erheben, heraus aus dem Schutz ihrer stillen Kammern?

Da, wo ich herkomme, hat sich eine kleine Gruppe von Frauen zusammengetan, wiederum unterstützt von vielen Frauen verschiedener Länder, um die Gruppe *Women in black* gegen den Krieg zu gründen. Wir gehen jeden Mittwoch auf die Straße und verkünden, daß wir mit der Regierung nicht einverstanden sind. Ab und zu werden manche von uns von der Polizei schikaniert, nur um uns daran zu erinnern, daß wir von ihnen beobachtet werden. Es gibt keine Friedensdemonstrationen mehr auf den Straßen Belgrads, wir sind die einzigen, verbleibenden positiven Kriegerinnen, die daran glauben, daß kleine Handlungen des zivilen Ungehorsam bedeutungsvoll sein können. Wir wissen, daß diese Aktionen keine politischen Entscheidungen ändern, aber sie ändern unser eigenes Leben und sie bedeuten anderen Frauen etwas. *Women in black* hat auch eine UnterstützerInnengruppe für Männer, die von zwei Schwulen organisiert wird.

Aber: ich bin keine Kriegsveteranin, ich bin keine Flüchtlingsfrau, ich bin keine serbische Mutter. Die Stadt, in der ich lebe, wurde nicht zerstört. Ich identifiziere mich weder mit dem Regime, noch mit der Nation, aus der ich stamme. Wenn die Regime-Zeitungen mich als Verräterin der serbischen Nation bezeichnen, muß ich innerlich lächeln. Ich stamme nicht aus der Nation, in die ich hineingeboren wurde, sondern aus dem verlorenen lesbischen Land, das ich nie hatte und das ich immer noch versuche, zu schaffen. Da sie mich also nicht auf der nationalistischen Ebene beleidigen können, beleidigen sie mich als Frau und als Lesbe.

Im April 1994 – etwa eineinhalb Monate, nachdem unsere Lesben- und Schwulengruppe *Arkadia* die Räume mit einigen PsychologInnen, die mit Flüchtlingen arbeiten, geteilt hatten, wurde *Arkadia* dort rausgeworfen. Die Begründung, mit der sie uns beschimpften, bezog sich auf den faschistischen Strafrechtsparagraphen 110. Die PsychologInnen forderten uns auf zu gehen, »wir wollen mit ihnen nicht die Toiletten teilen«, sagten sie. Sie behaupteten, daß ihr Ruf ruiniert würde, wenn wir die gleiche Adresse hätten. Die Begriffe, die sie benutzten, sollten zum Ausdruck bringen, daß wir ansteckende, verdächtige Subjekte seien. Ich dachte, erfüllt von tiefem Schmerz, wenn sie dich dafür hassen, was du bist, dann ist das der Anfang des Krieges gegen dich. Als die PsychologInnen einen Brief verfaßten, um ihre Mißbilligung von *Arkadia* auszudrücken, schrieben sie: »Stoppen sie sofort alle Aktionen«. Ich war überrascht, mein Magen zog sich zusammen, mein Gesicht lief Gefahr, allen Ausdruck zu verlieren. Einen Moment lang dachte ich: Wenn morgen alle FußgängerInnen auf der Straße wüßten, daß ich eine Lesbe bin und wenn sie dann alle so denken würden, wie diese PsychologInnen, wie sollte ich dann mein Gesicht wahren? Wie könnte ich dann meine Augen öffnen, ohne von ihrem Ekel getroffen zu werden? Wie sollte ich es schaffen, mich nicht vor mir selbst zu ekeln? Vielleicht würde die Frau auf der Post mich auch hinauswerfen, wenn sie wüßte, daß ich eine Lesbe bin? Vielleicht würde mir die Frau auf dem Markt keine Erdbeeren mehr verkaufen, wenn sie nur wüßte?

Ich fühlte mich so unendlich schlecht, daß ich einen regelrechten Kampf mit mir selbst hatte, um mir meiner Würde, meiner Leidenschaft und meiner Politik wieder bewußt zu werden. Dann erinnerte ich mich an die Geschichten der Frauen aus den Kriegsgebieten, und wie sie ihr Zuhause verließen. Soldaten verschiedener Fronten kamen in ein Dorf, um es zu »säubern«. Ohne jegliche Rechtfertigung befahlen sie: »Kommt sofort aus euren Häusern!« Die Frauen hatten nicht mehr als eine Stunde Zeit, fühlten sich ganz plötzlich erniedrigt, ohne zu wissen warum; sie mußten ihr eigenes Haus verlassen und sich schämen für das, was sie sind, und wo sie sind. Und in dieser Schocksituation mußten sie packen und loslaufen. Vielleicht kamen sie noch dazu, ein paar Fotos mitzunehmen, etwas Kaffee oder einen Apfel für den Weg. Auch ich war ganz plötzlich »gesäubert«. Nach drei Jahren erfuhr ich das Wesentliche des Krieges durch den Akt des Hasses gegen Lesben und Schwule, verursacht durch meine Kollegen hier um die Ecke.

Aber die Lesben werden sich erinnern, und ich weiß, daß bereits lange vor mir Lesben in Kriegszeiten lebten. Die meisten hinterließen mir nicht ihre Weisheit. Frauen, die in meiner Stadt vor langer Zeit Frauen liebten, hinterließen keine Worte, die mir bekannt sind. Und deshalb lese ich manchmal in Momenten der Schwäche Audre Lordes »Litany for Survival« oder ich erinnere mich an den Satz: »Es muß diese Frauen geben, bei denen wir sitzen können und weinen und dennoch als Kämpferinnen gelten« (Adrienne Rich). Viele Lesben, Feministinnen und PazifistInnen aus diesem und aus anderen Ländern haben uns unterstützt, sie haben uns Postkarten und Worte der Liebe gesandt. Immer dann, wenn diese Post hier ankommt, sitzen wir in meiner Küche, die wir *Freie Lesbische Republik* nennen, schauen in die wunderschönen Bücher und Briefe, essen Nudeln, und einige von uns tanzen. Und wir träumen noch immer davon, den Kodex unserer »Küchenrepublik« in den Straßen zu verkünden.

Lepa Mladjenovic

*Übernommen aus **Lola Press**, Nr. 3, Mai / August 1996 Berlin/Montevideo/Windhoek. Übersetzung: Iris Erbach.*

Wer das letzte Wort hat

Ein Gespräch mit Nagib Machfus

Wie kein anderer Autor hat Nagib Machfus die arabische Literatur mit Werken wie »Die Midaqgasse« oder »Die Kinder unseres Viertels« international bekannt gemacht. 1988 erhielt er den Literaturnobelpreis. Muna al Shurbagi und Christoph Burgmer sprachen mit ihm über sein Werk, über Literatur und Zensur und über den Islamismus in Ägypten.

Es gibt drei Themen, denen man in Ihren Werken immer wieder begegnet: die ägyptische Gesellschaft, die wissenschaftliche Erkenntnismöglichkeit und die religiösen Traditionen. Sie haben diese Themen in den verschiedenen Phasen Ihres künstlerischen Schaffens unterschiedlich gewichtet. In Ihren Romanen aus den 40er und 50er Jahren standen die soziale Gerechtigkeit und die ägyptische Nation im Vordergrund. In den 60er und Anfang der 70er Jahre galt Ihr Interesse stärker den Fragen des Staates, der Freiheit des Bürgers und der Meinungsfreiheit.

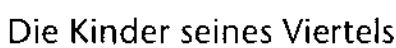
► Diese Themen sind immer noch aktuell. Aber der Schwerpunkt meiner Arbeit verschiebt sich. In meinem letzten Buch »Echos einer Autobiographie« gibt es natürlich sozialkritische Elemente und die wichtige Auseinandersetzung mit dem Begriff der Freiheit. Daneben gibt es aber auch zahlreiche Bezüge zum Sufismus, den ich als einen Versuch verstehe, das Leben als Ganzes zu erkennen.

Welche Rolle hat der Autor Ihrer Ansicht nach heute in der Gesellschaft?

► Immer ist der Autor oder der Künstler Kind seiner Zeit. Dadurch hat er zu allen Zeiten die gleichen Aufgaben: Er spiegelt die Realität. Heute gibt es jedoch neue Medien, die dem Autor Konkurrenz machen – wie das Radio, das Fernsehen und das Kino. Ich sehe aber darin kein Problem, denn ich habe es sehr begrüßt, daß viele meiner Romane verfilmt wurden. Immer noch sind mindestens die Hälfte der Ägypter Analphabeten, die meine Geschichten nie hätten lesen können. Durch die Verfilmungen kennen sie sie jedoch besser als die Intellektuellen.

Wie sehen Sie die Beziehung zwischen der Verankerung einer Geschichte in einer bestimmten Kultur und der Universalität von Literatur?

► Jede Art von Kunst auf der Welt ist immer lokal, denn den Hintergrund liefert eine bestimmte Region mit ihren Menschen in einer besonderen historischen Situation. Wenn die Kunst jedoch einen bestimmten Grad an Tiefe und umfassendere Aussagen erreicht, so kann sie überall und in jeder Umgebung verstanden werden. Der Roman »Die Midaqgasse« zum Beispiel wurde von Mexikanern in Mexiko verfilmt. Zwar ist die Midaqgasse eine echte ägyptische Gasse, die sich in ihrer äußeren Erscheinung, der Kleidung der Menschen und der Art zu sprechen stark unterscheidet von Straßen in anderen Ländern. Aber dahinter stehen menschliche Beziehungen, die es überall gibt und die geprägt sind von Liebe, Rache, Eifersucht, Freude und Traurigkeit.



Die Kinder seines Viertels — Foto: A. J. Schmidt / zero



In Ihren Werken ist die Konfrontation zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und islamisch-religiöser Tradition konstituierendes Element. Dies wird ganz deutlich in dem in den fünfziger Jahren erschienenen Roman »Kinder unseres Viertels«. Die Hauptfigur Arafa steht für die wissenschaftliche Erkenntnis, sein Name ist abgeleitet von dem arabischen Wort für Wissen. Die zweite Hauptfigur Gabalawi dagegen steht für die religiösen Werte.

► In dem Roman hat Arafa das letzte Wort. Er muß sich jedoch auf die Werte des Gabalawi stützen. Daher gelangt Gabalawi am Schluß zu der Überzeugung, daß er nach seinem Tod noch einmal wiederauferstehen muß. Das bedeutet, daß die Wissenschaft zwar das letzte Wort hat. Sie muß jedoch von den höheren unumstößlichen Werten der Menschlichkeit getragen werden. Die Menschheit besitzt mehr als eine Fähigkeit zur Erkenntnis: Da ist zum einen die Vernunft, die wir in allen materiellen Beziehungen und in der Gesetzgebung benutzen. Aber nur mit der inneren Eingebung können wir den essentiellen Sinn der Existenz erkennen, Vernunft und innere Eingebung in Übereinklang bringen.

Die Herausgabe des Romans »Die Kinder unseres Viertels« wurde zur damaligen Zeit von der ägyptischen Regierung verboten. Als er vor zwei Jahren doch veröffentlicht wurde, verkauften sich innerhalb weniger Stunden 45.000 Exemplare. Trotzdem sprachen Sie sich gegen die Veröffentlichung aus.

► 1960 gab es eine Vereinbarung zwischen mir und der ägyptischen Regierung, daß der Roman in Ägypten nicht als Buch erscheint. Damit sollte die Entscheidung der Azhar-Universität respektiert werden, die ein Verbot des Buches gefordert hatte. Die Regierung hatte aber keine Einwände gegen die Veröffentlichung im Ausland. Diejenigen, die das Buch jetzt herausgegeben haben, hielten sich nicht an diese Vereinbarung. Aus diesem Grund war ich dagegen.

Warum wird das Verbot jetzt, über 30 Jahre später, nicht aufgehoben?

► Dieser Vorschlag wurde dem Zensurkomitee noch nicht unterbreitet. Der derzeitige Scheikh al-Azhar vertritt zwar viele liberale Ansichten. Aber ich möchte nicht der Anlaß für ein Problem zwischen ihm und den islamistischen Gruppen sein. Außerdem ist der Roman

außerhalb Ägyptens in Arabisch erschienen und wurde trotz des Verbotes in Ägypten öfter verkauft als im Ausland.

Sie selbst arbeiteten eine Zeit lang in der Zensurbehörde. Wie stehen Sie selbst zur Zensur?
► Das ist nicht so einfach. Man setzt keinen Zensor ein und läßt ihn dann nach eigenem Gutdünken gewähren. Der Zensor ist an das Zensurgesetz gebunden. Ein Zensor, dessen Herz für die Kunst und die Freiheit schlägt, wird bestrebt sein, der Kunst wenn irgend möglich nicht zu schaden. Ein Zensor dagegen, der nichts für die Kunst empfindet, wird das Gesetz durch buchstabengetreue Auslegung zur Einschränkung der Kunst benutzen. Als ich Zensor war, gehörte ich zu denen, die die Freiheit der Kunst schützen wollten. Ich konnte das Gesetz jedoch nicht ignorieren, da ich schließlich angestellt war, um es anzuwenden. Danach durfte ein Film zum Beispiel nicht im Widerspruch zur staatlichen Politik stehen. Darüber hinaus mußte der Respekt vor den Religionen gewahrt bleiben. Außerdem durften die allgemeinen gesellschaftlichen Werte und Moralvorstellungen nicht verletzt werden.

Wie beurteilen Sie heute die Zensur?
► Heute gibt es in der politischen Auslegung durch den Zensor sogar mehr Freiheit. Zu meiner Zeit genügte es zum Beispiel, daß in einem Film ein israelischer Schauspieler auftrat, und der Film wurde verboten. Dagegen gibt es heute Probleme in bezug auf die Auslegung der Religion. Die allgemeinen Wert- und Moralvorstellungen sind im Vergleich zur damaligen Zeit restriktiver.

Die Islamisten konnten ihren Einfluß auf die ägyptische Gesellschaft ausdehnen. Sind Sie beunruhigt?
► Es sind nur Gruppen, die extremistische Gedanken vertreten. Die gab es in unserer Gesellschaft schon immer. Schon als Kind las ich über sie in den Zeitschriften. Damals waren die Extremisten jedoch schwach. Ihre Gedanken wurden nicht ernst genommen, man machte sich über sie lustig. Die Kriege, der Konflikt mit Israel, die Verschlechterung der ökonomischen Situation sowie der Anstieg der Korruption bieten heute jedoch einen Nährboden für die Extremisten, die ihre Anhänger vor allem unter den Jugendlichen finden. Bis jetzt wird die Gewalt vor allem durch die Sicherheitskräfte bekämpft. Dies forderte viele Opfer. Dadurch ist es zwar gelungen, den Terrorismus auf ein begrenztes Gebiet im Süden Ägyptens zu beschränken, aber die extremistischen Gedanken sind nach wie vor verbreitet. Um sie wirksam bekämpfen zu können, müssen das Fernsehen, die Schule und die Familie sich beteiligen. Zusätzlich müssen wir das Rad des Fortschritts schneller drehen, sowohl in der Wirtschaft als auch bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Korruption. Nur so wird Ägypten den Engpaß des Flaschenhalses überwinden können, in dem das Land steckt und an der neuen Welt teilhaben können, von der alle sprechen.



Nagib Machfus

► Nagib Machfus ist der in der westlichen Welt bekannteste arabische Literat. Auch in Ägypten schätzt man ihn als den Schriftsteller der kleinen Leute, der emphatisch ihr soziales Milieu beschrieben und sich ihrer Alltagssorgen angenommen hat. Machfus blickt heute, 85-jährig, auf ein gelungenes literarisches Lebenswerk zurück. Der beste Schriftsteller der arabischen Welt ist er allerdings nicht. Neben der unpathetischen, aber eindrücklichen Darstellung der Kultur der Straße (die eine Kultur der Gewalt, der Outlaws ist) eines Muhammad Choukri wirkt er wie ein Märchenonkel. Und im Vergleich zu den verschmitzen und verspielten allegorischen Darstellungen eines Emil Habibi, mit denen der jüngst Verstorbene vergnüglich leidend die Unmöglichkeit von Identitätspolitik in Israel/Palästina demonstrierte, entpuppen sich die seinen als schlicht. (Daß die beste Zeit Machfus schon 30 Jahre zurücklag, als ihn die westliche politische und kulturelle Öffentlichkeit entdeckte, kann man Machfus allerdings nicht vorwerfen.)

Im Oktober 1994 verletzten Terroristen der »al-gama'at al-islamiya« den Schriftssteller durch einen Stich mit dem Messer in den Hals lebensgefährlich. Daß Machfus für die Islamisten zur Persona non grata wurde, hat aber seinen Grund eher im rigiden Freund-Feind-Dualismus seiner Attentäter, als daß er sich zum Säkularismus bekannt hätte. Machfus ist im Grunde ein Mann, der es allen recht machen will. Den Arabern will er ein Araber, den Ägyptern ein Ägypter, den Moslems ein Moslem und den Literaten ein Literat sein. Machfus findet auch nichts dabei, sich dem Staat, der den offiziellen Vertrieb seiner Bücher nicht gestattet, in den sechziger Jahren als Zensor angedient zu haben, um – wie er sagt – die Zensur zu bekämpfen.

Auf die Todesliste der militanten Islamisten geriet er infolge eines »Mißverständnisses«. »Blasphemie« warfen diese ihm vor, nachdem er in seinem Epos »Die Kinder unseres Viertels« die Entwicklung der Menschheit, von der Erschaffung über die Propheten bis in die heutige Zeit beschrieben hatte. Symbolisch läßt er die ganze Geschichte der Menschheit in einem Viertel einer Stadt irgendwo in Ägyptens Wüste abspielen. Menschheitsgeschichte heißt hier die Geschichte, wie sie die monotheistischen Religionen erzählen, immer mit dem Appell der Toleranz versehen. Am Ende taucht dann noch die Vernunft der Aufklärung auf, die die Gewalt und Radikalität der im Wesen als gut bewerteten Religionen beenden will, aber dann die Atombombe gebiert. So weit, so gut, so schlicht. Die Islamisten warfen nun Machfus vor, er habe in der Romanfigur Gabalawi Gott verkörpert. Gott behüte, daß Gabalawi Gott selber wäre, er sei doch ein muslimischer Autor, beteuerte Machfus den »Männern der Religion«, die seinen Roman aber nicht falsch lesen wollten.

Machfus will eben immer vermitteln. Das macht ihn hierzulande, wo man an »anderen Kulturen« schätzt, daß sie anders sind und man sie verstehen lernen kann, so beliebt. Zu seinem 80. Geburtstag 1992 sagte er: »*Ich bin der Sohn zweier Kulturen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt der Geschichte glücklich miteinander vermählten. Die erste dieser beiden ist 7000 Jahre alt, und es ist die pharaonische Kultur; die zweite ist die Kultur des Islam. Ich wurde aufgezogen an der Brust beider, getränkt mit beider Milch. Danach schöpfte ich vom Nektar der reichen und faszinierenden Kultur des Westens. Und aus der Inspiration alles dessen, zusammen mit meinem Eigenen, entfuhren mir Worte, denen die Schrift verhalf, die Wertschätzung der ehrwürdigen schwedischen Akademie zu verdienen.*« Nein, Machfus ist kein Rushdie, der schon deswegen in Konflikt zu den Mächtigen und Gesinnungsfanatikern aus dem Volk gerät, weil er ein brillanter Schriftsteller ist. Soviel Milch und Nektar kann einem aber schon den Literaturnobelpreis einbringen.

Jörg Später



Die Gnade des frühen Todes

Zwei Göttinnen als Revolutionsersatz – Evita und Madonna in New York

von **Katia Davis**

► Es gibt Hoffnung für Revolutionäre. Nur wissen sie es vermutlich nicht. Denn welcher wahre Weltveränderer begibt sich schon freiwillig in einen von der Unterhaltungsindustrie produzierten Superfilm. Und dann auch noch mit Madonna in der Hauptrolle, die die unmoralische politische Karrieresucht der argentinischen Göttin Evita verkörpert. Schön ist sie. Die Revolution. Madonna auch. Und eine Vereinigung dieser beiden Wunder muß einfach siegreich sein. Da Revolutionen in der Erinnerung immer selig sind, konnte ich diesmal nicht abseits stehen. Straßenkampf wollte ich, soziale Veränderung, Hoffnung und Gesang. Ich bekam es. Im bequemen Kinosessel tauchte ich ein in die Ideale meiner Utopie. In sicherem Abstand. Von da ließ ich mich aufrütteln von Evita und ihren Argentiniern. Mit Madonna. Die ist die personifizierte Revolution. Herrlich und gefährlich.

Die Laufbahn der Heiligen begann sehr menschlich. 1919 geboren, wuchs Eva - Duarte als uneheliches Kind in einem argentinischen Nest auf. Ihre Situation unterschied sich durch nichts von der der chancenlosen Masse der Vergessenen im Land. Doch mit fünfzehn begann sie mit ihrem Ausbruch. Als Liebesdienerin arbeitete sie sich hoch und kam durch einflußreiche Gönner zu Ruhm im Radio und auf der Leinwand. Mit fünfundzwanzig lernte sie Oberst Peron kennen. Die Heirat verhalf Peron zur Präsidentschaft, reiste doch die vom Volk bald liebevoll Evita Genannte quer durchs Land und warb für Demokratie und soziale Veränderungen. Sie war gut und überzeugend und rührte die Herzen der Ausgehungerten. Die glaubten ihr. Stammte Evita doch aus ihren Reihen. Tatsächlich setzte sie Reformen durch in dem rückständigen Land und unterstützte die Gewerkschaften. Sie spazierte in die Armenviertel, half den Vergessenen und ließ sich bewundern. Anstelle von Liebhabern sammelte sie jetzt Juwelen und Pelze. Die Korruption konnte Evita nicht beseitigen, und den Sozialismus wollte sie vermutlich nicht oder wußte nichts von seiner Existenz. Vielleicht war ein bißchen mehr Gerechtigkeit ihr Traum.

Die Träume der Untertanen blieben größtenteils unerfüllt und Unzufriedenheit machte sich breit. Auch wenn viele Frauen Evita und ihren hart erkämpften Platz an der Sonne bewunderten, ihr Glanz blieb für die Besitzlosen Illusion. Vielleicht war es Evitas Glück, an Krebs zu erkranken und mit dreiunddreißig zu sterben. Das Volk vergaß und vergab ihr ihre kleinen Sünden.

1979 erfolgte die Auferstehung der Evita. Andrew Lloyd Webber hatte ein Musical über sie geschrieben. Der Erfolg am Broadway war einmalig. Da mußte irgendwann der Film kommen. Aber mehr als zehn Jahre konnte man sich in Hollywood weder über das Drehbuch noch auf einen Regisseur einigen. Von der Besetzung der Hauptrolle ganz zu schweigen. Barbra Streisand, Meryl Streep oder Michelle Pfeiffer hätte man gern angeheuert. Doch irgendwie klappte gar nichts. Und Madonnas Interesse an der Rolle erzeugte nur ein hochmütiges Naserümpfen.

Ebenso wie die Vergangenheit der verblichenen Evita ist die Gegenwart der betörenden Madonna sehr umstritten. Mit einem Kreuz auf der weißen Brust wälzte sie sich in einem Musikvideo lüstern auf kirchlichem Boden vor einem gekreuzigten Mannsbild. Ihr Erfolg ist ihre Unabhängigkeit. Madonna – die amerikanische Göttin. Es sind einige Gemeinsamkeiten, die die tote und die lebendige Dame haben. Von ganz unten haben sie sich nach hoch oben gekämpft und entschieden, daß Benehmen und Moral keine Glücksache sind, sondern allein dem eigenen eisernen Willen hörig. Als Alan Parker endlich den Job als Regisseur bekam, schrieb Madonna in einem langen Brief an ihn, daß sie die einzige sei, die Evita spielen könne. Und erschien schließlich selbst und sah nicht nur wie Evita aus – sie war Evita.

Aber die Argentinier murrten. Von dem losen amerikanischen Star wollten sie sich ihre Heilige nicht verhunzen lassen. Demonstrationen fanden statt, Protestbriefe gingen an den Präsidenten, der Madonna um eine Pressekonferenz bat. Diese rief das Volk zur Ruhe auf und appellierte an seine Vernunft. Man solle doch erst mal abwarten, ihr vertrauen und den Film dann ansehen. Argentinien ließ sich umgarnen und blies die Revolte ab. Und als Parker der Präsidentenpalast als Drehort verweigert wurde, war es Madonna, die die Initiative ergriff. Nach einer Audienz beim argentinischen Präsidenten hatte sie nach zehn Minuten die Erlaubnis in der Tasche. Fast wie Evita.

Hollywood fachte gekonnt das Feuer der Erwartung in den USA an. Nach der Superpremiere eine Woche vor Weihnachten waren die Kritiker der Westküste voll des Lobes. 7000 jubelnde Fans harrten vor dem Filmtheater aus, um einen Blick auf ihr Idol

werfen zu können. Blieb die Premiere den Berühmtheiten vorbehalten, erschien für das gemeine Volk Madonnda in »Vogue« und unzähligen anderen amerikanischen Zeitschriften. Und zum Weihnachtsfest gab's schließlich den Film. Allerdings nur in ausgewählten Städten und Kinos. In New York ist das Happening in einem einzigen Filmpalast zu genießen. Falls man Karten bekommt. Der Sturm auf diese ist überwältigend. Obgleich die New Yorker Kritiker abgeraten hatten. Die reagieren nämlich immer anders als die anderen. Sie blicken auf das restliche Amerika als ein Babel der Dummheit herab. Gott sei dank spreche Madonna nicht, schüttelten sie sich in Abscheu. Dennoch stehen Tausende täglich Schlange. Der Beginn des Films wird mit Beifall begrüßt. Mittendrin immer wieder Szenenapplaus, Tränen und zum Schluß langer Beifall.

Auch ich würde mich in diesen kalten Zeiten ein zweites Mal nach einer Karte drängeln, um mich von der schönen Illusion mitreißen zu lassen. Madonna spielt sich die Seele aus dem Leib. Und sie singt. Das läßt die New Yorker Zuschauer in Beifallsstürme ausbrechen. »Evita« ist das verfilmte Musical, aber es entwickelt ein Eigenleben. Vielleicht sind die revolutionären Massenszenen und der fast Eisensteinsche Kamerastil sentimental – na und? Der Popstar Madonna ist verschwunden. Evita lebt. Das Publikum reagiert fasziniert auf die Bilder von Armut, Unterdrückung und Aufstand. Auf der Leinwand sagt Peron beim ersten Treffen zur Schauspielerin Eva: »Wenn du spielst, führst du uns weg vom Dreck der realen Welt.« Das tut auch der Film. Weder fand in jener Zeit eine wirkliche Revolution statt, noch wird eine von Regisseur Parker vorgegaukelt. Der von Antonio Banderas dargestellte Che bemerkt trocken zu Evitas Hilfsprogramm: »Die Armen sammeln bei den Armen für die Armen.« Evitas Reformen gefährdeten nicht die Herrschenden. Sie beruhigten aber die Unterdrückten. Erkennen sich mittellose Amerikaner und Hispanics in diesem Film wieder? Mag einer sagen, was er will über Kitsch und Realitätsvernebelung in dem Werk – zu den wirklich Chancenlosen und im Dreck Sitzenden in diesem Land springt wohl ein Funke über. Genau wie damals. Ein Hungriger braucht nicht viel zum Sattwerden. Einem Hoffnungslosen reicht auch ein kleines Feuer für die seelische Wärme. Eine argentinische Anwältin erklärte: »Evita kam aus der Gosse und versuchte, mit Hilfe ihres Äußeren ihre Position zu etablieren. Aber es war auch ein trotziges Auftrumpfen. Und die riesige Zahl der brutal unterdrückten Frauen hat das verstanden und sogar Hoffnung und Kraft daraus geschöpft. Das ist heute nicht anders. Die wollen nicht nur Marx zum Essen kriegen, sondern auch Glamour. Einfach schön sein können. Träumen dürfen. Ist das nicht wichtig?«

»Ich fülle nur eine Lücke aus.« Sagt Madonna im Film. Als Evita. Der Beweis ist damit erbracht: Pop und Politik sind nicht zu trennen. Und ich hörte bereits Stimmen aus dem New Yorker Publikum, die sich Madonna als Gattin des gerade wiedergewählten amerikanischen Präsidenten wünschen.

▶ **Katia Davis** lebt als freie Journalistin in New York.

Filmfestival in Havanna von **Geri Krebs**

▶ Vom 3. bis 13. Dezember fand in Havanna das 18. »Internationale Festival des Neuen Lateinamerikanischen Films« statt. Erstmals ging es ohne die Beteiligung neuer kubanischer Langspielfilme über die Bühne. Im Spielfilmwettbewerb war Kuba lediglich mit zwei halbstündigen Filmen vertreten. Einer davon, »El Sardina« von Manuel Antonio Rodriguez, ist eine überzeugende, bissige Komödie über das Thema der Bootsflüchtlinge, die im Sommer 1994 Kuba und die Welt erschütterten. Das Werk zeigt aber auch, wie Kubas Filmschaffende mit politisch heiklen Themen heute umgehen: metaphorisch, verschlüsselt und voller Anspielungen, aber selten direkt.

Der Grund für die mangelnde Präsenz von kubanischen Filmschaffenden liegt zum einen in der Ressourcenknappheit des nationalen Filminstituts ICAIC. Mindestens drei neue kubanische Spielfilme sollen aber bis zum nächstjährigen Filmfestival fertiggestellt sein, hieß es seitens des ICAIC. Zum anderen hatten aber auch einige europäische Koproduzenten ihren kubanischen Partnern unerwartete Schwierigkeiten bereitet.

Insgesamt spielen Koproduktionen, vor allem mit Ländern aus der EU, bei der Realisierung von Filmen eine immer wichtigere Rolle – auch für andere lateinamerikanische Staaten. Gerade noch die »großen Drei« (Argentinien, Brasilien und Mexiko) können die Mehrheit ihrer Filme ohne ausländische Beteiligung produzieren. Das Thema Koproduktion taucht noch in einer anderen Variante auf. Zwar gab es keine neuen kubanischen Langspielfilme, dafür erscheinen aber bekannte kubanische SchauspielerInnen in diversen Produktionen aus anderen Ländern auf der Leinwand, mehr noch: Es waren sogar einige in Kuba gedrehte Filme mit kubanischen DarstellerInnen zu sehen – allerdings unter der Leitung von italienischen, französischen, kolumbianischen und spanischen Regisseuren. Und die spanische Delegation gab während des Festivals bekannt, man habe mit dem ICAIC einen Vertrag für die Realisierung von zwölf Filmen in den nächsten vier Jahren abgeschlossen. Für immer mehr europäische Produzenten und Regisseure scheint es attraktiv zu werden, ihre Filme in Kuba herzustellen, weil die Produktionskosten dort einfach billiger sind.

Koproduktionen von Filmen spielen eine immer wichtigere Rolle

Argentinien war in diesem Jahr am stärksten vertreten und schickte gleich vierzehn neue Spielfilme in den Wettbewerb. Eliseo Subiela, spätestens seit »No te mueras sin decirme adonde vas« bekannt, bescherte dem Festival mit seinem neuen melancholisch-poetischen Werk »Depabilate amor« einen Höhepunkt – auch wenn er mit keinem Preis bedacht wurde. Fast schon traditionell ging der Hauptpreis des Festivals an einen mexikanischen Spielfilm: »Profundo Carmesi« ist ein sehr blutiger, gewalttätiger Film, eine Parabel auf die brutale Gewalt, welche die heutige mexikanische Gesellschaft kennzeichnet. Den zweiten Preis erhielt »Bajo la piel« des Peruaners Francisco Lombardi, eine Koproduktion mit Deutschland und Spanien. Den Film könnte man am ehesten als sozialkritischen Thriller charakterisieren, äußerst raffiniert erzählt und voller Überraschungen. Ein weiteres Glanzlicht des Festivals bildete der brasilianische »Tieta do Agreste« von Carlos Diegues mit einer hervorragenden Sonja Braga in der Hauptrolle, ein Werk voller Sinnlichkeit und Lebenslust, das gleichzeitig die Machtverhältnisse in der brasilianischen Gesellschaft in hervorragender Weise reflektiert.

Eine Tendenz, die bereits im vergangenen Jahr aufgefallen war, zeigte sich bei diesem Festival verstärkt: Man kann kaum noch von einem rein lateinamerikanischen Filmfestivals sprechen. Diesmal dürfte wohl erstmals die Anzahl von Filmen aus anderen Kontinenten nahezu gleich groß gewesen sein wie die aus Lateinamerika. Für das kubanische Publikum ist dies zwar eine einzigartige Möglichkeit, während dieser zehn Tage Filme aus aller Welt sehen zu können. Andererseits droht »Havanna« damit jedoch seinen Charakter als wichtigste Schau des Neuen Lateinamerikanischen Films zu verlieren.

Barfuß nach Liverpool

Das koloniale Fußballverhältnis zwischen England und Nigeria


Foto: H. G. Schiele

von **Phil Vasili**

Okocha, Yekini, Oliseh – bemerkenswerte nigerianische Fußballer tummeln sich heute in Europas Ligen und entzücken die Fans. Und während sich das Mutterland des Fußballs, England, die WM 1994 zuhause vor dem Fernseher anschauen mußte, stürmte Nigerias Nationalteam in die Weltspitze. Ein Blick auf das besondere Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern verdeutlicht eine gewisse Ironie der Geschichte.

► Daß Sport und Sportler funktionalisiert werden, um aus politischen und wirtschaftlichen Motiven diplomatische Barrieren zu überwinden, ist nichts Neues. In den Jahren 1949-59 wurde in Großbritannien besonders der Fußball eingesetzt, um dem Land zu noch mehr Größe zu verhelfen. Die Besuche von Fußballmannschaften aus Nigeria 1949, der Goldküste 1951, Trinidad 1953, Uganda 1956 und aus der Karibik 1959 wurden in Großbritannien und im Empire als sportliche und politische Anerkennung der jeweiligen Länder wahrgenommen. Die Spieler wurden gelobt und gefeiert, weit über das Maß hinaus, das der diplomatische Anstand verlangt. Denn es handelte sich hier nicht um gewöhnliche Fußballer: Ihre Aufgabe war zu beobachten, zuzuhören und zu lernen – nicht nur wie in Großbritannien Fußball gespielt wurde, sondern auch und vor allem, wie überlegen das politische und wirtschaftliche System Großbritanniens war.

Der Fußball in Nigeria entwickelte sich durch den Einfluß europäischer Soldaten und Seeleute und die sportlichen Aktivitäten der Staats- und Missionsschulen. Kinder, deren Eltern sich die Schulgebühr von Missionsschulen leisten konnten, wuchsen in einem Milieu auf, in dem das Ethos eines »muskulösen Christentums« mit spezifisch britischer Färbung den Ton angab. Manche Theoretiker meinen, daß die Förderung von Sport, vor allen Dingen von Mannschaftsspielen, es dem britischen Empire erst ermöglichte, sich in ein Commonwealth of Nations zu verwandeln, indem allen, die sich auf diesem gemeinsamen Spielfeld einfanden, die gleichen Werte vermittelt wurden.

Dabei konnten die Schulen auf einer rudimentären Form von unorganisiertem Fußball aufbauen, den es bei der einheimischen Bevölkerung bereits gab. Denn in »traditionellen« afrikanischen Gesellschaften war die Athletik ein wichtiger Bestandteil des Überlebenskampfes. Organisierte rituelle Wettkämpfe waren oft ein Mittel, den Gemeinschaftsgeist zu stärken. In der vorkolonialen Gesellschaft spiegelte der Sport die Probleme einer Gemeinschaft und bildete einen Versuch, sie spielerisch zu lösen. Dieses Erbe verlieh dem Fußball von Anfang an die unvermeidliche politische Dimension, niemals nur einfach ein Spiel sein zu können.

Damit die Dämme nicht brechen...

► Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in Nigeria eine aktive und lebendige nationalistische Bewegung. Teil dieser breiten Bewegung (es handelte sich um eine Mischung aus sozialistischen, panafrikanistischen und sozialreformerischen Strömungen) waren kulturelle Organisationen wie Fußball- und Sportvereine. Die imperialistischen und kolonialistischen Regierungen versuchten, den

Nationalismus durch verschiedene Strategien zu besänftigen. Hierbei spielte auch der Sport eine Rolle. Sir Ralph Furse, der für die Einstellung von Kolonialbeamten verantwortlich war, hatte zwei informelle Bedingungen für den idealen Kandidaten benannt: Er sollte ein Studium in Oxford oder Cambridge absolviert haben und auch als Sportler für diese Universitäten angetreten sein. Denn wenn die Kameradschaft und der Ehrenkodex des Sports politisch verläßliche Verwalter in der europäischen Elite hervorbrachte, warum sollte man nicht bei den afrikanischen Angestellten die gleichen Methoden anwenden?

Wie wichtig es war, den Nationalismus politisch einzudämmen, wurde deutlich, als es zu schweren Arbeitskämpfen kam. In Nigeria begann im Juni 1945 ein vierundvierzigtägiger Generalstreik. 1949 legten die Eisenbahner die Arbeit nieder und in Enugu wurden 20 Bergarbeiter erschossen und viele weitere verletzt. Die Beziehung zwischen den Herrschenden und den Beherrschten hatte sich in Westafrika so stark verschlechtert, daß es bei Fußballspielen zwischen Europäern und Afrikanern ständig zu Übergriffen kam. Der Besuch einer nigerianischen Fußballmannschaft in Großbritannien 1949 diente der Beruhigung dieser bedrohlichen Situation. Es war die erste Tournee eines schwarzafrikanischen Teams, das den Anspruch erhob, seinen nationalen Fußballverband zu repräsentieren.

... geht ein Team auf Tournee

► 1931 wurde der Amateurfußballverband für den Bezirk Lagos gegründet, die Lagos and District Amateur Football Association (LDAFA). Der organisierte Fußball in diesem Verband wurde von Weißen, überwiegend Beamten, kontrolliert. Die Entwicklung in den dreißiger und vierziger Jahren zeigt, daß die Leute, die den organisierten Sport leiteten und daran teilnahmen, von einer Konkurrenzhaltung gegenüber möglichen Rivalen, vor allem den afrikanischen Vereinen geprägt waren. Dieser Konkurrenzkampf spiegelte sich auch in der Zusammensetzung der achtzehnköpfigen Fußballmanschaft wider, die nach England fuhr: 14 der Spieler des Teams waren Mitglieder der Kolonialverwaltung.

Nicht jeder in der Kolonie bewunderte diese Aktivität und Energie der Beamten, vor allem nicht die Mannschaften aus Lagos, die unter afrikanischer Leitung standen, wie Nmamdi Azikiwe (Zik)'s Athletic Club (ZAC) – Zik war einer der führenden Nationalisten und panafrikanischen Sozialisten – oder Muslim Eleven. Sie ärgerten sich über die Art, wie die Europäer ihre Machtposition ausnützten, um starke Mannschaften aufzubauen auf Kosten derjenigen, denen das kulturelle und ökonomische Kapital dazu fehlte. »*Sollte die Abteilung für Lokomotiven der nigerianischen Eisenbahn nicht besser bezeichnet werden als 'Eisenbahninstitut für Fußballtechnologie'? ... Es ist uns noch gar nicht klar, ... wie es den leitenden Beamten gelungen ist, öffentliche Gelder, Ressourcen und Fahrzeuge so freizügig einzusetzen, um den Fußball zu fördern.*« (West African Pilot, 9.2.1945)

Diese Kritik auf der Sportseite von Zik's 'West African Pilot' spielte nicht nur darauf an, daß die Eisenbahnverwaltung ständig versuchte, seinem Club ZAC Spieler abzuwerben, sie war auch ein Hinweis auf die häufigen Arbeitskämpfe der Eisenbahner. Es sollte damit ausgedrückt werden, daß man besser Zeit und Energie darauf verwenden sollte, diese Spannungen zu dämpfen, anstatt anderswo neue Spannungen zu schaffen.

Die Organisation des Fußballs in Lagos (und Makurdi) war ein Abbild der politischen Organisation der nigerianischen Gesellschaft insgesamt. Die Frage, wer das Spiel bestimmte und wie Macht ausgeübt wurde, hatte Beispielcharakter: »*Mit dem Mittel des Sports wird der Würgegriff fremder Völker auf die Afrikaner verstärkt und die fremde Kontrolle über das Denken der Afrikaner auf lange Zeit sichergestellt.*« (West African Pilot, 8.2.1945) Spielt das Spiel nach unseren Regeln oder tragt die Konsequenzen, das war die Mentalität der Kolonialverwalter.

Die besseren Spieler, wenn sie in Mannschaften spielten, die von Beamten geleitet wurden, wurden als Halbprofis behandelt, in dem Sinn, daß sie eine unmittelbare materielle Vergütung für ihre Fähigkeiten, Zugang zu Arbeitsplätzen und andere Privilegien erhielten, die sonst unerreichbar für sie gewesen wären. Eine spätere Ausgabe von Zik's 'Pilot' brachte eine aufschlußreiche Karikatur, in der ein »Arbeitgeber« dargestellt wurde: »*Ich habe nur Arbeitsplätze für Jungen, die wissen, wie sie – nicht unbedingt ihren Verstand – aber ihre Beine gebrauchen müssen.*« (23.7.1949) Solche Versuche, eine starke Mannschaft aufzubauen, die in der Praxis darauf hinausliefen, gegen das sportliche Ethos zu verstoßen, das die koloniale Elite ständig im Munde führte, entstanden auch aus der Rivalität zwischen Beamten aus verschiedenen Bereichen, der Marine, der Eisenbahn, Post, Landvermessung, Polizei, Stadtverwaltung usw..

»*Diejenigen, die sich zu Zaren des Fußballs in Lagos aufschwingen ... sind darauf aus, alle positiven Eigenschaften des Afrikaners zu zerstören und ihn zu provozieren. Ja, der Afrikaner hat einen feinen Sinn für Gerechtigkeit ... Er wird kämpfen und die Kräfte der Habsucht, des Neids, der Eifersucht und der Ungerechtigkeit auch im Bereich des Sports bekämpfen.*« (West African Pilot, 6.2.1949) Das sportliche und kameradschaftliche Wertesystem, das urspünglich von den Kolonialisten als ein Symbol ihrer kulturellen Überlegenheit formuliert, propagiert und hochgehalten worden war, wurde so von Zik und seiner Presse als Beispiel benutzt, um zu zeigen, wie dekadent und unfähig zur Regierungsverantwortung die Imperialisten waren.

Die Vereine wie ZAC und Muslim Eleven stützten sich auf ehemalige Mitglieder von Schulmannschaften, um die Lücken aufzufüllen, die die Abwerbungen in Beamtenmannschaften gerissen hatten. Die ZAC-Mannschaften boten ethnisch gemischte Teams und antikolonialistisches Gedankengut an, aber keine Arbeitsplätze.

Leider konnten die herzerwärmenden Ideale des aufkeimenden panafrikanischen Sozialismus nicht die unmittelbaren materiellen Bedürfnisse verelendeter Nigerianer befriedigen. Eines der ausdrücklichen Ziele der Nigerian Football Association (NFA) war, Liebe und Freundschaft unter den nigerianischen Fußballspielern zu fördern. Der 'Pilot' hatte nicht das Gefühl, daß solche Parolen in die Praxis umgesetzt wurden. Es konnte keine »Liebe und Freundschaft« geben, solange Regierungsinstitutionen und von Weißen geleitete Firmen den afrikanischen Clubs ihr junges Blut aussaugten. (8.2.1949)

Grüne Socken auf grünem Rasen

► Die Auswahl der Spieler für die Tournee erfolgte nicht allein aufgrund ihrer fußballerischen Fähigkeiten. Die Kolonialbehörden wollten, daß die Spieler der britischen Öffentlichkeit ein Bild vermittelten, das geeignet wäre, rassistische Mythen über Afrikaner zu widerlegen und das zugleich ein Beweis wäre für den positiven Einfluß der Europäer in der Kolonie. Von den achtzehn Spielern, die schließlich ausgewählt wurden, kamen nur vier nicht aus Lagos. Kanno zum Beispiel, der zugleich Spieler und Sekretär der Mannschaft war, war eine zeitlang in England erzogen worden, und seine Vorgesetzten waren sicher, daß seine Manieren ausreichend sein würden für die öffentlichen Auftritte, die mit einem solchen Amt verbunden sind. Die Auswahlmannschaft, war nicht so sehr ein Team der besten achtzehn Spieler, als vielmehr eine Widerspiegelung der Machtstruktur in Nigeria mit ihren deutlich rassistischen Zügen.

Die Uniform für öffentliche Auftritte bestand aus grauen Flanellhosen und einem grünen Blazer mit dem Emblem NFA und darunter einem Schriftzug »United Kingdom 1949«. Bei ihren Spielen trug die Mannschaft olivgrüne Hemden, weiße Shorts und grüne Socken. Dieses Bemühen um korrekte Kleidung bei öffentlichen Auftritten – traditionelle afrikanische Gewänder wurden nicht akzeptiert – führte zu Reibungen zwischen den Spielern und dem Manager, als es darum ging, ob die Spieler Fußballschuhe tragen sollten. Bis auf zwei zogen es alle vor, lediglich ihre Füße zu bandagieren. In Nigeria spielten nur europäische Mannschaften in Fußballschuhen, und nachdem die Mannschaft das ausprobiert hatte, stimmte die Mehrheit dagegen. Sie waren der Meinung, daß sie die Fußballschuhe bei der Kontrolle und Behandlung des Balls behinderten, worin ihre große Stärke lag.

Football's coming home

► Das erste Spiel der Westafrikaner in England fand vor 6.000 Zuschauern in Liverpool statt. Liverpool war unter anderem aus politischen Gründen ausgesucht worden, weil es dort eine der ältesten schwarzen Bevölkerungsgruppen in England gibt. Im gleichen Jahr gab es in Liverpool zahlreiche Übergriffe von weißen Rassisten. Aus diesem Grund war für viele schwarze Liverpooler und viele Antirassisten der 5:2-Sieg der Nigerianer ein wichtiger moralischer Auftrieb. Das 'Liverpool Echo' lobte die Nigerianer als »*barfüßige Zauberer*«. Obwohl sie keine Fußballschuhe trugen, schössen sie kraftvoll. (1.9.1949)

Einen Monat später traten die »Zauberer« in ihrem letzten Spiel in Liverpool vor der Rekordkulisse von 13.000 Zuschauern gegen eine Profimannschaft an. Die Tatsache, daß das Spiel abends und bei Flutlicht stattfand, sorgte für unterschiedliche Kommentare. In der Samstagsausgabe des 'Liverpool Echo' erschien eine Karikatur mit der Unterschrift: »*Flutlicht war nötig, weil es immer schwierig ist, in der Dunkelheit einen Schwarzen zu finden.*« Ähnlich peinlich klang der Versuch, zu erklären, warum sich die Liverpooler Stürmer so wenig Torchancen erarbeitet hatten: »*Ich hatte den Eindruck, daß South Liverpool die Anweisung erhalten hatte, erst zu schießen, wenn sie das Weiße im Auge des Gegners sehen konnten.*« (1.10.1949)

Die Fußballzeitschrift 'Amateursport' sah die Dinge etwas anders: »*Die Geschwindigkeit und die Beinarbeit der Nigerianer waren erstaunlich, und das Publikum war begeistert von den sechzig Meter weiter Pässen der barfüßigen Jungs.*« (10.9.1949) Edgar Kail lobte die Nigerianer im 'Daily Graphic': »*Ihre Ballbehandlung ist unglaublich, eine Form der Liebkosung, die sie erreichen, indem sie den Ball mit den Zehen streicheln... Sie sind wahre Ballkünstler und ihr Benehmen ist vorbildlich. Sie werden die meisten unserer führenden Amateurmannschaften schlagen... .*« (13.9.1949)

Die Spiele in London gaben den Sportjournalisten die Möglichkeit, die Entwicklung des Fußballs in der bevölkerungsreichsten Kolonie des Empire zu würdigen. Diese Würdigung bezog sich nicht nur auf die Sportleistungen im engeren Sinn. Genauso wie die Spieler zu Hause nach einer Vielzahl von Kriterien ausgesucht worden waren – ihrer sportlichen Leistung, ihrer Bildung und ihrem Beruf – gemäß den Repräsentationsbedürfnissen der kolonialen Elite, so wurden sie auch in England begutachtet. Es war wichtig, daß sie sich an die »Spielregeln« hielten, auch wenn manche ihrer Arbeitgeber und Mentoren es damit nicht so genau nahmen. In einer Auswertung der Tournee schrieb ein Sportjournalist: »*Keine ausländische Mannschaft war je so populär bei unserem Amateurfußballpublikum... Ihr Einsatz, ihre Lernbereitschaft, die sportliche Art, mit der sie die Entscheidungen des Schiedsrichters akzeptierten, und die Höflichkeit mit der sie den Ball holten, wenn sie einen Eckball verschuldet hatten, wurde mit Recht vom Beifall belohnt.*« (West Africa, 15.10.1949)

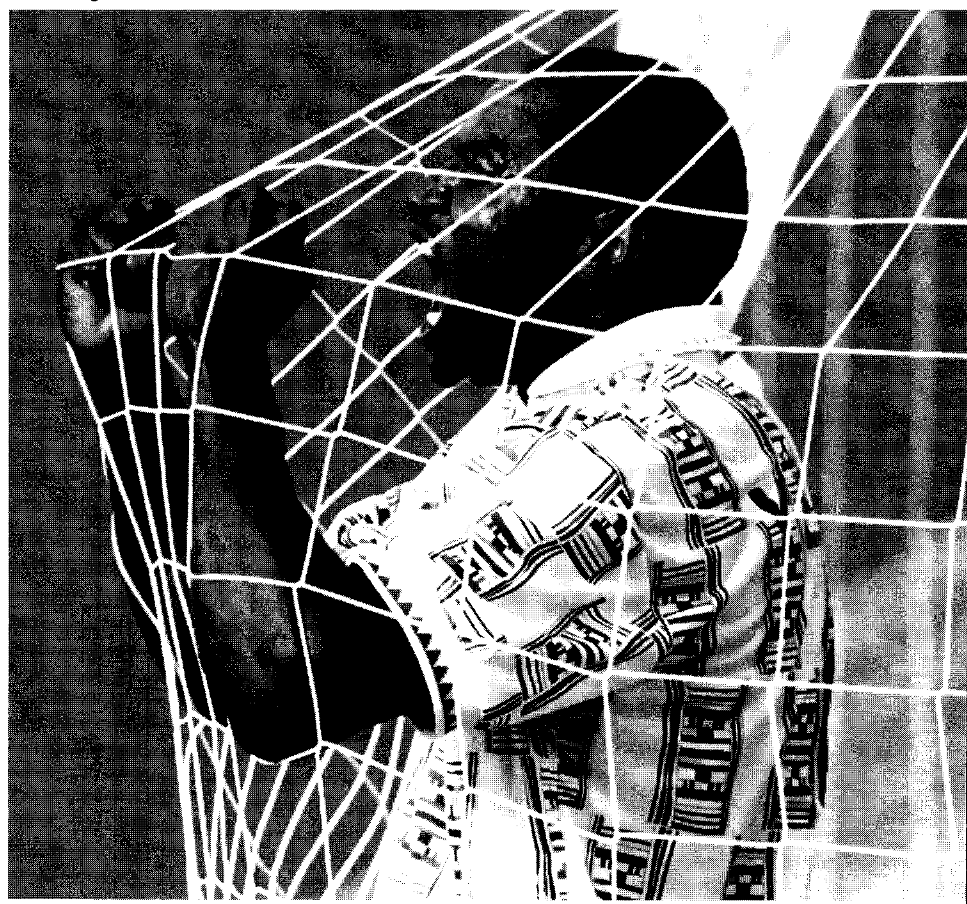
Daß sie keine gewöhnlichen Fußballer waren, sondern Gentlemen, war ebenso wie ihr unbestreitbares sportliches Niveau die Voraussetzung für ihre Aufnahme in das Universum des kolonialen Sports. Die Tatsache, daß sich die Nigerianer an sportliche Regeln hielten, beeinflußte die Fußballkritiker mehr als die Ergebnisse, die sie erzielten, und bestimmte den Ton der Kritiken. Die Nigerianer durften einfach nicht nur bloße Fußballer sein.

Die 1949-Tournee verschaffte dem westafrikanischen Fußball und den Spielern Respekt in England. Der Erfolg der Tournee sowohl in fußballerischer als auch in politisch-diplomatischer Hinsicht zog weitere Experimente der Sportpolitik mittels Fußball nach sich. Man hoffte, daß eine sanfte Entkolonialisierung erreicht werden könnte, indem sich die alten Herren und ihre neuen Erben auf kultureller Ebene stärker verbrüderten. Auf diese Weise könnte man die Befürchtungen des europäischen Kapitals zerstreuen, was geschehen würde, wenn seine wirtschaftlichen Aktivitäten nicht mehr den Schutz des kolonialen Staates genössen. Die 'Times' schrieb damals in einem Leitartikel: »*Der Sport spielt in Afrika eine besondere Rolle. Da es keine Stammeskriege mehr gibt und auch andere unpassende Formen der Selbstverwirklichung nicht mehr möglich sind, ist dort ein Vakuum entstanden. Sehr oft wenn nicht gerade Terror oder Hunger herrschen, leiden die afrikanischen Völker heutzutage stark unter Langeweile. Sie brauchen neue Interessen, kulturelle und sportliche. Wenn er die Möglichkeit dazu erhält, ist der Afrikaner ein gieriger Leser und ein leidenschaftlicher Sportler.*« (29.9.1949)

Für Zik und für die westafrikanischen Sozialisten war die Fußballtournee dagegen Element einer weiterreichenden Vision. Sie hatten die Reise nach England zwar weder geplant noch organisiert, aber eine Ironie des Schicksals ließ diese Reise zu einer Waffe im Kampf um Unabhängigkeit werden. Ein Leitartikel der Zeitung 'West Africa' bemerkte, daß einer der Erfolge der Tournee darin bestand, daß sie »*einen kleinen Beitrag zum Aufbau der nigerianischen Nation geleistet hat, indem sie die Aufmerksamkeit der Nigerianer auf 'unser' Team richtete.*« (15.10.1949) Und 45 Jahre nach seinen ersten Spielen außerhalb von Afrika war der nigerianische Fußball dynamisch genug, sich für die Endrunde der Weltmeisterschaft 1994 zu qualifizieren, was dem früheren Kolonialherren England gründlich mißlang.

Dieser Text erschien zuerst in ***Race & Class****. A Journal for Black and Third World Liberation, Vol. 36, 4 (1995). Übersetzung: Christian Neven-du Mont.*


»Here we go!« – Yekini bei der WM '94





Jesus, Mohammed und Moses

► Der Titel des Taschenbuchs macht neugierig: **'Gott ist zornig, Amerika. Der Aufstieg des Schwarzenführers Louis Farrakhan.'** Wer allerdings Fundiertes und Aktuelles zum *Black Nationalism* und dessen aktueller Symbolfigur erwartet, Themen, zu denen Publikationen in deutscher Sprache selten sind, sieht sich enttäuscht. SPIEGEL-Autor Hans Hielscher hat auf mageren, mit dicken Buchstaben bedruckten 155 Seiten aus begrenztem Material ein Buch gebastelt. Es besteht aus ein bißchen Farrakhan-Biographie, ein wenig Malcolm X-Historie, ein paar Statistiken... Das alles wird dargeboten in einer bedenkenlosen Sprache, die fast nie der Kompliziertheit des Problems des US-amerikanischen Rassismus, der ihm zugrundeliegenden ökonomischen Verhältnisse und der ethnisch-religiös verbrämten Gegenbewegung gerecht wird. Ein Beispiel: »(Farrakhan) verdiente (...) sich zunächst als Musiker ein Zubrot, wurde dann bald Vollprofi. (...) Der Mutter in Roxbury gefiel das nicht. Die strenggläubige Christin fürchtete, daß ihr Sohn im Showgeschäft den Verführungen von Sex, Alkohol und Drogen erliegen könnte. Der junge Musiker (...) widerstand und verfiel einer anderen Droge: radikaler Politik« (S.52).

Farrakhan ist, so läßt das Buch durchblicken, ein Demagoge, ein Opportunist, ein berechnender Prophetenmime. Er mixt in wechselnden Anteilen Versatzstücke aus Bibel, Kabbala, Islam und Esoterik mit Haßaufrufen, wechselt zwischen Antisemitismus und Sexismus einserseits und Versöhnungsangeboten an das Judentum und das weiße Amerika andererseits. Bei alledem bleibt er die prominenteste Leitfigur des *Black Nationalism* in den USA. Millionen Schwarze hören ihm begeistert zu, wie krude und widersprüchlich sich seine Reden auch anhören mögen. (»Werde sauber, schwarzer Mann, und die Welt wird dich achten und ehren.« Oder: »Wir müssen mehr wie Jesus, Mohammed und Moses handeln und Diener von Menschen werden, denen wir in ihrer Not beistehen.« – Übers. nach Hielscher). Insofern hat Hielscher die Situation sicher treffend umrissen. Nach Hintergründen sucht man dagegen vergeblich. So erklärt der Autor im Zusammenhang mit dem schwarzen Islam nicht, was die *Nation of Islam* eigentlich mit dem Islam zu tun hat. Ein Exkurs, der erklärt, warum das eine mit dem anderen nämlich fast nichts zu tun hat – sunnitische Muslime etwa würden Farrakhan und seine Ideologie sicher als Abirrung vom Koran und der orthodoxen Lehre ansehen – hätte in ein Buch mit diesem Thema eigentlich Eingang finden müssen.

Vor allem drängt sich die Frage nach den Gründen für den stetigen Aufstieg einer Heilslehre, auf die sich nicht einmal genau fassen läßt. Hielscher will in seinem Kapitel »Schwarze Mythen und Verschwörungstheorien« Antworten geben. Auch hier gelingen ihm mithin so erhellende Sätze wie »(...) die meisten Afro-Amerikaner kennen die Bibel sehr gut« (119f). Oder: »Tatsächlich sind die meisten Afro-Amerikaner von unerklärlichen Dingen eher fasziniert als abgestoßen. Das Übersinnliche spielt in ihrer Gemeinschaft eine größere Rolle als unter den Weißen« (122). Selbst wenn es so ist – aus dem Buch wird nie klar, warum das alles so sein könnte. Nur ganz selten streift der Autor die komplizierten Hintergründe der aktuellen Situation, die von *African Americans* empfundene Kontinuität der Geschichte von Verschleppung und Sklaverei, die sich noch heute in rassistischer Behandlung fortsetzt und eine unüberwindliche Hürde für die Verständigung darzustellen scheint. Die sich anschließende Frage wäre natürlich, warum Befreiung aus Unterdrückung nur über Transzendenz, Esoterik und Moral vorstellbar sein soll, und warum jeder andere Ansatz in den USA derzeit nicht mehrheitsfähig scheint. Allein, solche Fragen stellt Hielscher nicht.

Dabei ist er nicht ganz ahnungslos. Er hat Verschiedenes gelesen, und vielleicht ist seine kurze Bibliographie US-amerikanischer Literatur zum Thema das Beste, was sein Büchlein bietet. Schließlich sei noch bemerkt, daß offensichtlich niemand die Zeit hatte, das Buch vor Drucklegung noch einmal durchzusehen. Sonst hätte man zumindest Wiederholungen, unterschiedliche Übersetzungen derselben Textstellen und einige der zahllosen Orthographie- und Tippfehler korrigieren können. Eine »Offenbahrung« (58) geht auch nach den neuen Normen der Rechtschreibung nicht durch.

Günther Orth

► *Hans Hielscher, Gott ist zornig, Amerika. Der Aufstieg des Schwarzenführers Louis Farrakhan. Dietz Nachfolger, Bonn 1996, 19,80 DM.*

Herrliche Aussichten!

► »Im Gegensatz zu anderen – eher maskulinen – wirtschaftlichen Aktivitäten ist der Tourismus per definitionem der weiblichen Natur näher«. Diese Aussage des Tourismusjournalisten José Seydoux bringt eine weitverbreitete Ansicht auf den Punkt. Mütterliche Fürsorge, weibliche Gastfreundschaft und ein freundliches Lächeln werden von den (meist männlichen) Tourismusmanagern nicht immer explizit, aber zumindest implizit im Rahmen einer industriellen Verwertung instrumentalisiert. Die übliche Rollenverteilung wird vom Tourismussektor in vollem Umfang reproduziert und verstärkt. Je nach Land und kulturellem Kontext stellen Frauen zwischen 0,2% (Pakistan) und 89% (Finnland) der Angestellten im Gastgewerbe.

Angesichts dieser Feststellung ist es überfällig, daß die Rolle von Frauen im Tourismus nicht nur unter dem Blickwinkel der Sextourismusproblematik untersucht wird. Der nun erschienene Sammelband **Herrliche Aussichten! – Frauen im Tourismus** unternimmt erstmals im deutschsprachigen Raum den Versuch, die Rolle von Frauen als Dienstleisterinnen und als Reisende ausführlich zu thematisieren. Die Herausgeberinnen Karin Grütter und Christine Plüss, beide im Basler 'Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung' aktiv, konnten, eine Vielzahl von AutorInnen zur Mitarbeit an diesem Pionierprojekt gewinnen.

Das Buch will konkrete Einblicke in die Geschlechterverhältnisse und das Selbstverständnis der Frauen im Tourismussektor ermöglichen. Das ist in abwechslungsreicher Weise gelungen, denn Frauen aus unterschiedlichsten Kontexten werden porträtiert. Ob die schweizerische Verkehrsdirektorin aus einer erfolgreichen TV-Serie, die Tischzuweiserin aus der Dominikanischen Republik, die südindische Zimmervermieterin oder 'Miss Liberty', Sinnbild der reisenden Frau, sie alle eint die Erfahrung, daß der von der Tourismusindustrie versprochene Glamour ausbleibt. Frauen haben weder als Angestellte noch als Reisende eine Männern vergleichbare Möglichkeit zur Selbstbestimmung.

Während die allgemeine Entwicklungspolitik mit ihren Gender-Konzepten die schwächste aller sozialen Gruppen (Frauen in Armut) längst entdeckt hat, sind die Tourismusförderpläne im Rahmen der Entwicklungspolitik 'geschlechtsblind'. Die häufige Doppelbelastung als Hausfrau und Mutter auf der einen und als 'Gastgeberin' auf der anderen Seite wird nur in Ausnahmefällen berücksichtigt. Frauen sind oft die Verliererinnen der Tourismusentwicklung. Ihnen werden häufig unbezahlte Mehrarbeit und spezifische Belastungen des Tourismus wie z.B. erhöhte Lebensmittelpreise aufgebürdet,

wie verschiedene Beiträge des Buches zeigen. Dessen Mischung aus Hintergrundartikeln und konkreten Fallbeispielen macht seinen besonderen Reiz aus. Kleinere Mängel wie das Fehlen eines gemeinsamen Literaturverzeichnisses oder Indexes schmälern allenfalls den Praxiswert des Buches, nicht aber seinen innovativen Beitrag zur Tourismusdiskussion.

Sabine Meyer

▸ *Karin Grütter/Christine Plüss (Hrsg.), Herrliche Aussichten! Frauen im Tourismus, Rotpunktverlag, Zürich 1996, 231 S., 26 DM*

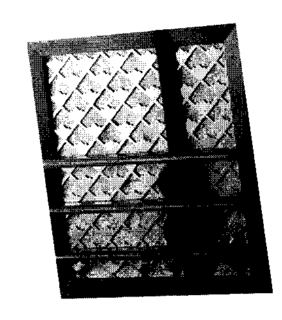
Globaler Bodensatz

▸ Unter dem Titel **Globalisierung im Cyberspace** erschien vor kurzem ein kleiner Aufsatz von Noam Chomsky in einem Band zusammen mit einer längeren Abhandlung Heinz Dieterichs. Wer Abgespacetes erwartet, wird enttäuscht sein – hier ist vom Bodensatz die Rede. In klassisch ideologiekritischer Manier legt Chomsky hinter dem regierungsstürmenden Siegeszug der Demokratie »ein Amalgam demokratischer Formen und totalitären Terrors« bloß. Orgineller und wichtiger ist seine Feststellung, daß, ungeachtet aller Rede von den freien Märkten, Handelsrestriktionen und Subventionen besonders in den Metropolen eher zu- als abnehmen. Von »Neoliberalismus« könne nur sprechen, wer die Ökonomie willkürlich von anderen politischen Bereichen trenne: etwa den gleichbleibend hohen Rüstungsausgaben oder der Bevölkerungspolitik.

Die gleiche Argumentationslinie verfolgt Dieterich. Hinter der Bildungsoffensive der Weltbank, die seit einigen Jahren streng modernisierungstheoretisch fehlendes »Humankapital« als maßgeblichen Faktor für Unterentwicklung identifiziert, entdeckt er zum einen eine »Privatisierung und Elitisierung höherer Bildung«. Dies ginge einher mit der Konstituierung von ein paar intellektuellen Zirkeln, die nach Auffassung Dieterichs weltweit die öffentliche Meinung formieren. Zum anderen sollten anpassungsfähige Arbeiter geschaffen werden. Maßgeblicher Akteur des »transnationalen Korporations-Kapitalismus« (Chomsky) sind in beiden Konzepten selbstverständlich die multinationalen Konzerne im Verbund mit den staatlichen Eliten – die Globalisierung sei bloß ein Trick des Klassenkampfs von oben.

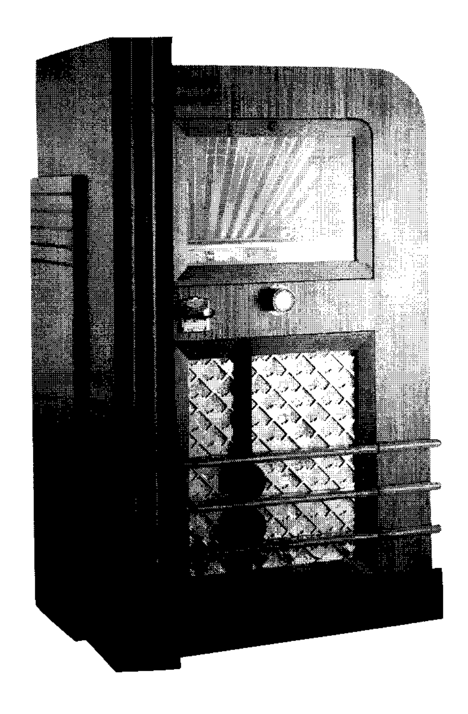
Einen anderen Ansatz verfolgt der Sammelband **Unternehmen Globus**, der regulationstheoretischen Ansätzen folgen will. Die Ende der 70er Jahre entwickelte Regulationstheorie will Ökonomie und Politik nicht nur nachträglich aufeinander beziehen, sondern sie von vornherein als Einheit erfassen. So wie Politik nicht im außerökonomischen Bereich betrieben werden kann, so sehr sind die ökonomischen Verhältnisse von Beginn an mit gesellschaftlichen durchzogen: sei's durch staatliche Regularien, sei's, daß Sexismus die niedrigere Entlohnung von Frauen legitimieren kann. Solch ein Verständnis der politischen Ökonomie schließt heimliche Weltherrschaftszentralen aus. Globalisierung stellt vielmehr einen gesellschaftlichen Prozeß dar, dessen Ausgang offen ist. *Unternehmen Globus* gelingt es unter diesem Ansatz, für manch einen Globalisierungstheoretiker widersprüchliche Phänomene miteinander zu verbinden. Dazu zählt etwa die gleichzeitige Bewegung zum Globalen und Regionalen oder die von Kurt Hübner aufgeworfene Frage nach der Hegemonie seit der allseits diagnostizierten Krise der US-Hegemonie. Statt Nationalismus und Rassismus zu verharmlosen, indem sie lediglich als Versuch interpretiert werden, die Globalisierung rückgängig zu machen (Robert Kurz), begreift Alex Demirovic sie als integrale Regulationsmuster der alten BRD, die in einer verschärften Krise das Fundament für einen autoritären Klassenblock abgeben könnten.Diese Tragweite und der ursprüngliche Anspruch der Regulationstheorie, so eindringlich sie Hans-Peter Krebs in seinem einleitenden Aufsatz vorführt, wird allerdings nicht in allen Bereichen ausgeschöpft. Sollten die Begriffe Akkumulationsregime und Regulationsweise einst helfen, die eingefahrenen Grenzen zwischen Politik und Ökonomie zu überwinden, ordnet man heute gerne dem einen die Ökonomie und dem anderen den Staat unter. Politikberatung ist dann bald nicht mehr fehl am Platz. Altvater beispielsweise möchte die Migration regulieren, um den Wohlfahrtsstaat vor dem Finanzfiasko zu retten. Auch dies ist eine Variante, in den gesellschaftlichen Kämpfen um den Fortgang des Unternehmens Globus Partei zu ergreifen.

Frieder Dittmer



▸ *Noam Chomsky/Heinz Dieterich, Globalisierung im Cyberspace. Globale Gesellschaft, Märkte, Demokratie und Erziehung. Horlemann-Verlag Unkel/ Rhein und Bad Honnef, 1996, 24 DM.*

▸ *Michael Bruch/Hans-Peter Krebs (Hrsg.), Unternehmen Globus. Facetten nachfordischer Regulation, Westfälisches Dampfboot Münster 1996, 38 DM.*



Globalisierung ist Streß

▸ In Zeiten der steilen sozialwissenschaftlichen Thesen, denen es oft eher um Vereinfachung als um Erklärungen geht, scheint theoretische Anstrengung selten geworden zu sein. Umso erfreulicher ist es, mit **Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft** ein Buch in die Hand zu bekommen, das sich in der Analyse auf die widersprüchliche Realität und ihre Veränderungen einläßt. Die Ausgangsthese der Autoren Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf ist folgende: Obwohl mit dem Fall der Mauer die Herstellung des kapitalistischen Weltsystems als abgeschlossen gelten kann, geht die Globalisierung weiter. Die Autoren begreifen die Globalisierung

nicht nur als territoriale Ausweitung des Weltmarktes. Für sie besteht das Neue unter anderem darin, daß Globalisierung eine alltagsweltlich erfahrbare Wirklichkeit wird.

Altvater/Mahnkopf greifen verschiedene Entwicklungen z.B. im Bereich technologischer Innovationen und der industriellen Produktion auf und bewerten sie. Treibende Kraft dieser Prozesse ist der durch den Neoliberalismus vorangetriebene und verschärfte globale Wettbewerb. Der kapitalistische Markt wird zum dominanten Steuerungsprinzip und setzt andere gesellschaftliche Bereiche unter Druck. Damit sind aber »Globalität« und Weltgesellschaft in ziviler Form sowie als weltweite Harmonisierung von Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht erreichbar. Mit der einhergehenden Deregulierung ist auch die Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften verbunden. Im Zuge dieser Entwicklung stehen politische und soziale Errungenschaften zur Disposition, die historisch in den Grenzen von Nationalstaaten durchgesetzt wurden.

Ein in der aktuellen politischen Debatte zentraler Aspekt ist auch die im globalen Kapitalismus notwendige Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit einzelner Volkswirtschaften, Regionen oder lokaler Einheiten. Altvater/Mahnkopf sprechen von einer »Zwickmühle« zwischen Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit. Denn die Zwänge des globalen *Wettbewerbs* fordern kurzfristige Anpassungen (in der Regel Lohnkostensenkungen), während es sich beim Aufbau bzw. Erhalt von *Wettbewerbsfähigkeit* um eine längerfristige Angelegenheit handelt, die gesellschaftliche Institutionen und Normen als Ganze betreffen. Dabei ist aufgrund der schlechteren Ausgangsbedingungen für die Länder außerhalb der kapitalistischen Zentren und mit schwacher Währung die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit (hier sind eben nicht allein Lohnkosten ausschlaggebend) ein ungleich schwierigeres Unterfangen.

Der Titel des Essays verspricht nicht nur eine Interpretation der Globalisierungsprozesse, sondern auch ihrer Grenzen. Denn »die Anpassungsleistungen an die Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung (erzeugen) einen beträchtlichen Streß.« Immer wieder werden die mit den Globalisierungsprozessen einhergehenden Widersprüche und Widerstände angedeutet. Im letzten Teil des Buches geht es daher um die Suche nach alternativen Ansätzen. Laut Altvater/Mahnkopf sei das Aufstellen eines konkreten politischen Programms jedoch schädlich, da es Eindeutigkeit suggeriere, wo Ungewißheit herrsche und Konflikte ausgetragen werden müßten. Daher werden lediglich einige »Markierungen« in »unübersichtlichen Zeiten« vorgenommen, deren Lektüre und Einschätzung der Rezensent den LeserInnen überläßt.

Die Analyse der beiden Berliner ist umfassend. Sie reicht von der Restrukturierung der transnational agierenden Unternehmen über die Bedeutung regionaler Integrationsprozesse bis zu sozial-ökologischen Fragen. Das Besondere an 'Grenzen der' Globalisierung' ist der Versuch, verschiedene Stränge gesellschaftstheoretisch fundiert zusammenzufügen. Methodisch machen Altvater/ Mahnkopf zwar an einigen Stellen ihren theoretischen Hintergrund deutlich (vor allem Marx) – nur selten aber problematisieren sie diesen. Interessant wäre etwa die Frage, was regulationstheoretische Ansätze für die Analyse der Globalisierung bringen können. Immerhin haben sich beide früher recht intensiv damit auseinandergesetzt. Insgesamt hat 'Grenzen der Globalisierung' jedoch die Aufmerksamkeit verdient, die es in der politischen wie sozialwissenschaftlichen Debatte bereits erlangt hat.

Ulrich Brand

▸ *Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Westfälisches Dampfboot Münster 1996, 58 DM.*

Kein Kleingeld

▸ Gespräche mit MigrantInnen über ihr Erleben in Deutschland geben Einblick in die Abgründe kultureller Sozialisationsversuche durch »InländerInnen«. So sind die in Dorothea Schützes Band »Ich hatte kein Kleingeld« vorgelegten Aufzeichnungen von Gesprächen mit Eingewanderten in Darmstadt Spiegelbilder eines Zustands, von dem sich auch das liberale und alternative Bildungsbürgertum nicht freisprechen kann.

Die Frau aus Brasilien, die schon infolge ihrer Hautfarbe »auffällig« ist und als häufigste Frage hört: »Woher kommst Du?« Und dann direkt im Anschluß als Spezialistin für Samba und andere Rhythmen eingestuft wird. Die Thailänderin, die eine der subtilsten Formen der Diskriminierung, das Nicht-Wahrnehmen, beklagt. Der Mann aus Ghana, dem der nicht wechselbare 20-Mark-Schein beim Busfahrer zum Verhängnis wird. Die junge türkische Frau, die hier aufgewachsen ist und wegen ihres Kopftuches aus dem Unterricht fliegt. Viele Berichte zeigen eine oberflächliche Betroffenheit deutscher Besinnlichkeit, hinter der Anonymität und Kälte stehen. Die geschilderten Eindrücke der MigrantInnen spiegeln den aus Kleinigkeiten zusammengesetzten, von »den Deutschen« geförderten Ausgrenzungsmechanismus wider.

Christian Möller

▸ *Dorothea Schütze, »Ich hatte kein Kleingeld...« – Erfahrungen mit dem alltäglichen Rassismus in Darmstadt. Justus von Liebig Darmstadt 1996, 14,80 DM.*

BSE-Fleisch nach Namibia

▸ Die BSE-Krise hat nicht nur den europäischen VerbraucherInnen den Appetit verdorben, sie hat auch handfeste Auswirkungen auf die südafrikanischen Kleinbauern. Diese haben darunter zu leiden, daß die EU ihr »altbewährtes« Marterinstrument der Exportsubvention benutzt, um den europäischen Rindfleischmarkt zu stabilisieren. Die berstenden EU-Kühllager mit 700.000 Tonnen Rindfleisch lassen alle hehren Versprechungen der letzten Jahre, lokale Märkte nicht mehr zu zerstören, zur Makulatur verkommen. Schlagartig stieg der Rindfleischexport nach Südafrika von 27.000 Tonnen 1994 auf 42.500 Tonnen im BSE-Krisenjahr 1996. Umgekehrt ist die Rinderschlachtung in Nordnamibia im ersten Halbjahr 1996 um 35% gesunken. Ausgehebelt wird mit diesem Agrardumping wieder einmal das Kohärenzgebot zur Abstimmung verschiedener Maßnahmen, wie es im Maastrichter Vertrag festgelegt ist. Die EU hat nämlich in den letzten Jahren 3,75 Mio. ECU in Nordnamibia zur Entwicklung der Rindfleischvermarktung ausgegeben. Durch den Absatzrückgang ist die Wirtschaftlichkeit dieser Entwicklungsprojekte gefährdet. Die Grünen im Europäischen Parlament (EP) haben hierzu einen Dringlichkeitsantrag mit dem Ziel eingebracht, die EU-Exportsubventionierung und gleichzeitige Zerstörung des eigenständigen Marktes im südlichen Afrika zu beenden. Die große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten hat diese Dringlichkeit aber einstweilen nicht zugelassen.

Wilfried Telkämper (Grüne im EP)

Generalamnestie in Guatemala?

▸ Am 29. Dezember setzten die Regierung Guatemalas und der Guerilla-Dachverband URNG ihre Unterschriften unter den Abschlußvertrag für einen »festen und dauerhaften« Frieden. Damit wurde der seit 36 Jahren andauernde bewaffnete Konflikt in Guatemala beendet, in dem rund 150.000 Menschen vor allem durch die Hand des Militärs oder paramilitärischer Gruppen starben. Abgesehen von einer kurzen demokratischen Periode von 1944 bis 1954 stellte das Militär bis jetzt die tatsächliche Macht in Guatemala dar. Die langlebigste Guerilla Lateinamerikas mußte am Ende in einen Frieden einwilligen, der keine revolutionären Änderungen erwarten läßt. Mehr Demokratie und weniger Unterdrückung, das sind die begrenzten Perspektiven, auf deren Verwirklichung viele Guatemalteken hoffen. Zudem ist nun der Weg frei für internationale Hilfsgelder und Investitionen für das neoliberale Wirtschaftsprogramm der Mitte-Rechts-Regierung von Präsident Alvaro Arzú.

Weiterhin leben aber über 80% der Bevölkerung in Armut. Kriminalität, Gewalt und Korruption bestimmen den Alltag. Erhebliche Preissteigerungen machen es der Mehrzahl der Menschen immer schwerer, das zum Leben Nötigste zu erwerben. Der guatemaltekische Erzbischof warnte, es könne nach dem Friedensabschluß zu »sozialen Explosionen« kommen. Auch die Friedensverträge selbst werden kritisiert. Ein im Dezember verabschiedetes Gesetz zur nationalen Versöhnung ermöglicht zwar vordergründig die Integration der Aufständischen ins zivile und politische Leben. (Die Guerilla will sich in eine Partei umwandeln.) Zugleich öffnet es aber Tür und Tor für eine weitreichende Amnestie aller Angehörigen der Streitkräfte und paramilitärischer Gruppen.

Menschenrechtsorganisationen warnen davor, daß alle Kriegsverbrechen ohne Strafe bleiben könnten. Dies gelte selbst für Fälle wie das international bekannt gewordene Massaker von Xamán im Oktober 1995. Darüber hinaus sichert Paragraph 23 des Gesetzes allen, die ein »offizielles Mandat« inne hatten, eine generelle Amnestie zu. Diese wird nur dann aufgehoben, wenn ausdrücklich belegt wird, daß die Straftat nicht im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt stand. Damit wird die Beweislast den Opfern zugeschoben. Das von Menschenrechtsorganisationen, der katholischen Kirche und akademischen Gruppen geschlossene »Bündnis gegen die Straflosigkeit« kritisierte das Gesetz als eine »verdeckte Generalamnestie« und kündigte eine Verfassungsbeschwerde an.

Derweil bleibt auch die aktuelle Menschenrechtssituation in Guatemala besorgniserregend. Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen stagniert auf hohem Niveau. Genaue Statistiken für 1996 liegen noch nicht vor. Allein für Oktober wurden jedoch zwei Entführungen und drei Morde gemeldet, wobei die Leiche von Juán Ortiz Morales, einem Führungsmitglied einer Maya-Menschenrechtsorganisation mit deutlichen Folterspuren aufgefunden wurde. Im gleichen Monat gab es eine Reihe von Attentaten auf Gewerkschafter, ein Menschenrechtszentrum wurde überfallen, und es wurde eine Serie von Morddrohungen bekannt, die sich unter anderem gegen Mitglieder der Universität richteten.

Vor diesem Hintergrund wollen Gruppen wie 'Peace Brigades International' (PBI), die seit über 12 Jahren bedrohte Mitglieder von Menschenrechtsgruppen, Volksorganisationen und Gewerkschaften in Guatemala begleiten, ihre Arbeit auch nach dem Friedensabkommen fortsetzen. Dies geschieht auch auf Anfrage von vielen der begleiteten Organisationen, die z.B. Exhumierungen geheimer Massengräber durchführen, Prozesse gegen Mitglieder der Zivilpatrouillen oder Militärs anstrengen oder sich gegen Verletzungen ihrer gewerkschaftlichen Rechte wehren. Sie fürchten, daß ein Nachlassen der internationalen Aufmerksamkeit im »befriedeten« Guatemala für sie fatale Folgen haben könnte.

▸ *Nähere Auskünfte über die Arbeit der PBI in Guatemala gibt Werner Huffer-Kilian: 0261/34348. Spendenkonto: PBI e.V., KtoNr. 200 105, Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20.*

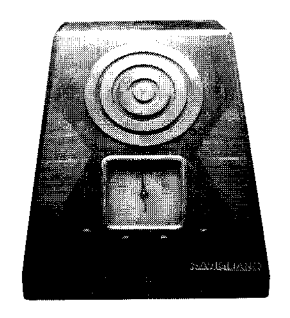
Truthähne in Peru

▸ In den vergangenen Jahren galt Peru als Land mit immensem wirtschaftlichen Boom. Eine Voraussetzung für diese Entwicklung stellte die Befriedung der Gesellschaft durch den vermeintlichen Sieg des Militärs über die Guerilleros vom »Leuchtenden Pfad« dar. Die populistische neo-liberale und quasi-diktatorische Herrschaft des gewählten Präsidenten Fujimori wurde nicht nur in Peru von vielen begrüßt oder zumindest in Kauf genommen. Jetzt hat das Bild Risse bekommen: Der wirtschaftliche Aufschwung, gemessen am BSP, ist jäh gebremst, die internationalen Investoren verhalten sich äußerst zurückhaltend, und die Geiselnahme in der japanischen Botschaft ließ zudem Zweifel über die Befriedung des Landes sowie an der Macht des Präsidenten aufkommen. Trotz dieser Ereignisse drang in den vergangenen Monaten kaum eine Stellungnahme oppositioneller Gruppen, Parteien oder Verbände zur Geiselnahme nach außen. Wir zitieren daher in Auszügen die Erklärung einer kleinen trotzkistischen Gruppe zur Situation in Peru, zur Geiselnahme und zur MRTA:

»Die Besetzung der Residenz des japanischen Botschafters hat Peru weltweit in die Schlagzeilen gebracht und bewiesen, daß im Land das Klima eines Bürgerkrieges herrscht. In den letzten Monaten hat die Popularität der Regierung Fujimori abgenommen. Peru ist eines der teuersten Länder der westlichen Hemisphäre. Die Monatslöhne reichen nicht einmal, um ein paar Tage eine Familie zu ernähren. Hinzu kommt, daß die Mehrheit der Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt ist.

Nun schreit die Bourgeoisie auf. Ein großer Teil der peruanischen Elite ist gefan-





gengenommen worden. Aber trotz der massiven Unterstützung durch die Massenmedien war der »Marsch für den Frieden« kleiner als die Demonstration gegen die Amnestie für die Militärs. Nur in den Stadtvierteln der Mittel- oder Oberschicht werden die Häuser beflaggt – nicht aber in den Vierteln der einfachen Leute und in den Randsiedlungen. Die Bevölkerungsmehrheit unterstützt die Aktion der MRTA nicht, aber sie solidarisiert sich ebensowenig mit den reichen Geiseln. Die Armen reagieren nicht auf die Aufrufe zur nationalen Einheit. Während die First Lady den Geiseln in der Botschaft zu Weihnachten Truthähne und andere Leckerbissen liefern läßt, beklagen die Massenmedien, daß die Geiseln kein fließendes Wasser und keinen Strom haben. Die Mehrheit der Bevölkerung weiß, daß sie täglich unter schlechteren Bedingungen überleben muß. Überall hört man Stimmen die einerseits gegen eine gewalttätige Lösung sind und andererseits die Situation derjenigen mit Sarkasmus betrachten, die zum ersten Mal eine Ahnung von den Lebensbedingungen bekommen, unter denen die meisten Peruaner immer leben müssen.

Dieser Staat und seine Regierung haben kein Recht, über die Moral oder Unmoral der Handlungen der MRTA zu befinden, denn die Handlungen der MRTA sind äußerst pazifistisch verglichen mit dem, was sich das Heer und die Polizei und die Todesschwadron »Grupo Colina« leisten, die von dieser mörderischen Regierung protegiert und gefördert werden. Diese Mörder laufen frei herum und werden durch das Amnestiegesetz noch belohnt.

Die Botschaftsbesetzung wurde allerdings von einer kleinen Gruppe durchgeführt, die mit der Massenbewegung nichts zu tun hat. In ihren Erklärungen rufen sie nicht zur Mobilisierung der Arbeiter auf, und ihre Forderungen bringen nur ihre eigenen Parteiinteressen zum Ausdruck (Geld, die Freilassung der Gefangenen und ihre Legalisierung). Inzwischen fordert die MRTA in erster Linie ein Friedensabkommen. Sie versucht, die Herrschenden in Peru davon zu überzeugen, daß sie sich auf die gleiche Weise wieder in das System eingliedern können, wie es ihre Genossen in Kolumbien und in Ecuador oder die bewaffneten Bewegungen in El Salvador, Nicaragua und jetzt auch in Guatemala getan haben.«

Unterschrift: Arbeitermacht, peruanische Sektion des Kommitees für eine revolutionäre kommunistische Internationale

Umweltabgaben am Kap

▸ In Südafrika hat in jüngster Zeit eine Diskussion über die Einführung von Umweltabgaben begonnen. Seit Ende der Apartheid 1994 befindet sich die Kap-Republik in einer Wachstumsphase. Das bedeutet mehr Müll, höhere Luft- und Gewässerverschmutzung sowie mehr giftige Abfälle. Das ANC-geführte Umweltministerium warnt nun mit einer bislang vierteiligen Diskussionsreihe vor einer »blinden Steigerung der wirtschaftlichen Produktion ohne ökologische Netze« und schlägt zugleich Lösungsmöglichkeiten hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung vor. Mit den von September 1994 bis Juli 1996 veröffentlichten »Diskussionsdokumenten« möchte das Ministerium die Debatte über die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik forcieren. Selbstbewußt heißt es dort: »Statt die umweltpolitischen Fehler der Industrieländer zu kopieren, haben wir aus den Erfahrungen gelernt« – keine Grabenkämpfe über die umweltpolitischen Instrumente also, sondern die klare Festlegung auf »größtenteils marktkonforme« Methoden.

Trotz einiger inhaltlicher Mängel sind die Hefte Zeichen für eine sich entwickelnde Umweltpolitik, die überaus transparent und offen ist – unterstützt wird sie etwa durch riesige Zeitungsanzeigen. Fachlich mehr bietet eine Studie »Household Energy and Environment« von Clive van Horen, Wirtschaftswissenschaftler am »Energy For Development Research Centre« (EDRC) an der Universität Kapstadt. Mit dem realen Preisverfall der Energiepreise sowie steigenden sozialen Kosten insbesondere im Gesundheitssektor begründet er seine Forderung nach »Internalisierung externer Kosten« in Südafrika. Auch unter Hinweis auf den globalen »Trend«, sich bei Umweltabgaben auf CO_2 zu fokussieren, regt van Horen die Einführung einer Kohlendioxyd-Abgabe an. Gründe dafür gibt es genug: Mehr als 75% seiner Energie erzeugt das Land durch die Verbrennung von Kohle. Das hängt unter anderem mit dem Ölembargo während der Apartheid zusammen, das das Land zu einer konsequenten Ausbeutung seiner Kohlevorräte zwang. Auf den Pro-Kopf-Verbrauch umgerechnet sind die Kohlendioxyd-Emissionen in der Kap-Republik doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. Südafrika, Heimat von 45 Millionen Menschen, sorgt für 1,6% des weltweiten CO_2-Ausstoßes und ist damit Afrikas größter Emitent.

Nur jeder dritte südafrikanische Haushalt ist elektrifiziert, die übrige Bevölkerung verbrennt zum Heizen und Kochen in der Regel Holz, Kohle und Paraffinöl. Diesen Menschen die Voraussetzung zu eröffnen, umweltfreundlichere Energieträger zu verwenden, nennt van Horen als Vorbedingung für eine Kohlendioxydbesteuerung. Diese stehe zudem vor der Schwierigkeit, daß insbesondere die ländliche Bevölkerung kaum in den Markt eingebunden ist, was jede Form ökonomischer Mechanismen zur Bewältigung sozialer und ökologischer Probleme Grenzen aufsetzt.

Danyel Reiche/Carsten Krebs

▸ *Die Studie kann beim Energy Research Institute der University of Cape Town bestellt werden, Tel.: (021) 650 3230, Fax: (021) 650 2830.*

Nähmaschinen für Kurdistan?

▸ Hilfsprojekte in der sogenannten 3. Welt sind oft notwendiger für ihre Betreiber in den Metropolen und deren Finanzierung, als daß sie den Menschen anderswo tatsächlich nutzen. So könnte man die Position des mexikanischen Entwicklungstheoretikers Gustavo Esteva zusammenfassen. Er plädiert für ein Ende von Projekten in Ländern des Südens (vgl. auch iz3w Nr. 213). Das Für und Wider von Projekten in der 3. Welt sollte auch in dem Seminar »Mit der Nähmaschine zur Befreiung – Projekte in Kurdistan als Politikersatz«, veranstaltet von der 'Informationsstelle Kurdistan e.V.', diskutiert werden.
Mit dem Seminar wurde versucht, im Hinblick auf die absehbare politische Öffnung für Projekte in der Türkei, Erfahrungen anderer internationalistischer Bewegungen z.B. in Mittelamerika zu berücksichtigen – werden doch voraussichtlich bald viele »Hilfe-zur-Selbsthilfe«-Projekte in der Türkei verwirklicht werden. In den 80er Jahren war Nicaragua eines der wichtigsten Länder, dem Grüne, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Kirchen und Antiimps aus Westdeutschland ihre Solidarität schenkten. Tausende von westdeutschen BrigadistInnen errichteten zahlreiche Projekte im kulturellen und sozialen Bereich. Einen Einschnitt bedeutete die für die Aktiven der Nicaragua-Solidarität überraschende Wahlniederlage der Sandinisten vom Frühjahr 1990. Vor lauter Einbahnstraßensolidarität hatte man den Blick auf den Alltag in Nicaragua verloren und verwechselte offizielle Erklärungen der sandinistischen Partei mit der Meinung aller dort Lebenden. In den vergangenen Jahren ist nun einer unkritischen Nähe eine kritische Distanz zur FSLN gefolgt, und heute betreuen nur noch wenige Gruppen einige Projekte im Land.

Einen anderen problematischen Aspekt der »Hilfsarbeit« skizzierte Bernhard Winter vom 'Haukari-Arbeitskreis Internationale Zusammenarbeit'. (Im Haukari-Arbeitskreis haben sich MitarbeiterInnen von etablierteren westlichen Hilfsagenturen, die nach der Niederlage des Irak im zweiten Golfkrieg im Nordirak tätig waren, neu zusammengeschlossen und versuchen, aus den Fehlern zu lernen.) Die vermeintliche Hilfe kann schnell

eine eigenständige Entwicklung verhindern, wenn – wie geschehen – Hilfswerke versuchen, einer technologisch hoch entwickelten Region die Subsistenz (bäuerliche Produktion für den Eigenbedarf) als Zukunftsperspektive zu empfehlen; oder indem Hilfswerke die kurdische Selbstverwaltung nicht anerkannten. Nach und nach wurde die öffentliche Verwaltung selbst Bittstellerin bei den Hilfswerken.

Neben den großen Hilfswerken hatten sich zudem schnell zahlreiche Initiativen aus Westeuropa »ihr« kurdisches Dorf ausgesucht, das es zu entwickeln galt. Dabei wird oft der »weltpolitische« Kontext vernachlässigt. Im Unterschied zu Nicaragua gehört Kurdistan traditionell zu den geostrategischen Zielgebieten der deutschen Außenpolitik. Neben Öl stellt inzwischen Wasser einen bedeutenden Rohstoff in der Region dar. Die Türkei ist in einer wasserarmen Region Quellgebiet von Euphrat und Tigris und strebt mit einem Verbund an Staudämmen (GAP, Südostanatolienprojekt) die Kontrolle der lebensnotwendigen Wasserzufuhr nach Syrien und den Irak an. Die wichtigsten Geldgeber der deutschen Hilfswerke in der Region sind das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

Gleich wer also Projektträger ist – ein Projekt im Süden zu machen, bedeutet sehr schnell, die Menschen dort entwickeln zu wollen und über ihre Köpfe hinweg zu agieren. Eine "neutrale Hilfe« gibt es nicht. Es handelt sich immer um eine Intervention, und an jeder Mark hängt nicht nur der materielle Gegenwert, sondern auch ein ganzes kulturelles System – oder gar der Standort Deutschland. Und dies gilt nicht nur für »Leistungen« vom Auswärtigen Amt, sondern auch für Hilfswerke und Privatinitiativen, z.B. als Kinderpatenschaft.

Roland Röder (AKTION 3.WELT Saar)

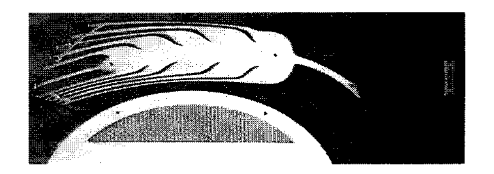
▸ *Ein Seminar-Reader u.a. mit Beiträgen zu Projekten in Südkurdistan (Nordirak) und der Türkei kann für 8,DM (incl. Porto) bei der Informationsstelle Kurdistan, Maxstraße 50, 53111 Bonn bestellt werden.*

»Afrika in der Kinder- und Jugendliteratur«

▸ Neben dem Schweizer Kinderbuchfonds BAOBAB gibt es in Deutschland seit fast 10 Jahren die Aktion 'Guck mal übern Tellerrand – lies mal, wie die andern leben', die authentische Kinderliteratur aus dem Süden und ihre Verbreitung bei uns fördert. (...) Ich kann Peter Bräunlein (iz3w N. 218) nur bedingt zustimmen, daß es nur wenige ins Deutsche übersetzte Kinderbücher aus Arfika gibt, die wirklich spannend sind. Er hat in seiner Aufzählung solche Bücher wie 'Kariuki' von Meja Mwangi (Deutscher Jugendbuchpreis), 'Da mußt du durch, Lurch' von Jenny Robson (Blaue Brillenschlange),'Lied der Erinnerung' von Lesley Beake und viele andere vergessen. Gerade in den letzten Jahren sind etliche hervorragende Kinder- und Jugendbücher aus Afrika und aus den anderen Südkontinenten erschienen. (...) Das Interesse deutscher Verlage an authentischer Literatur ist stark. (...) Das früher so häufig zu hörende Argument, »Dritte-Welt«-Bücher verkaufen sich nicht gut, weil sie »fremd« oder zu »anders« seien, taucht heute kaum noch auf.

Die Aktion 'Guck mal übern Tellerrand' hat vor kurzem eine Liste empfehlenswerter Kinder und Jugendbücher herausgegeben. Sie ist zusammen mit anderen Materialien (Aufkleber, Postkarte, Zeitung) für 5 Mark zu beziehen über: Aktion Guck mal c/o Sabine Dörrich, Dorotheenstr. 45, 53111 Bonn.

Sabine Dörrich



ak 397 und 398

▸ Seit nunmehr 25 Jahren erscheint alle vier Wochen die zunächst als Organisationszeitung des Kommunistischen Bundes konzipierte (und folgerichtig *Arbeiterkampf* genannte), heute unter dem Namen *analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*. Von Beginn an war Internationalistische Berichterstattung wesentlicher Bestandteil der Redaktionsarbeit. Die Entwicklung der internationalistischen Politik im *ak* (und deren Darstellung) ist nachzulesen in der Jubiläums-Beilage zur Dezemberausgabe (397) *25 Jahre ak*, die versucht, eine Bilanz dieser Zeit zu ziehen. Neben dem Blick auf die eigene Geschichte werden in dieser Ausgabe Themen wie z.B das Verhältnis US-amerikanischer Gewerkschaften zu Textilarbeiterinnen in El Salvador und der APEC-Gipfel in den Philippinen aufgegriffen. Die Januarausgabe (398) widmet sich dem Verhältnis zwischen Nord- und Südkorea, Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, dem Friedensabkommen in Guatemala und der Besetzung der japanischen Botschaft in Lima. Neben einer Dokumentation der Ereignisse in der peruanischen Hauptstadt versucht ein Hintergrundartikel eine »Annäherung an eine wenig bekannte peruanische Guerillabewegung«.

▸ *Einzelheft 7.50 DM. Bezug: analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg.*

inamo 8

▸ Ein weiteres »Jubiläum« ist vom *Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten* zu vermelden: Mit der aktuellen Winterausgabe wird der zweite Jahrgang vervollständigt. Schwerpunkt der *Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens* ist diesmal »Militär und Gesellschaft«. Ägyptens Militärbourgeoisie, Herrschaft und Militär in Syrien, Militarismus in Kurdistan-Irak und Kurdistan-Türkei, der afghanische Bürgerkrieg und die Energieressourcen in Zentralasien, amerikanischer Waffentransfer in die Ölstaaten und Kriegsdienstverweigerung in der Türkei bzw. in Irakisch-Kurdistan sind die Themen im einzelnen. Ein Beitrag zu den Parlamentswahlen im Libanon, eine Untersuchung zu Heiratsstrategien gebildeter Frauen im Jemen, ein Interview zur Menschenrechtssituation in Ägypten und ein Aufsatz über den israelisch-palästinensischen Schriftsteller Emile Habibi vervollständigen das Heft.

▸ *Einzelheft 10 DM. Bezug: INAMO, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen.*

Forum 209

▸ Die jüngste Ausgabe der *Zeitschrift entwicklungspolitischer Aktionsgruppen*, die sich im BUNDESKONGRESS (BUKO) organisieren, befaßt sich in ihrem Themenschwerpunkt mit der Sozialen Frage und Gegenmacht. Die Beiträge beschäftigen sich mit den Möglichkeiten gerechter Sozialpolitik unter den Bedingungen neoliberaler Ökonomie. Weitere Themen sind u.a ein Gespräch über Pro und Contra der Agenda 21, genetischer Kolonialismus, ein Bericht über den »Women's Day on Food« auf dem Welternährungsgipfel in Rom und das Protokoll des 1. Vorbereitungsseminars zum diesjährigen BUKO.

▸ *Einzelheft 7 DM. Bezug: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen.*

Tagungen

▶ Vom 28.2. - 2.3.97 lädt die Evangelische Akademie Hofgeismar zur Tagung ein: **Bleibt noch Hoffnung für Nahost?** Schwerpunkte der Tagung sind Fragen nach der Internationalen Politik und der Nahostkonflikt, die UN im Friedensprozeß, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Palästina und die Jerusalem-Frage aus der Sicht der drei abrahamitischen Religionen. Anmeldungen schriftlich bei der *Evangelischen Akademie, Schlößchen Schönburg, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar, Tel.: 05671/881-0; Fax: 05671/881-154; Auskunft über die Tagung erteilt Frau Kamutziki-Pape, Tel.: 881-115 (8.30 bis 11 Uhr).*

▶ Zum Thema **Agenda 21 für Niedersachsen** findet vom 28.2.-1.3.97 eine Auftaktveranstaltung statt, die Stand und Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene aufzeigen möchte. Nähere Informationen: *Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel: 05766/81-105; Fax: 05766/81-128.*

▶ Die Gesellschaft für politische Ökologie (GPÖ) veranstaltet am 1.3.97 ein Seminar zum Thema: **Nachhaltiger Hunger?**, das Hintergründe zur und Innovationen gegen die globale Fehlernährung diskutieren wird. Anmeldung: *Gesellschaft für politische Ökologie, Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart, Tel: 0711/282033; Fax: 0711/2624899.*

▶ Die Organisation Regionalstelle Nord von Dienste in Übersee veranstaltet vom 7.-9.3.97 ein Wochenendseminar zu dem Thema: **Europa ist näher als wir denken – Maastricht und die Folgen.** Weitere Auskünfte sind zu erhalten bei: *Regionalstelle Nord von Dienste in Übersee, c/o Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek, Tel.: 040/6052559; Fax: 040/6052538.*

▶ Vom 14. - 16.3.97 findet ein Wochenendseminar zum Thema **Die Hälfte der Welt... Frauen und Entwicklung** statt. Schwerpunkte werden sein: Unterdrückung durch Geschlecht, Ethnie und Klasse, Gender-Training und Frauen in Entwicklungskonzepten. Anmeldung beim *Institut für Theologie und Politik, Israelstraße 9, 48153 Münster, Tel: 0251-524738; Fax: 524788.*

▶ Der Themenschwerpunkt »Feminismus« wird vom kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

▶ Die Rubrik Soziokultur wird vom Fonds Soziokultur e.V. gefördert.

Bücher

▶ Charlotte Beck-Karrer: **Löwinnen sind sie** – Gespräche mit somalischen Frauen und Männern über Frauenbeschneidung. *eFeF, Bern 1996, 160 S., 29 DM.*

▶ Dirk Bronger/Marcus Strelow: **Manila-Bangkok-Seoul**, Regionalentwicklung und Raumwirtschaftspolitik in den Philippinen, Thailand und Südkorea. *Hamburg 1996, 473 S., 68 DM; zu beziehen über: Institut für Asienkunde, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg.*

▶ Brigitte Fuchs/Gabriele Habinger (Hrsg.): **Rassismen und Feminismen** – Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen, *Wien 1996, 250 S., 34 DM.*

▶ Jürgen Grässlin: **Lizenz zum Töten?** – Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird. *Knaur, München 1997, 418 S., 16.90 DM.*

▶ Christina Karrer/Regula Turtschi/Maritza Le Breton-Baumgartner: **Entschieden im Abseits** – Frauen in der Migration. *Limmat, Zürich 1996, 179 S., 28 DM.*

▶ Helmut Klar: **Thailänderinnen im Schmelztiegel** der Ausländerpolitik. *R. G. Fischer, Frankfurt 1996, 52 S., 29.80 DM.*

▶ Judith Rosner: **Asylsuchende Frauen** – Neues Asylrecht und Lagerpolitik in der BRD. *VAS, Frankfurt 1996, 220 S., 28 DM.*

▶ Mathias Weber: **Der UNO-Einsatz in Somalia** – Die Problematik einer humanitären Intervention. *m.w. verlag, Denzlingen 1997, 164 S., 29.80 DM. Bezug: m.w. verlag, Postfach 1205, 79208 Denzlingen, Fax: 07666/912101.*

Vorschau: iz3w Nr. 220
Schwerpunkt: »Folter«

▶ Die Folter ist die totale Herrschaft des Menschen über den Menschen. Sie ist der größte Schrecken, den der Mensch für den Menschen bereithält. Folter ist ein Instrument der Herrschaft, auch da, wo sie nicht eingesetzt wird, denn sie dient zur Herstellung eines Klimas allgemeiner Angst. Folter – diesem Abgrund sozialer Beziehungen wollen wir uns in der nächsten Nummer annähern. Ihre Geschichte, ihre »Aufarbeitung« in Südafrika und Argentinien, Möglichkeiten und Grenzen der Ahndung von Staatskriminalität, ihre (Nicht-)Berücksichtigung im Asylverfahren und ihre Thematisierung im Film und auf der Bühne werden unser Zugang zu dieser extremsten Form von Gewalt sein.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
▶ Monika Bierwirth, Iris Erbach, Tina Goethe, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Babette Moser, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gisela Reipen, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Später, Beate Susset, Sigrid Weber, Udo Wolter, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ im Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Abo im Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4,
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaber Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 220:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 26.2.1997

7/ 91/ 1/219/56412

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg